

Rettet die Transformation

Steffen Liebig, Johanna Sittel

Von der Transformation zur Restauration?

Andrea Arcais

Diese Transformation retten?

Klaus Dörre

Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten

Silke Bothfeld, Henriette Pentschew

Warum die sozial-ökologische Transformation die Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ausgangspunkt machen sollte

Sebastian Schmugler

Rechte Narrative gegen Klimaschutz und Transformation und wie man ihnen begegnen sollte

Jakob Blankenburg

Interview: „Die Transformation ist die Chance auf ein besseres Leben“

Kai Burmeister, Gerri Kannenberg, Setareh Radmanesch

Die Mondmission Baden-Württembergs? Zur Neuerfindung des Industrielandes



MEINUNG

Timo Grunden

Alle gegen alle.

Lokale Parteienwettbewerbe und die Kommunalwahlen in NRW 5

SCHWERPUNKT: RETTET DIE TRANSFORMATION

Sebastian Schmugler, Thilo Scholle

Einleitung zum Heftschwerpunkt..... 10

Steffen Liebig, Johanna Sittel

Von der Transformation zur Restauration? 13

Andrea Arcais

Diese Transformation retten? 17

Klaus Dörre

Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten 20

Silke Bothfeld, Henriette Pentschew

Warum die sozial-ökologische Transformation die Gleichstellung von Frauen
und Männern zum Ausgangspunkt machen sollte..... 29

Sebastian Schmugler

Rechte Narrative gegen Klimaschutz und Transformation
und wie man ihnen begegnen sollte 33

Jakob Blankenburg

Interview: „Die Transformation ist die Chance auf ein besseres Leben“ 37

Kai Burmeister, Gerri Kannenberg, Setareh Radmanesch

Die Mondmission Baden-Württembergs?

Zur Neuerfindung des Industrielandes am Scheideweg zwischen Frust und Zukunft 40

ANALYSE & STRATEGIE

Charlotte Echterhoff

Algorithmisierte Öffentlichkeit, KI und Politik:
Zeit für demokratische Gestaltung..... 45

Arno Brandt

Der Wirtschaftsliberalismus führt in die Katastrophe

Zur Aktualität Karl Polanyis „The Great Transformation“ 51

Robin Busch

Früher Steine, heute Scheine?

Warum antifaschistische Wirtschaftspolitik sinnvoll ist 57

Uwe Kremer, Kurt Hübner

Nachruf auf Michel Aglietta 61

REZENSIONEN

Leon Billerbeck

Rezension: Karl Marx in Algier 64

Thilo Scholle

Rezension: Biografisches zu Spaltungslinien in der Sozialdemokratie vor und nach dem Ersten Weltkrieg 67

MELDUNGEN & TERMINE

Thilo Scholle

Nachrichten aus dem Verein 70

Termine 71

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Sebastian Schmugler, Thilo Scholle

Redaktion: Leon Billerbeck, Arno Brandt, Folke große Deters, Ole Erdmann, Viktoria Peter, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Sebastian Schmugler, Stefan Stache

V.i.S.d.P.: Ole Erdmann, redaktion@spw.de

spw erscheint mit vier Heften im Jahr als Mitgliederzeitschrift des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V.

Anschrift: Westfälische Str. 173, 44309 Dortmund; verein@spw.de

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: © ChatGPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 1.000 Stück, November 2025

AN DIESER STELLE FINDEST DU NORMALERWEISE DAS KURZUM. DIESES MAL SENDEN WIR GRÜSSE AN DEN

JUSO-BUNDES-KONGRESS 2025 IN MANNHEIM

„DIE SPW IST WICHTIGER DEBATTENORT DAFÜR, WIE EINE SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK AUSSEHEN KANN.“

PHILIPP TÜRMER

„SPW IST EIN SPANNENDES PROJEKT – AUCH FÜR UNS JUSOS.“

LASSE REBBIN

LIEBER DIGITAL
UNTERWEGS? DANN
SCHAU MAL HIER.



Alle gegen alle

Lokale Parteienwettbewerbe und die Kommunalwahlen in NRW

von Timo Grunden



⇒ Dr. Timo Grunden ist Politikwissenschaftler und Grundsatzreferent der SPD-Fraktion im Landtag NRW. Die politischen Bewertungen in seinem Beitrag sind ausschließlich seine persönlichen.

Foto: © privat

Eins vorweg: Kommunalwahlen sind keine „Midterms“, die Wählerinnen und Wähler nutzen, um die im Bund regierenden Parteien für die schlechte Wirtschaftslage, Heizungsgesetze oder ihre allgemeine Performance abzustrafen. Bei Kommunalwahlen entscheiden das Vertrauen in die Kandidaten, möglicherweise lokale Einzelthemen, ganz sicher die Verwurzelung einer Partei in der Stadtgesellschaft. Bundesweite Stimmungen gehen gewiss nicht spurlos an den lokalen Parteiorganisationen vorbei, aber solange ihre Wurzeln in der Stadtgesellschaft tief und stark sind, widerstehen sie auch einem Sturm bzw. einer anhaltenden Dürre auf nationaler Ebene – und geben der nationalen Partei in der Not auch wieder Halt. Sind sie es nicht, werden nationale Krisen schnell zu lokalen. Der Bundestrend wirkt mittelbar und eher langfristig.

Was also verraten uns die NRW-Kommunalwahlen über die gesellschaftliche Verwurzelung der Parteien, in der Fläche? Und was strukturiert den Parteienwettbewerb – genauer: die lokal unterschiedlichen Parteienwettbewerbe – in Nordrhein-Westfalen? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

CDU

Nach der Jahrtausendwende begann nicht nur für die SPD, sondern auch für die CDU ein

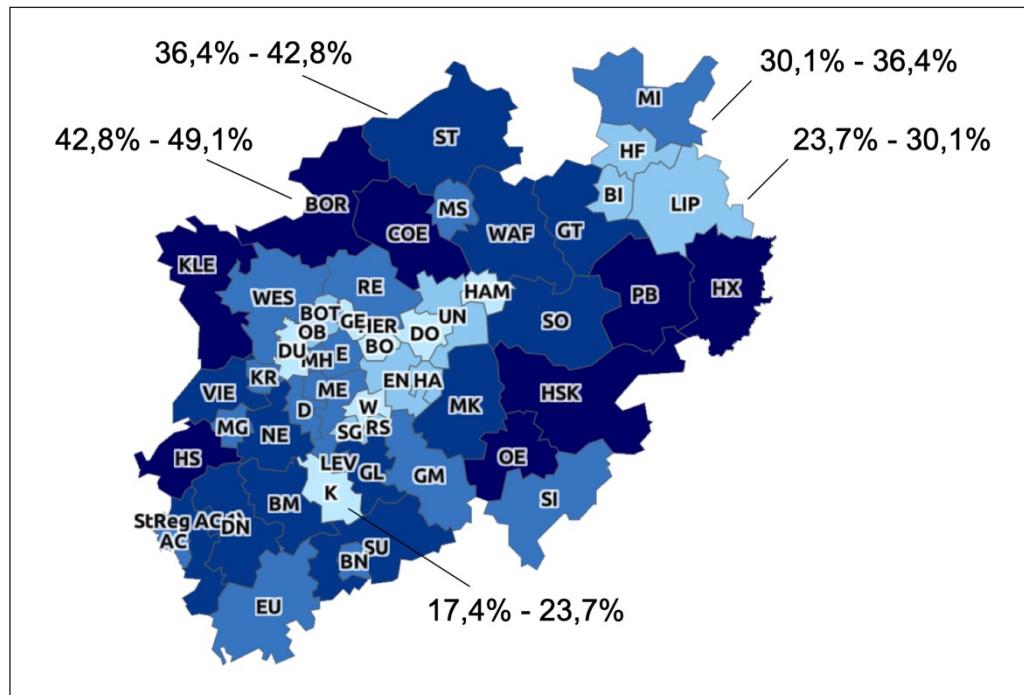
kontinuierlicher Sinkflug, der allerdings im Vergleich zur SPD weniger steil und sprunghaft ausfiel. Die Wahlen von 2025 kann die CDU insgesamt als Stabilisierung verbuchen. Wo sie traditionell stark ist – Münsterland, Rheinland, Ostwestfalen – gewinnt sie bei den Stadtrats-, Kreistags- und Personenwahlen hinzu, zum Teil sogar deutlich. Überhaupt ist die CDU die einzige NRW-Partei, die noch „Hochburgen“ hat, wenn man darunter Rats- oder Kreistagsergebnisse jenseits der 40 Prozent versteht. Sie gewinnt 24 von 29 Landratswahlen und zehn von 23 OB-Wahlen. Wo sie hingegen traditionell schwach ist, muss sie zum Teil deutliche Verluste hinnehmen, insbesondere im Ruhrgebiet. Der prestigeträchtige OB-Sieg in Dortmund kann darüber leicht hinwegtäuschen, ändert aber nichts daran, dass zwischen Duisburg und Dortmund eine neue Alternative zur SPD heranwächst: die AfD.

Grüne

Für die Grünen sind die Kommunalwahlen 2025 ein herber Rückschlag. Sie verlieren fast alles, was sie 2020 mit spektakulären Erfolgen bei Rats- und Oberbürgermeisterwahlen gewonnen hatten. Ihr strategisches Ziel, die SPD landesweit als stärkste Mitte-Links-Partei abzulösen, ist vorerst außer Reichweite.

Ein Grund dafür ist die Themenkonjunktur. Aufgrund objektiver Problemlagen (vermutlich auch Umfragen) rückten alle demokratischen Parteien die gleichen Themen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen: Mieten, Bildung, Bürokratie und Innere Sicherheit. So auch die Grünen, die mit diesem Tableau aber nicht mehr das Momentum von 2020 für sich erzeugen können. Im Gegenteil: Einmal mehr wurde deutlich, dass sozio-ökonomische Probleme und Konflikte das Wahlverhalten im Zweifel stärker prägen als postmaterialistische und ökologische Fragen, was die Grünen auf-

Abbildung 1: Stimmenanteile der CDU in Städten und Kreisen



Quelle: Landeswahlleiterin NRW

grund mangelnder Kompetenzzuschreibungen in die Defensive drängt.

Die Grünen sind auf ihre Stammwählerinnen und -wähler zurückgeschrumpft. Diese sind allerdings überaus loyal und im Hinblick auf ihre Wohnorte stark konzentriert: strukturstarke Universitätsstädte wie Münster, Düsseldorf, Aachen und Bonn, gutschriterte und mit Sozialkapital aufgeladenen Stadtteile in Köln, schließlich das bürgerlich geprägte Umland dieser Städte. Dort haben die Grünen die SPD tatsächlich schon als führende Kraft im Mitte-Links-Spektrum abgelöst und konkurrieren mit der CDU in Stichwahlen um Platz 1.

Linke & BSW

Wo die Grünen stark sind, ist es auch die Linke: In den Universitätsstädten Köln, Aachen, Bonn und Bielefeld liegt sie mit acht bis zehn Prozentpunkten über ihrem Durchschnitt, im Ruhrgebiet schneidet sie dagegen nur in Bochum und Dortmund überdurch-

schnittlich ab (wo es eben auch akademische Milieus gibt). Allerdings bedeutet „akademisch“ nicht automatisch „sozialpolitisch abgehoben“, wie es rechte und konservative Kommentatoren gerne streuen. Wie wir aus eigenen Befragungen wissen, gehören bezahlbare Mieten und Bildungsgerechtigkeit zu den Top-Themen der Linken-Wähler. An der sozioökonomischen Konfliktlinie reüssiert also eine weitere Partei, die mit sozialdemokratischen Themen gute Chancen hat, in den Landtag einzuziehen.

Das gilt nach dieser Wahl eher nicht für das BSW. Die Partei schafft es landesweit nur auf 1,1 Prozent, was nicht viel bedeuten müsste, weil sie nur in 44 von 427 Städten und Kreisen angetreten ist. Aber auch dort, wo sie antritt, sind die Ergebnisse enttäuschend. Etwa im Ruhrgebiet, wo sie mit einer massiven Plakatkampagne versuchte, Rüstungsinvestitionen gegen die Armut der Ruhr-Städte zu schieben: „Ruhrgebiet im Absturz. Aber Milliarden für Waffen.“ Ohne Erfolg. Für den Wagenknecht-

typischen Populismus-Mix aus linker Sozialpolitik, prorussischer Propaganda und Klimaschutzverachtung gibt es in NRW bisher keine Nachfrage.

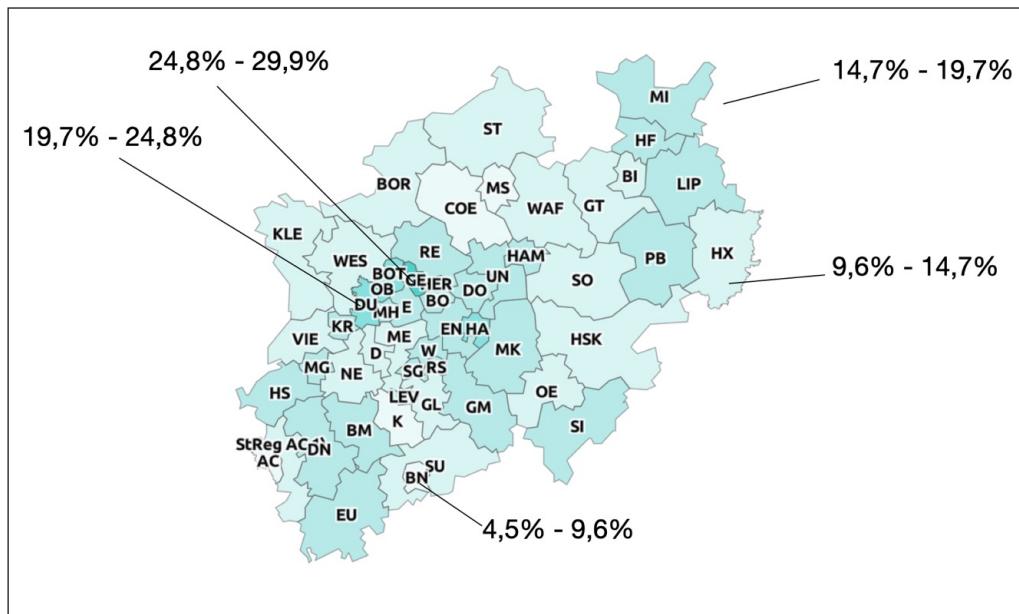
AfD

In den Wochen vor den Wahlen reisen Scharen von Hauptstadt- und Deutschland-Korrespondenten ins Ruhrgebiet, um aus nächster Nähe über das Anrollen einer blauen Welle zu berichten, die ganz sicher die SPD hinweg und die Rechtsextremisten in die Rathäuser hineinspülen wird. Eine eigentümliche Mischung aus wohligen Grusel, Sensationslust und Häme für die SPD durchdringt die Berichterstattung dermaßen, dass oft die kritische Distanz zur AfD verlorengeht. Die Rechtsextremisten wird es gefreut haben, dass das Unvermögen ihrer Kandidaten kein Thema ist, ihr Erfolg indes als gesetzt gilt. Der stellt sich auch ein. Landesweit werden sie ihr Ergebnis mit 15 Prozent verdreifachen können. Eine blaue Welle im Ruhrgebiet gibt es dennoch nicht. Kein Rathaus fällt an die AfD, nirgendwo wird sie stärkste Partei.

In Gelsenkirchen kommt sie einem Triumph am nächsten. Bei der Bundestagswahl hatte sie noch mit 24,7 zu 24,1 Prozent vor der SPD auf Platz 1 gelegen, bei der Kommunalwahl liegt sie mit 29,9 zu 30,4 Prozent auf Platz 2. Dennoch ein großer Erfolg, sollte man meinen, hätten AfD-Führung und Medien die Stadt nicht zum symbolischen Schlacht- und Testfeld für die „blaue Welle“ gemacht.

Auffällig am AfD-Ergebnis ist die vordergründige Strukturlosigkeit ihrer Ergebnisse in allen Regionen außerhalb des Ruhrgebiets. Die AfD schneidet in Universitätsstädten schlechter ab als im Durchschnitt, aber insgesamt sind die regionalen Abweichungen nicht so stark wie bei anderen Parteien, ein signifikantes Stadt-Land-Gefälle ist nicht zu erkennen. Zum einen liegt das daran, dass die AfD Wählerinnen und Wähler aus allen Einkommens- und Bildungsgruppen zieht. Zum anderen daran, dass es in Nordrhein-Westfalen den Gegensatz von strukturstarker Stadt und „abgehängtem Land“ nicht gibt. Prosperierendes Land grenzt an strukturschwache Städte, prosperierende Städte an strukturschwaches Land,

Abbildung 2: Stimmenanteile der AfD in Städten und Kreisen



Quelle: Landeswahlleiterin NRW

alle grenzen an alle. Oft verlaufen die Grenzen zwischen Licht und Schatten durch die Kommunen selbst.

Auch das Ruhrgebiet als Ganzes ist keine AfD-Hochburg. In Duisburg, Herne oder Gelsenkirchen ist sie sehr stark, verdrängt die CDU von Platz 2 und schließt zur SPD auf. In Dortmund, Bochum, Essen oder Hamm schneidet sie in Summe dagegen nur durchschnittlich bis leicht überdurchschnittlich ab. Das Ruhrgebiet ist eben auch ökonomisch und sozial vielfältiger als sein Image vermuten lässt. Man muss bis in die Stadtteile und Stimmbezirke gehen, um Muster zu erkennen.

Es sind drei Faktoren, die eine individuelle AfD-Wahl wahrscheinlicher machen: Geringes Einkommen, Abstiegsängste, subjektiv empfundene Benachteiligung (letztere kann auch Wohlhabende ereilen).¹ Es kann also nicht verwundern, warum Teile des Ruhrgebiets besonders AfD-affin sind. Das eigentlich Erstaunliche ist, wie lange und wie geduldig die Menschen dort hingenommen haben, dass zunächst dem Aufbau Ost und später vermeintlichen Sparzwängen Vorrang vor ihrer Heimat eingeräumt wurde. Das jahrzehntelange Desinteresse diverser Bundesregierungen an den sozialen Problemen des größten deutschen Ballungsraums rächt sich nun politisch. Das Bildungs-Startchancen-Programm und erst recht das Sondervermögen kommen für Gelsenkirchen oder Herne mindestens fünf, eher zehn Jahre zu spät.

SPD

Angesichts der Umfrage- und Medienlage macht sich im Vorfeld der Wahl niemand in der NRW-SPD Illusionen. Minimalziel es, die roten Rathäuser zu verteidigen. Das immerhin ist in Summe gelungen. Die SPD gewinnt 12 von 23 Oberbürgermeisterwahlen (vier verloren, drei hinzugewonnen), sie gewinnt vier Landratswahlen (verliert zwei) und 78 Bürger-

meisterwahlen (21 verloren, 22 hinzugewonnen). Insgesamt stellt sie damit 94 Hauptverwaltungsbeamte, zwei weniger als 2020.

Unter den Ergebnissen sind bittere Niederlagen, wie der symbolträchtige Verlust des OB-Amtes in Dortmund oder die Stichwahl-niederlagen in Bielefeld, Leverkusen und Herford. Auf der anderen Seite finden sich aber auch so deutliche wie überraschende Siege: der Erdrutschsieg bei den OB- und Ratswahlen in Hamm, der Erdrutschsieg bei der OB-Wahl in Wuppertal, die Rückeroberung des OB-Amtes in Oberhausen oder die deutlichen Zugewinne der SPD in Mülheim an der Ruhr. Der größte und vielleicht wichtigste Erfolg ist die Rückeroberung des OB-Amtes in Köln.

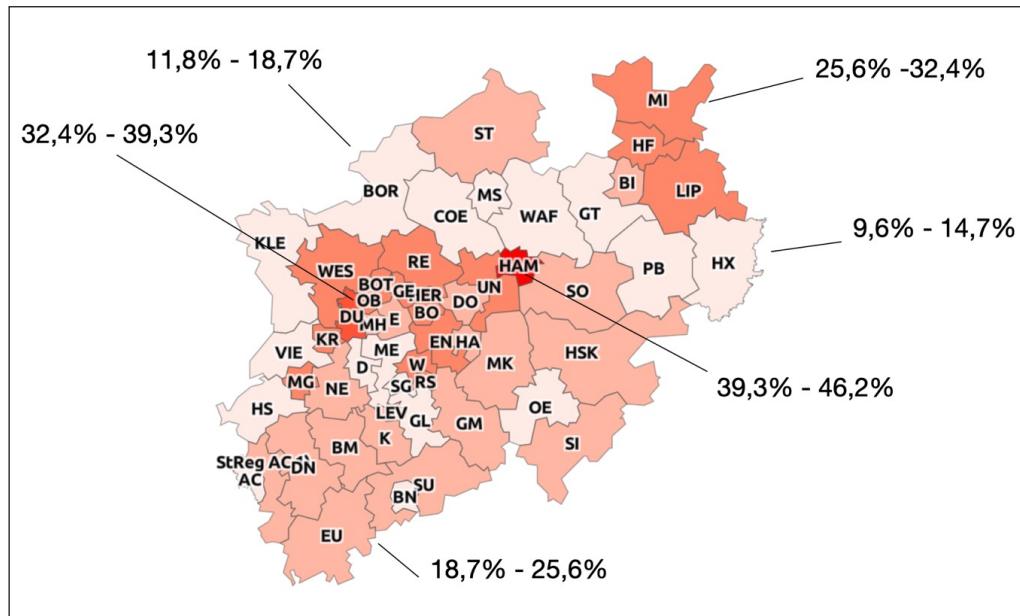
Gleichwohl können diese Siege und Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Abwärtstrend der SPD in den NRW-Kommunen weitergeht. Der Verlust bei den Rats- und Kreistagswahlen von 2,2 Prozentpunkten bedeutet einen abermaligen Verlust an Mandatsträgern – und damit an Gesichtern, Botschaften und Ansprechpartnern für die Partei in der Fläche.

Analysiert man die Entwicklung auf Basis von absoluten Stimmen in einem Längsschnitt über 30 Jahre, so zeigt sich, dass die SPD in den NRW-Kommunen vor allem an zwei Gegner verloren hat: an die Grünen, die in den Universitätsstädten außerhalb des Ruhrgebiets die Führungsrolle im linken Parteienlager übernommen haben, und an die Nichtwähler, die insbesondere im Ruhrgebiet zum Teil als AfD-Wähler wieder auftauchen. Diese Entwicklung übersetzt sich für die SPD in sehr unterschiedliche lokale Parteienwettbewerbe:

- In den genannten Universitätsstädten wird sie von der CDU einerseits sowie von Grünen und Linken andererseits in die Zange genommen. Dort fällt es schwer, Profil und Rolle zu behaupten.
- In den CDU-Hochburgen der ländlichen Räume konkurriert die SPD entweder mit Grünen oder der AfD um den abgeschlagenen zweiten Platz.

¹ Andreas Hövermann: Die Verdoppelung des AfD-Elektorats. Erkenntnis aus dem WSI-Erwerbstätigen-Panel 2020-2025, Study 42, August 2025, Hans-Böckler-Stiftung.

Abbildung 3: Stimmenanteile der SPD in Städten und Kreisen



Quelle: Landeswahlleiterin NRW

- In Teilen des Ruhrgebiets (Westen und Mitte) ist die SPD noch stärkste Kraft, muss sich aber zunehmend der AfD erwehren, die sich anschickt, die CDU als SPD-Alternative zu verdrängen.
- In anderen Ruhrgebietsstädten, insbesondere im östlichen Teil sowie in Ostwestfalen-Lippe konkurriert die SPD mit CDU auf Augenhöhe um Platz 1 in den Räten und Stichwahlen.
- Köln ist ein Parteienwettbewerb sui generis: Die Stadt ist sowohl Arbeiter- als auch Universitätsstadt, prosperierendes Dienstleistungszentrum und kriselnder Industriestandort. Hier konkurriert die SPD mit der CDU um die Rolle als erste Herausforderin der Grünen, was einen programmatischen Balanceakt erfordert, um an alle Milieus anschlussfähig zu bleiben.

Angesichts dieser sehr unterschiedlichen Konstellationen ist es nicht einfach, die eine gewinnbringende Strategie für eine Trendumkehr, insbesondere mit Blick auf die Landtags-

wahlen 2027, auszumachen. Tatsächlich haben auch die Sieger der SPD in Duisburg, Hamm oder Mönchengladbach sehr unterschiedliche Profile.

Deshalb ist es hilfreich, die Perspektive auf NRW insgesamt wieder zu weiten und den Parteienwettbewerb anhand von Parteipräferenzen und politischen Einstellungen zu analysieren. Führt man die Einstellungen und Prioritäten des SPD-Potenzials mit den Profilen und Angeboten der SPD-Sieger bei den Kommunalwahlen zusammen, so entsteht das folgende Profil einer erfolgreichen Sozialdemokratie: mit Leidenschaft für Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Sicherheit. Konkret: Einsatz für Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, aktive Industriepolitik (ohne Klimaschutz aufzugeben), Schutz von Arbeitnehmerrechten, Entlastung von Familien und Durchschnittsverdienern, schließlich hartes Durchgreifen gegen Kriminalität. Das sollte machbar sein. ■

Rettet die Transformation – Strategien für die Kommunikation und Mobilisierung für eine sozial-ökologische Transformation

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Sebastian Schmugler, Thilo Scholle



Wer als Linker von Transformation spricht, meint mit hoher Wahrscheinlichkeit die sozial-ökologische Transformation, also den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu einer klimaneutralen und zugleich sozialgerechteren, zukünftigen Gesellschaft. Dahinter verbirgt sich im Konkreten eine Vielzahl an (durchaus unterschiedlichen) Ideen, Visionen, Konzepten und Versprechungen – auch die spw hat sich in unzähligen Heften und Beiträgen intensiv mit dem Thema der Transformation befasst. Es handelt sich um einen stehenden Begriff der gesellschaftlichen Linken, der in internen Debatten positiv besetzt ist, und zumeist als Angelpunkt eigener ökologischer wie auch ökonomischer Gestal-

tungsprojekte gedacht ist. Es lässt sich wohl ohne viel Widerspruch behaupten, dass der Begriff der sozial-ökologischen Transformation der vielleicht wichtigste Begriff linker Politikansätze der vergangenen Jahre war.

Aber die Zeit, in der das Transformationsversprechen so etwas wie der Treibstoff linker Bewegungen war, ist wohl vorbei. Oder, wie es Alexander Bercht kürzlich im Online-Special zum SPD-Parteitag schrieb: „Das Narrativ vom grünen Aufbruch hat sich erschöpft. [...] In der Transformationspolitik regiert ein empathieloser Technokratismus [...]. Es wird immer deutlicher, dass diese Politik keine gesellschaftlichen Mehrheiten mehr mobilisiert.“

Die politische Rechte – von der konservativen bis zur extremen Rechten – hat die Transformation längst als Thema ihres Kulturmangels gegen vermeintliche oder tatsächliche linke Ideologie begriffen. Als gesellschaftliche Linke stellt sich die Frage, wie man die Diskurshoheit über Konzepte sozial-ökologischer Transformation zurückerobern kann. Ist der Begriff der Transformation noch nutzbar, um Menschen um ein solidarisches Projekt der ökonomischen und ökologischen Gestaltung der Gesellschaft zu vereinigen, und wenn ja, wie? Und wie sollte die politische Linke mit dem von rechts angezettelten Kulturmangels um das Thema umgehen?

Der aktuelle Schwerpunkt soll daher den bestehenden Konzepten sozial-ökologischer Transformation keine weiteren neuen Ansätze an die Seite stellen. Ziel ist es vielmehr, der Frage nachzugehen, warum der Begriff der sozial-ökologischen Transformation so sehr an gesellschaftlicher Bindegewalt verloren hat, und welche Schritte denkbar wären, um (wieder) zu gesellschaftlichen Bündnissen für eine solidarische Gestaltung von Wirtschaft und Umwelt zu kommen.

Steffen Liebig und *Johanna Sittel* legten in diesem Jahr gemeinsam mit Klaus Dörre, Kim Lucht und Lennart Michaelis das Buch „Umkämpfte Transformation“ vor. In ihrem Text „Von der Transformation zur Restauration?“ analysieren sie, vor welchen Herausforderungen die Vision eines grünen Kapitalismus steht. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu vereinen, erweise sich als schwieriger als gedacht. Sie blicken auch auf die aktuellen Konflikte und ihre Behandlung in der Soziologie.

Andrea Arcasis widerspricht in seinem Text „Diese Transformation retten?“ der These, dass ein potenzielles Scheitern der Transformation in erster Linie an mangelnder Kommunikation läge – auch wenn dies vielfach behauptet wurde. Die Transformation habe ihre gesellschaftliche Akzeptanz zwar weitgehend verloren, weil Inhalt und Kommunikation nicht zusammenpassten, aber das Problem seien die Inhalte. Das bedeute aber

auch: Wer die Transformation retten möchte, muss hier ansetzen und das bisher Erreichte kritisch auf den Prüfstand stellen – im Hinblick auf den Klimaschutz wie auch in Hinblick auf die sozialen und ökonomischen Auswirkungen.

Klaus Dörre steuert eine gekürzte Version seines Vortrages „Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten“ zum Heftschwerpunkt bei. Darin skizziert er die Wiederkehr eines autoritären Liberalismus als Reaktion auf die konfliktreiche sozial-ökologische Transformation und entwirft mögliche Antworten. Eine längere Version seines Artikels mit einer ausführlichen Darstellung des Jenaer Machtressourcenansatz, der das Analysewerkzeug des Textes ist, ist auf spw.de/backlash verfügbar.

Silke Bothfeld und *Henriette Pentschew* legen dar, wie unterschiedlich Männer und Frauen von Klimawandel und Transformationsprozessen betroffen sind und stellen fest, dass Frauen nicht ausreichend Gehör in der Debatte finden. Auch das könnte ein Grund sein, warum die Transformation bisher keine reine Erfolgsgeschichte ist. Denn, so ihre These, eine stärkere weibliche Beteiligung an klimapolitischen Entscheidungen sei nicht nur demokratisch geboten, sondern könne auch zu effektiveren und nachhaltigeren Politikergebnissen führen.

Mit einem Blick über die Transformation und die Narrative der globalen Rechten geht *Sebastian Schmugler* der Frage nach, wie die Transformation Thema eines rechten Kulturmangels wurde: Ob Trumps „Drill, baby, drill!“ oder Alice Weidels „Wir reißen alle Windkraftwerke nieder! Nieder mit diesen Windmühlen der Schande!“ – die politische Rechte mobilisiert gegen die Transformation. Und auch CDU-Kanzler(-kandidat) Merz fischte in diesen Gewässern, als er verkündete, Windräder zurückzubauen, „weil sie hässlich sind“, und öffentlich Zweifel an der Industrie-Transformation und der Zukunft von grüner Stahlproduktion säte. Aber warum eignet sich das Thema so gut für die Rechten und wie lässt es sich wieder zurückgewinnen?

Im Interview mit *Jakob Blankenburg*, dem umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, fragen wir nach seinem Blick auf den aktuellen Stand der Transformation: Er analysiert gemachte Fehler und beschreibt Möglichkeiten, wie es trotzdem gelingen kann, die Transformation zu retten und sozial gerecht zu gestalten. Aber dabei blickt er nur begrenzt optimistisch auf die aktuelle schwarz-rote Regierung: „Klimaschutz in einer Koalition mit der Union ist kein Selbstläufer.“

Ein praxisnahe Fallbeispiel stellen zum Abschluss *Kai Burmeister, Gerri Kannenberg* und *Setareh Radmanesch* vor. In ihrer Analyse der Transformation in Baden-Württemberg zeigen sie, vor welchen tiefgreifenden Entscheidungen das Bundesland weniger als ein halbes Jahr vor der Landtagswahl steht. Gelingt es, die industriellen Kerne des Ländles in ein Industrie-LÄND der Zukunft zu transformieren? Welche politischen Rahmenbedingungen sind dafür notwendig und was können die Gewerkschaften vor Ort beitragen, um diese herbeizuführen? ■

Interesse an mehr?

Erkunde die neue spw-Website. Online Specials, das frei verfügbare Heftarchiv und weitere Inhalte hier entdecken:



Bleib auf dem Laufenden!
Hier beim Newsletter anmelden:



Von der Transformation zur Restauration?

von Steffen Liebig und Johanna Sittel



⇒ **Steffen Liebig** ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des SFB 294 „Strukturwandel des Eigentums“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Foto: © privat



⇒ **Johanna Sittel** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bereich Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Foto: © privat

Am 20. Januar 2025 wurde Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Eine der ersten Amtshandlungen seiner zweiten Präsidentschaft war der abermalige Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen – eines Vertragswerks, das die Erderhitzung unter zwei, möglichst aber unter 1,5 Grad halten will. Ist die sozial-ökologische Transformation damit beendet, bevor sie richtig begonnen hat? Müssen wir mit einer antiökologischen und zugleich antisozialen Restauration rechnen? Und: Wird sich in Deutschland und Europa wiederholen, was in den USA bereits geschieht?¹

Es ist erst wenige Jahre her, dass auch Teile der wirtschaftspolitischen Eliten ein bloßes „Weiter so!“ ausschlossen. Inmitten der Corona-Pandemie plädierte etwa Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums, gemein-

sam mit dem Leiter des *Global Risk Network*, Thierry Malleret, für einen grünen *Stakeholder-Kapitalismus* und unkonventionelle Allianzen: „Eine Gruppe grüner Aktivisten könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine striktere Durchsetzung der Umweltschutzbedingungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal daselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entzieht“². Ein halbes Jahrzehnt später ist von dieser Vision wenig geblieben.

Rückblickend zeigt sich, dass in den Visionen eines grünen Kapitalismus die Widersprüchlichkeit und Konfliktträgtheit des Wandels massiv unterschätzt wurde. Weil die führenden Protagonisten eines *Green Deals* es nicht vermochten, ökologische Nachhaltigkeit glaubwürdig mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, haben sie ihre Mehrheitsfähigkeit eingebüßt. Makrosozial waren die Visionen eines grünen *Stakeholder-Kapitalismus* mit der Erwartung verbunden, dass Investitionen in naturverträgliche Technik und ökologisch nachhaltige Produkte ein neues Wirtschaftswunder auslösen würden. Dieses Versprechen hat sich nicht erfüllt. Inzwischen warnt die EU-Kommission zu Recht vor den Gefahren einer drohenden Deindustrialisierung.

Auf der Mikro- und Mesoebene der Transformation sind hingegen nicht Wachstumsindikatoren, sondern Gewinne vor Steuern (EBIT) die entscheidende Kennziffer, an der sich Eigentümer und Investoren orientieren. Doch auch bei den Profitmargen hat sich das grüne Prosperitätsversprechen nicht erfüllt. Da sich Investitionen nach ESG-Kriterien³ nur längerfristig amortisieren, verlieren sie an Attraktivität. Stattdessen greifen wieder vermehrt Mechanismen eines *Shareholder-Kapitalismus*, die als überwunden galten. Zudem

1 Der Text basiert auf der Einleitung der Herausgeber:innen des folgenden Buchs: Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Michaelis, Lennart/Sittel, Johanna (Hg.) (2025): Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel, Frankfurt a.M./NY, S. 9-37.

2 Klaus Schwab und Thierry Malleret, Covid-19: Der Große Umbruch, Genf 2020, S. 173.

3 ESG (Environment, Social, Governance) bezeichnet einen Kriterienkatalog zur Bewertung einer nachhaltigen und ethischen Unternehmenspraxis.

verweisen uneingelöste Wachstums- und Renditeversprechen auf das staatlich-politische Feld. Grüne Zukunftsmärkte wie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft erfordern enorme Investitionen, sind kurzfristig für Privatunternehmen nicht oder nur bedingt rentabel und verlangen deshalb nach einem Staat, der die Marktbildung aktiv unterstützt. Dies hat es, etwa beim Aufbau von Eisenbahnnetzen, in der Geschichte immer wieder gegeben. Doch die zuständigen staatlichen Apparate sind derzeit kaum in der Lage, dergleichen zu leisten. Eher scheint die politische Konkurrenz zwischen markt- und staatszentrierten Ansätzen die Krisensituation weiter zu verschärfen. Im europäischen Parlament deutet sich an, wie sich dieses Patt auflösen könnte, indem eine baldige Revision des europäischen *Green Deals* und seines Kernprojekts der E-Mobilität im Bündnis von Konservativen und Teilen der radikalen Rechten durchgesetzt werden könnte.

Politische Gegenbewegungen zu dem Großprojekt einer ökologischen Modernisierung verweisen schließlich auf die eigentliche politökonomische Achillesferse eines grünen *Stakeholder-Kapitalismus*. Denn soziale und ökologische Zielsetzungen sind für kapitalistische Eliten nur in dem Maße relevant, wie sie von machtvollen Antagonisten, von sozialen (Klima-)Bewegungen und deren Verbündeten in die Öffentlichkeit getragen und zur Delegitimierung der bestehenden Ordnung genutzt werden. Lässt der öffentliche Druck nach, kommen die dominanten kapitalistischen Akteure rasch wieder zu sich selbst. Dabei fehlt es vor allem in der Arbeitswelt an Durchsetzungskraft für sozialere und ökologischere Entwicklungswege.

Nachdem sich die Gewerkschaften im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007–2009 zumindest in Deutschland als unverzichtbare Krisenmanager erwiesen und in den Folgejahren vergleichsweise hohe Lohnabschlüsse sowie arbeitszeitpolitische Erfolge erzielten, hat sich das Blatt inzwischen gewendet. Selbst solche Unternehmen, die einst stilbildend für den Rheinischen Kapitalismus waren, greifen inzwischen gegenüber den Gewerkschaften auf ein taktisches

Arsenal zurück, das man bislang nur aus den Niederwerfungsstrategien der angelsächsischen Kapitalismen kannte. Brennglasartig hat die VW-Krise deutlich gemacht, was das für den sozial-ökologischen Umbau bedeutet: Im Volkswagenkonzern gab es einen Haustarifvertrag mit einer Beschäftigungsgarantie bis 2029. Diesen hat der Vorstand quasi über Nacht außer Kraft gesetzt und mit betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen gedroht sowie pauschale Lohnkürzungen von zehn Prozent verlangt. Dies steht für eine Zeitenwende in den Arbeitsbeziehungen. VW ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Thyssen-Krupp, ZF, Continental, BASF und mit ihnen viele andere Unternehmen sind auf einen Kurs eingeschwenkt, der die ursprünglich unternehmerischen Risiken des Wandels vor allem den Belegschaften aufbürden will. Markt- und Managementversagen bei den Geschäftsmodellen wird weitgehend ausgeblendet, die Wirtschaftsmisere bevorzugt einem vorgeblich „kranken Staat“ und einer vermeintlichen „ökologischen Planwirtschaft“ zugeschrieben.

Wie reagiert die Soziologie auf eine solche Situation? Eigentlich müsste sich die neu entstandene Transformationsforschung des krisenhaften Umbruchs annehmen und ihn facettenreich ausleuchten. Doch das ist keineswegs flächendeckend der Fall. Obwohl Schauplatz disruptiver Veränderungen, kommt die betriebliche Arbeitswelt, bis auf wenige Ausnahmen⁴, in den einschlägigen Transformationsstudien eher am Rande vor. Weithin zeichnet sich trotz der zu erwartenden zeitdiagnostischen Vielstimmigkeit eine deutliche Tendenz ab, die Frank Adler mit „Abschied von ‚Fortschritt‘ und ‚Transformation‘“⁵ auf den Punkt bringt. Statt großer Ziele sind Anpassung, Resilienz und Arrangement mit unvermeidlichen Verlusten gefragt. Denn in ausdifferenzierten Gesellschaften seien trotz größter Herausforderungen nur kleine Schritte möglich und

4 Etwa: Simon Schaupp, Stoffwechselpolitik. Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten, Berlin 2024; Berthold Vogel und Harald Wolf (Hg.), Arbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Frankfurt a.M./NY 2024.

5 Frank Adler, Abschied von ‚Fortschritt‘ und ‚Transformation‘? Kritische Anmerkungen zu einer zeitdiagnostischen Strömung, in: Soziopolis: Gesellschaft beobachten, 12.12.2024.

selbst ein Trump müsse erkennen, dass eine andere Welt *unmöglich* ist.⁶

Verharrt die professionelle Soziologie bei differenzierungstheoretischen Komplexitätsformeln, könnte man seitens der kritischen Soziologie eine Reflexion solch affirmativen Wissens erwarten. Doch auch das ist, jedenfalls mit Blick auf den sozial-ökologischen Umbau, überwiegend nicht der Fall. Für Ingolfur Blühdorn etwa schließt die Vielfachkrise der Gegenwart jedes denkbare Projekt ökologischer Emanzipation aus: „Spätmoderne Gesellschaften sind sowohl strukturell als auch kulturell längst nicht mehr in der Lage, eine SÖT [= sozial-ökologische Transformation; d. A.] zu bewerkstelligen“⁷. Mag der Ist-Zustand damit treffend beschrieben sein, überzeugt die Verabsolutierung dieses Aggregatzustands moderner, demokratischer Gesellschaften nicht.

Wir folgen dem hier in aller Kürze skizzierten und verzögten Zeitgeist nicht, weil er zelebriert, was Mark Fisher zu Recht als kapitalistischen Realismus kritisiert hat.⁸ Zusammen mit einer zuletzt wieder wachsenden Zahl einschlägiger Publikationen⁹ plädieren wir dafür, die konkreten Konfliktdynamiken der Transformation herauszuarbeiten und dabei deren Klassenspezifität zu thematisieren. Bei allem gebotenen Realitätssinn zeichnen entsprechende empirische Untersuchungen ein erheblich entscheidungsoffeneres Bild als die sich tendenziell hermetisch verschließen den Diagnosen Blühdorns und Nassehis. Wer

nach den Gründen für das – vorläufige und teilweise durchaus konstruktive – Scheitern der diversen Green Deals suchen und dennoch mögliche Handlungsfenster identifizieren möchte, die sich gerade aus den vorhandenen Brüchen und Auseinandersetzungen ergeben, muss sich in den Maschinenraum der kapitalistischen Produktionsweise, in Betriebe und Unternehmen vor allem der seitens der Arbeitssoziologie lange vernachlässigten industriellen Karbonbranchen begeben. Denn diese Wirtschaftsbereiche bilden gegenwärtig das „Sturmzentrum“ der Krise.

Die Forschungsarbeiten, die in den zurückliegenden Jahren am Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt wurden, sind diesem Ansatz verpflichtet. Sie berichten über die betriebsförmig organisierte Arbeitswelt und analysieren Konflikte, wie sie beim sozial-ökologischen Wandel von Produktions- und Lebensweisen zwangsläufig entstehen. Dabei wird deutlich, dass sich der für kapitalistische Gesellschaften strukturprägende industrielle Klassenkonflikt mehr und mehr in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt verwandelt.¹⁰ So lassen sich Auseinandersetzungen um Einkommen, Beschäftigungssicherung und sozialen Status selbst unter Rezessionsbedingungen kaum noch ohne Berücksichtigung der ökologischen Dimension führen – und vice versa. Allerdings können Transformationskonflikte an Nachhaltigkeits- und Klimaziel gemessen sowohl eine konservierende als auch eine transformative Dynamik entfalten.

Ohne an dieser Stelle weiter ins Detail gehen zu können, kommt es darauf an die „Umkämpfte Transformation“¹¹ in so unterschiedlichen Branchen wie der Stahl-, Bau-, Auto- und Zuliefererindustrie sowie im Logistiksektor oder der mittelständischen Umwelt-

6 So etwa Armin Nassemi: „Ich wehre mich dagegen, wenn Leute einfach so behaupten, eine andere Welt sei möglich, alles gehe auch ganz anders. Solch große Gesten lehne ich ab“, Armin Nassemi, Wer immer ‚Disruption‘ ruft, bremst eher. Interview, in: Handelsblatt, 7/8.02.2025, S. 56.

7 Ingolfur Blühdorn, Soziologische Zeitenwende, in: Vorgänge, Jg. 63, H. 245/246, 2024, S. 103f.

8 Kapitalistischer Realismus meint, dass man sich den Untergang der Menschheit eher vorstellen kann als die Überwindung des Kapitalismus, siehe: Mark Fisher, Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg 2020.

9 Hierzu gehören bspw.: Jan N. Engels, Annika Arnold und Catrina Schläger, Wie viel Klasse steckt in der Mitte? Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, in: FES diskurs, April 2024; Dennis Eversberg, Martin Fritz, Linda von Faber und Matthias Schmelzer, Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation, Frankfurt a.M./NY 2024; Jakob Graf, Steffen Liebig, Kim Lucht, Hans Rackwitz und Markus Wissen, Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien, in: Prokla, Jg. 53, H. 210, 2023, 4–12; Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuer, Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

10 Klaus Dörre, Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt, in: Klaus Dörre u.a. (Hg.), Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a.M./NY 2022, 23–70.

11 Siehe dazu die Beiträge im gleichnamigen Buch: Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht, Lennart Michaelis und Johanna Sittel (Hg.), Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel, Frankfurt a.M./NY 2025.

wirtschaft konkret zu analysieren sowie ihre Verlaufs- und subjektive Verarbeitungsform zu erforschen. Zwar spricht einiges dafür, dass die derzeitige Blockade einer Nachhaltigkeitsrevolution, wie sie der Weltklimarat einklagt, Geburtshilfe für eine kapitalistische Restauration leistet, die Überlebensfähigkeit zu einem Privileg der Wohlhabenden werden lässt. Doch wird dies, so legen unsere empirischen Studien nahe, keine lineare Entwicklung sein; vielmehr gehen die Klassen- und Naturachse in entsprechenden Transformationskonflikten eine spannungsvolle Synthese ein. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass soziale Systeme ihren Aggregatzustand an geschichtlichen Verzweigungspunkten rasch ändern können, während ein Festhalten an alten Regeln die Strukturkrise zusätzlich verschärft.¹²



© Campus

12 Immanuel Wallerstein, Die strukturelle Krise oder Warum der Kapitalismus sich nicht mehr rentieren könnte, in: Immanuel Wallerstein u.a. (Hg.), Stirbt der Kapitalismus? Frankfurt a.M./NY 2014, 17–47.

Diese Transformation retten?

von Andrea Arcais



⇒ Andrea Arcais ist seit Mai 2022 Geschäftsführer der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG-BCE. Vorherige berufliche Stationen: Abteilungsleiter Klima-, und Energiepolitik des DGB NRW und persönlicher Referent der Vorsitzenden / Geschäftsführer der Diskursplattform „KlimaDiskurs.NRW“.

Foto: © Stiftung Arbeit und Umwelt

„Der Verwundbare schätzt nicht den Wandel, sondern Stabilität und Gemeinschaft. Für die oberen Schichten bedeutet Wandel, dass du dich weiterentwickelst oder ein Start-up gründest. Für die Arbeiterklasse heißt Wandel meist, dass du gefeuert wirst.“

Robert Misik

Die industrielle Transformation in die Treibhausgasneutralität ist längst im Gange und sie ist zweifellos notwendig. Angesichts der Klimakrise, der geopolitischen Abhängigkeiten und der technologischen Dynamiken steht außer Frage, dass unsere Wirtschaft einen tiefgreifenden Umbau durchlaufen muss. Es geht längst nicht mehr um das ob, sondern um das wie. Auf diese Ziele muss eine Transformation einzahlen, die die Chance hat, eine breite Unterstützung zu finden: Sie muss finanzielle, technische und soziale Brücken in die Treibhausgasneutralität bauen, als Innovationsmotor und damit auch als Standortstabilisator für die Industrien in unserem Land wirken und den Wandelprozess von Arbeit organisieren und unterstützen.

Allerdings ist fraglich, ob die Umsetzung der Transformationsagenda die oben genannten Ziele in ihrem Zusammenhang erreicht. Seit dem Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine im Februar 2022 sind mit dem Stopp der preisgünstigen Gaslieferungen und dem folgenden Sanktionsregime gegen Russland notwendige Brücken zerstört, die den Übergang von fossiler hin zu regenerativer

Energie in der Industrie ermöglichen sollten. Auch wenn die Ampel-Regierung in sehr kurzer Zeit (und gegen den Rat des heutigen Bundeskanzlers und von nicht wenigen Ökonomen*) sich erfolgreich um Ersatz gekümmert hat und damit eine weitreichendere Krise für die industrielle Basis unseres Landes abwenden konnte – die Umsetzung der bisherigen Transformationsagenda ist in Schieflage.

Waren die internationalen Wettbewerbsbedingungen vor allem für die energieintensiven Industrien schon vor dem Februar 2022 schwierig, so droht seitdem, dass anstehende Investitionsentscheidungen zwar getroffen werden – aber für Standorte außerhalb Deutschlands und Europas. Die Wiederwahl von Donald Trump, die erratische Handels-, und Zollpolitik seitens der USA und die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den USA und China hat die Situation noch verschärft. Die Folgen dieser Multikrisen für die Beschäftigten und ihre Familien sind teils sehr negativ und zeigen Wirkung. Auch mit Folgen für die Demokratie. Was in der „Erzählung“ vom Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachfossilen, einer treibhausgasneutralen, modernisierten und nachhaltigen Zukunft versprochen wurde, ist zerbrochen. Die realen Erfahrungen vieler Beschäftigter sehen so aus: Verlust von Standorten, aufgeschobene oder gestrichene Investitionen in neue, modernisierte Anlagen mit der Folge von Arbeitsplatzverlusten, Sorgen um die berufliche Zukunft, um den Lebensstandard und manchmal auch um die Existenz. Nun könnte man einwenden, dass die Zahl der so angesprochenen Beschäftigten groß ist, sie aber im Vergleich zur Gesamtbevölkerung immer noch keine Mehrheit darstellt. Aber jede und jeder Beschäftigte lässt die eigenen Meinungen, Befürchtungen und Einschätzungen nicht am Werkstor zurück. Und Gespräche darüber finden – banale Analyse – nicht nur am familiären Esstisch und in der Stammkneipe statt, sondern am globalen Stammtisch, den sogenannten sozialen Medien.

Wer sich Gedanken darüber macht, wie die Transformation von Klimawandelleugnern und Rechtspopulisten erfolgreich angegriffen werden konnte, sollte sich aber nicht nur die kommunikative Kampagnenfähigkeit von rechts ansehen, sondern bewusst machen, dass diesen Kampagnen auch reale Probleme zugrunde liegen können. Die energieintensive Industrie hat Produktion eingebüßt. Die angekündigten Investitionen in neue Technologien kommen bislang nur schleppend voran. Wissenschaftliche Expertisen beziffern den jährlichen Investitionsbedarf auf bis zu 255 Milliarden Euro – eine Dimension, die nur durch koordinierte öffentliche und private Anstrengungen zu erreichen ist. Das sind Zahlen und Fakten, die länger schon bekannt sind. Ihre Wirkung auf den Großteil der Menschen in unserem Land wird verstärkt durch das, was politische Rahmensexzenzen im privaten Leben vieler Menschen bewirken. Hier zur Illustration wenige Stichworte, die bekannt sind: Elektrifizierung des Individualverkehrs contra nicht vorhandene Infrastruktur im ländlichen Deutschland. Anschaffungspreise für E-Mobilität, die jenseits der Möglichkeiten von „Durchschnittsverdiener*innen“ liegen. Erhöhungen von Energiepreisen für Wärme und Sprit. Dass das Soziale mitgedacht werden muss in der Transformation, ist mittlerweile verbal Allgemeingut. Und die Antwort lautet dann: Klimageld? Ein Klimageld oder ähnliche Ausgleichszahlungen können kurzfristig nur unzureichend entlasten. Sie wären in der Summe von geringer Wirkung. Vor allem aber ersetzen sie weder strukturelle Investitionen noch Arbeitsplatzsicherung. Ohne verlässliche Transformationsbrücken bleiben sie symbolische Gesten – moralisch gut gemeint, aber ökonomisch unzureichend. Wichtiger ist der Kampf darum, wie die nun vorgesehenen hunderte Milliarden eingesetzt werden, um die Voraussetzungen für eine im oben genannten Sinne gelingende Transformation zu schaffen.

Kommunikation ersetzt keine Substanz

Die gängige Diagnose „Wir müssen besser kommunizieren“ ist deshalb falsch. Zunächst entsteht der Eindruck, es gehe weniger um die materiellen Voraussetzungen als um das

richtige Narrativ, dass es „lediglich“ um eine wirksamere Verteidigung einer an sich richtigen Politik gehe. Doch Kommunikation kann nicht verdecken, wenn die zugrunde liegenden Strukturen brüchig sind. Entscheidend ist, ob Instrumente und politische Rahmenbedingungen stimmen. Sich wiederholende Beteuerungen, es gehe allen politischen Akteuren um eine Transformation, die die Industrie und die Arbeitsplätze im Land erhält, sind deswegen schal, weil die Wirkung der konkreten Politik nicht zu diesen Beteuerungen passt.

Diese Widersprüche haben konkrete Folgen: Beschäftigte spüren die Unsicherheit unmittelbar. Ein wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Versprechen prägt die Wahrnehmung. Die politische Botschaft, alles werde durch die Transformation besser, hat ihre Glaubwürdigkeit verloren, wenn gleichzeitig lokale Standorte schließen und Regionen ihre industrielle Basis einbüßen. Ohne verlässliche soziale Brücken hat damit diese Transformation ihre gesellschaftliche Akzeptanz weitgehend verloren.

Eine Verbindung von Transformation und Demokratie

Gerade die politische Linke betont mit Nachdruck die Notwendigkeit ökologischer Veränderungen. Eine sozialdemokratische Politik müsste aber ins Zentrum nicht nur ihrer Kommunikation, sondern ihrer Programmatisierung und konkreten Politik Arbeit, Wertschöpfung, nachhaltige Entwicklung und den Erhalt der Industrie stellen. Die Transformation als „rotes“ Projekt stellt damit kein Gegenmodell zum Kampf gegen die Klimakatastrophe dar. Aber sie müsste zeigen, dass diese nur dann eine Aussicht auf eine gesellschaftliche Mehrheit haben wird, wenn sie auch aus der Perspektive der Beschäftigten und ihrer Familien formuliert wird. Dies ist keine auf Sozial- und Beschäftigungspolitik reduzierte Aufgabe. Es geht darüber hinaus und beinhaltet vor allem die Verbindung von Transformation und Demokratie.

Eine sozialdemokratische Transformationsgestaltung muss darauf achten, dass betrieb-

liche und Unternehmens-Mitbestimmung gestärkt wird. Nicht um die Belegschaften „mitzunehmen“, wie zumeist formuliert wird, sondern um sie in ihrem Anspruch auf Gestaltung zu stärken und als Subjekte der Gestaltung zu ermächtigen. So richtig es ist, sich für mehr gesellschaftliche Partizipation einzusetzen, so verengt ist der Blick, wenn dabei vor allem der politische Raum im Zentrum steht. Axel Honneth hat in der Einleitung zu seinem Buch „Der arbeitende Souverän“ treffend auf das Folgende hingewiesen: „*So gerne man sich auch vorstellt, die Bürgerinnen und Bürger seien vor allem damit beschäftigt, sich engagiert an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen: Die soziale Realität sieht anders aus. Tagtäglich und über viele Stunden hinweg gehen nämlich die meisten, von denen da die Rede ist, einer bezahlten oder unbezahlten Arbeit nach, was es ihnen aufgrund der damit verbundenen Unterordnung, Unterbezahlung oder Überforderung nahezu unmöglich macht, sich in die Rolle einer autonomen Teilnehmerin an der demokratischen Willensbildung auch nur hineinzuversetzen.*“

Die Erfahrungen, die Beschäftigte in Bezug auf demokratische Teilhabe während der Arbeit machen, und ihre Wirkung nicht nur auf das Wahlverhalten, sondern auf demokratisches Bewusstsein spielen in der gesellschaftlichen Debatte keine Rolle. Das ist straflich.

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi hat bereits im Frühjahr 2024 vor einer gesellschaftlichen Überforderung durch zu hohen Anpassungsdruck gewarnt. Sie forderte gezielte Entlastungen bei Energiepreisen, eine Reform der Schuldenbremse und realistische Ausbaugeschwindigkeiten – ohne das Ziel der Klimaneutralität 2045 infrage zu stellen. Entscheidend ist, dass solche Positionen nicht als Bremse, sondern als Realitätsprüfung verstanden werden. Diese Diagnose hat ihre Gültigkeit nicht verloren. Es geht um Wahrnehmung der Realitäten.

Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen: Die Transformation ist per se weder zum Scheitern verurteilt noch unweigerlich in den Händen der Rechten. Sie wird dann scheitern,

wenn alle Akteure in Politik und Gesellschaft, die diesen Wandel wollen, nicht bereit sind, sich den realen Bedingungen und bisherigen Folgen der beschlossenen Rahmensexzenzen und Maßnahmen zu stellen. Wie wäre es mit einer Bilanz der Ergebnisse der bisherigen Transformationsagenda von Seiten der Sozialdemokratie? Das wäre ein Anfang, um daraus Schlüsse zu ziehen. ■

Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten

von Klaus Dörre¹



⇒ Dr. Klaus Dörre ist Professor i.R. und aktuell Gastprofessor an der Universität Kassel am Kassel Institut for Sustainability (KIS) für das Fachgebiet sozial-ökologische Nachhaltigkeitskonflikte. Er ist Mitherausgeber der spw.

Foto: © Stella Weiß

„Nur der langfristige Gewinn zählt. Shareholder Value galt als Ausdruck der Kurzfristdenke. Jetzt gilt es, den Stakeholdern gerecht zu werden“, hieß es 2020 (Honold 2020). Inmitten der Corona-Pandemie hatten Klaus Schwab, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Weltwirtschaftsforums, und Thierry Malleret, Leiter des Global Risk Network, dazu aufgerufen, „unsere Welt neu zu überdenken, damit sie besser und gestärkt aus dieser Krise hervorgeht“ (Schwab/Malleret 2020: 20). Sich der Gefahren eines zeitgenössischen Autoritarismus bewusst, forderten die beiden Vordenker eines grünen Kapitalismus einen neuen Gesellschaftsvertrag. Den Klimawandel betrachteten sie als Chance, um der Weltwirtschaft neues Leben einzuhauchen. Sie schätzten, der Aufbau einer naturfreundlichen Wirtschaft werde „mehr als 10 Billionen Dollar pro Jahr bringen“, und dies „sowohl im Hinblick auf neue wirtschaftliche Chancen als auch auf eingesparte wirtschaftliche Kosten“ (ebd.: 176). Kurzfristig könnten „durch den Einsatz von rund 250 Milliarden US-Dollar an Fördermitteln auf äußerst kosteneffiziente Weise bis zu 37 Millionen naturfreundliche Arbeitsplätze“ neu entstehen. Deshalb solle die Umweltsanierung „nicht als Kostenfaktor betrachtet

werden, sondern als eine Investition, die Wirtschaftsaktivität und Beschäftigungsmöglichkeiten schafft“ (ebd.).

Nur fünf Jahre später scheint das alles verlassen. „Davos war immer das Gipfeltreffen der Globalisierungsapologeten. Wer hierher fuhr, hatte den größten Teil seiner Karriere in einer Welt verbracht, die immer enger zusammenwuchs, in der weltumspannende Konzerne immer grenzenlosen Handel treiben konnten. Doch diese Welt gibt es nicht mehr. Vieles, was die Kosmopoliten in den vergangenen Jahren in den Schweizer Alpen beschworen, wickelt Donald Trump gerade ab – mit einer Willenskraft, einer Entschlossenheit und einer Geschwindigkeit, die selbst seine Anhänger überraschen dürfte: Deals statt multilateraler Diplomatie, Recht des Stärkeren statt Stärke des Rechts, ‚Drill, Baby, drill‘ statt grüner Energie“, fasst der Chefredakteur des Handelsblatts seine „Lehren aus Davos“ zusammen (Matthes 2025).

Was hier als Beginn eines „Post-Globalisierungs-Zeitalters“ (ebd.) angekündigt wird, führt zur Leitthese dieses Beitrags. Eine Schwäche vieler Visionen eines grünen, nachhaltigen Stakeholder-Kapitalismus ist das fehlende Gespür für die Widersprüchlichkeit und Konfliktträgtheit des angestrebten Wandels. Gesellschaftliche Transformationen von einer Reichweite, die sich mit den Auswirkungen der ersten industriellen Revolution vergleichen lassen, sind darauf angewiesen, dass ihre Protagonisten neue soziale Regeln kreieren und zivilgesellschaftlich verankern. Selbiges ist den politischen Kräften, die sich während der zurückliegenden Jahre für unterschiedliche Varianten eines Green Deal stark machten, misslungen. Weil sie es nicht vermochten, ökologische Nachhaltigkeit glaubwürdig mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Prosperität zu verbinden, haben sie ihre Mehrheitsfähigkeit eingebüßt. Dieser Misserfolg hat Raum für politische Allianzen geöffnet, die nun unter völlig anderen histori-

¹ Es handelt sich um die verschriftlichte Fassung eines Vortrags, den ich im Rahmen der Akademie für sozialen & ökologischen Umbau „Gemeinsam Gegenmacht bilden“ am 10. Juni in Linz gehalten habe. Eine modifizierte Fassung erscheint in: Urban, Hans-Jürgen (2025). Unter spw.de/backlash findet sich eine ausführlichere Version dieses Textes, in der der Jenaer Machtressourcenansatz dargestellt wird, samt Literaturverzeichnis.

schen Bedingungen anstreben, was der Staats-theoretiker Hermann Heller am Ende der Weimarer Republik für die Essenz eines autoritären Liberalismus hielt – einen autoritären Staat, der „sobald nämlich von Wirtschaft die Rede ist“, „restlos auf seine Autorität“ verzichtet und dessen angeblich ‚konservative‘ Wurführer „nur noch die eine Parole: Freiheit der Wirtschaft vom Staate!“, kennen (Heller 1992 [1933]: 650).

In der Gegenwart erleben wir die Wiederkehr eines autoritären Liberalismus in neuem Gewand, der auf die konfliktreiche sozial-ökologische Transformation reagiert, indem er die nationale Wirtschaft von bürokratischen Fesseln befreien und den Klimaschutz, so er überhaupt noch als relevantes Ziel angestrebt wird, in erster Linie den Marktkräften und dem technischen Fortschritt überlassen will. Doch was bedeutet dies für Klimaziele und gewerkschaftliche Interessenpolitik?²

1. De-Industrialisierung und Innovations-blockaden

In einer *ersten These* lässt sich sagen, dass sich Deutschland und Europa mit strukturellen Krisenphänomenen konfrontiert sehen, die gewerkschaftliche Machtressourcen trotz gegenläufiger Tendenzen eher schwächen. Das gilt vor allem für die im Gange befindliche Deindustrialisierung, wie sie sich in wichtigen EU-Staaten abzeichnet. Allein zwischen Februar 2023 und dem Vergleichsmonat 2024 ging die Industrieproduktion in der Eurozone um 6,4 Prozent, in der gesamten EU um 5,4 Prozent zurück. Die Wirtschaft des einstigen Exportweltmeisters Deutschland ist besonders hart getroffen. Im März 2025 verzeichnete das verarbeitende Gewerbe bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ein Minus von 127.000 gegenüber dem Vorjahr; die Metall-, Elektro- und Stahlindustrie hat 93.000 Beschäftigungsverhältnisse verloren; Arbeitnehmerüberlassungen sind um ca. 59.000 Beschäftigungsverhältnisse zurück-

gegangen (BA 2025: 8) – ein Indiz dafür, dass zuerst Leiharbeitskräfte und andere prekär Beschäftigte gehen müssen. Es sind einstige Vorzeigeunternehmen des deutschen Sozialkapitalismus wie VW, ZF, Thyssenkrupp, Siemens oder Bosch, die großvolumig Stellen streichen. Dass die Beschäftigung in der Sozialwirtschaft und dem Gesundheitswesen zeitgleich zunimmt, ist wenig tröstlich, denn in der Industrie fallen gut bezahlte Arbeitsplätze weg. So kommen auf jeden Beschäftigten im VW-Werk Kassel-Baunatal sieben weitere Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft. Die anhaltende Krise des Industriemodells und die wirtschaftliche Stagnation behindern den sozial-ökologischen Umbau und schaffen den Rahmen für einen *Backlash* bei Klima und Nachhaltigkeitszielen. Vor allem drei Ursachenkomplexe zeichnen hauptverantwortlich.

So zeigt sich in der Krise des deutschen, aber auch des europäischen Industriemodells dessen lange, fahrlässige Abhängigkeit von billigen Rohstoffen sowie billigem russischen Öl und Erdgas. Industriemodelle mit solchen Abhängigkeiten funktionieren nur, sofern sie sich in einem stabilen Umfeld entfalten können. In einer unsicheren, von Kriegen, Pandemien und gestörten Lieferketten geprägten Weltwirtschaft macht sich hingegen bemerkbar, was der Ökonom James Galbraith treffend als „Würgehalsband-Effekt“ (Galbraith 2016: 121-151) bezeichnet. Zunehmende Unsicherheit verkürzt den Zeithorizont für Gewinne und Investitionen radikal. Weil die „Gewinne schrumpfen, nehmen Verteilungskonflikte – zwischen Arbeitern, Management, Eigentümern und Steuerbehörden – an Intensität zu. Das Vertrauen in eine positive Entwicklung beginnt zu wanken. Unter diesen Umständen werden weniger große Projekte angegangen, vielleicht gar keine“ (ebd.: 140).

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und dem seither anhaltenden Krieg hat sich das „Würgehalsband“ der deutschen und europäischen Industrie wie eine Schlinge zusammengezogen. Auch wenn dieser Effekt nach Ländern, Branchen und Unternehmen kräftig streut, ist er doch ein Hauptgrund für die nachlassende Bereitschaft führender Unter-

² Soweit nicht anders ausgewiesen, beruhen die Ausführungen auf empirischen Forschungen zum sozial-ökologischen und digitalen Wandel, deren Ergebnisse in Dörre et al. (2025) dokumentiert sind. Dort finden sich auch Informationen zu den verwendeten Datensätzen.

nehmen, in den sozial-ökologischen Umbau zu investieren. An der Dringlichkeit solcher Investitionen hat sich nicht das geringste geändert. 2024 war das erste Jahr, in welchem die 1,5-Grad-Marke, die die Weltklimakonferenz 2015 als Zielvorgabe festgelegt hatte, überschritten wurde. Statt auf ein 1,5-Grad-Erderhitzungsszenario steuert der Globus auf eine durchschnittliche Temperaturerhöhung von 2,7 oder 2,8 Grad bis zum Jahrhundertende zu. Nach Berechnungen von Klimawissenschaftlern würde ein 2,7-Grad-Szenario bedeuten, das bis zu einem Drittel der Menschheit in den angestammten Klimatischen nicht mehr leben könnte (Lenton et al. 2023).

Nun mag man einwenden, dass Deutschland und EU-Europa ihre Klimaziele 2024 erreicht haben; doch das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. In Deutschland und in anderen Industrieländern hat sich ereignet, was in der Wissenschaft als *Degrowth by Desaster* bezeichnet wird. Ein ökologisch erwünschter Effekt, der Rückgang klimaschädlicher Emission, wird um den Preis wirtschaftlicher Rezession und dadurch bedingter Wohlfahrtsverluste erreicht. Um seine Klimaziele zu realisieren, müsste die bundesdeutsche Wirtschaft die Emissionsreduktion während der kommenden Jahre mindestens um das eineinhalbfache steigern. Den Investitionsbedarf für einen wirk samen Klimaschutz beziffert der Thinktank Agora Energiewende bei etwa elf Prozent des BIP; 80 Prozent dieser Investitionen fallen ohnehin an und müssen von der Privatwirtschaft erbracht werden. Für den Staat verbleiben dann aber noch immer Investitionen in einer Größenordnung von ungefähr 3,5 Prozent des BIP – ein Bedarf, der in etwa dem entspricht, was laut EU-Beschluss künftig für das Erreichen von „Kriegstüchtigkeit“, militärische Infrastruktur ausgeklammert, aufgewendet werden soll (Agora Energiewende 2024).

Um Investitionen in Zukunftsfelder zu lenken, wäre es eine staatliche Aufgabe, aktiv an der Bildung „grüner“ Zukunftsmärkte und -industrien mitzuwirken. Dazu würde gehören, etwa der Elektromobilität oder dem Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft durch jenes Tal des Todes zu helfen, das Zu-

kunftstechnologie und deren Produkte bei der Markteinführung immer durchschreiten müssen. Davon kann gegenwärtig weder in Deutschland noch in EU-Europa ernsthaft die Rede sein. Zwar hat die EU jüngst die Dekarbonisierungsziele für 2040 bei 90 Prozent festgelegt; teils offen, teils versteckt erfolgt jedoch längst die Abkehr vom – ökologisch wie sozial ohnehin unzureichenden – europäischen Green Deal. Die schrittweise Relativierung des einstigen Leitprojekts Elektrifizierung des PKW-Verkehrs und die Debatte um das Aus für die Neuzulassung von PKW mit Verbrennungsmotor bieten Anschauungsunterricht.

2. Politische Inszenierung

Das führt zur zweiten These: Die Wirtschaftskrise der Gegenwart ist teilweise politisch inszeniert. Derzeit dominante Muster der Krisenbewältigung bedeuten ökonomisch anhaltende Stagnation, ökologisch eine Rolle rückwärts; politisch beinhalten sie einen Generalangriff auf Gewerkschaften und Mitbestimmung. Brennglasartig hat die VW-Krise verdeutlicht, worum es geht. Als wir 2022/23 im VW-Komponentenwerk Kassel-Baunatal forschten, konnte sich dort niemand vorstellen, dass an einer tariflichen Vereinbarung, die eine Beschäftigungsgarantie bis 2029 vorsah, gerüttelt würde. Vom Topmanagement bis zu den Produktionsarbeitenden waren sich alle einig, auf der sicheren Seite zu sein – und dies in einem Werk, das im Zuge der Antriebswende die Hälfte der 15.500 Arbeitsplätze verlieren könnte. Die Tatsache, dass der VW-Vorstand quasi über Nacht gültige Tarifverträge außer Kraft gesetzt, mit betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen gedroht und pauschale Lohnkürzungen von pauschal zehn Prozent verlangt hat, steht symbolisch für eine Zeitenwende in den Arbeitsbeziehungen. VW ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Viele andere Unternehmen sind auf einen Kurs eingeswenkt, der die Risiken des sozial-ökologischen Umbaus und digitalen Wandels vor allem den Belegschaften aufbürden will.

Zur Legitimation solcher Strategien wird eine Krisendiagnose bemüht, die bei oberflächlicher Betrachtung fast schon grotesk

wirkt. In der Regel reagiert die Kapital- und Unternehmensseite auf ökonomische Verwerfungen mit dem Hinweis, man dürfe die Situation nicht schlechtreden, denn 50 Prozent der Anti-Krisen-Therapie seien Psychologie. Die Reaktion auf die deutsche und europäische Flaute ist eine andere. Nun sind es vor allem Wirtschaftsverbände und Unternehmensvorstände, die ein dramatisches Bild der Lage zeichnen. Knapp zusammengefasst verläuft der Krisendiskurs getreu dem Motto: Je größer die Skepsis gegenüber dem sozial-ökologischen Umbau und seinen Herausforderungen, desto schriller tönen die Krisensirenen. Während wirtschaftspolitische Akteure, die den Klimaschutz noch immer als eine zentrale Aufgabe betrachten, Insolvenzen und Beschäftigungsverluste zu schwer vermeidbaren Folgen eines radikalen Strukturwandels erklären, verleiht die Gegenposition Krisenszenarien eine besonders dramatische Note.

Nehmen wir als Beispiel noch einmal die Auto- und Zulieferindustrie. Der Einbruch bei Absatz und Gewinnen hängt bei VW wie auch bei anderen in Deutschland ansässigen Endherstellern mit einem Geschäftsmodell zusammen, das unter veränderten Weltmarktbedingungen nicht mehr trägt. Ihre hohen Gewinne haben die deutschen Endhersteller in der Vergangenheit hauptsächlich mit *financial services* und im Hochpreissegment teurer, luxuriöser Fahrzeuge mit hohem Sprit- oder Energieverbrauch gemacht. Das war verhältnismäßig einfach, weil gut betuchte Käufer lange Zeit bereit waren, jeden Preis für einen Neuwagen zu zahlen. Mittlerweile hat sich dies geändert, da Made in Germany selbst im Luxussegment und vor allem bei E-PKW nicht mehr ohne Konkurrenz ist. Die VW-Krise resultiert wesentlich aus sinkendem Absatz der Premiummarken Porsche und Audi sowie rückläufigen Gewinnen bei den Finanzdienstleistungen. Es rächt sich, dass der VW-Konzern noch immer nicht in der Lage ist, einen konkurrenzfähigen E-PKW für weniger als 20.000 Euro anzubieten. Wegen des späten Einschwenkens auf Elektromobilität und der Schwierigkeiten bei der Digitalisierung des Produkts haben deutsche Autofirmen ihre ehemals führende Rolle in der Technologieentwicklung einge-

büßt. Dennoch heißt es seitens der Konzernspitzen, die Krise der Branche und speziell bei VW resultiere aus einem Kostenproblem, verursacht von einem Sicherheitsnetz, das Gewerkschaften, Betriebsräte und Staat über die Belegschaften gespannt hätten. Dieses Sicherheitsnetz verhindere dringend nötige Marktanpassungen und sei der Hauptgrund für die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit des VW-Konzerns und letztlich der gesamten Branche.

Der Effekt solcher Zuschreibungen ist ein doppelter. Einerseits wird von Managementversagen abgelenkt, andererseits geraten die organisierten Arbeitsbeziehungen, die Betriebsräte und mit ihnen vor allem die Gewerkschaften in den Fokus der Krisendebatte. Betrachten wir zunächst das Managementversagen. Trotz eines gemeinsamen Brandbriefs, in welchem wichtige Zulieferunternehmen gemeinsam mit der IG Metall an den damaligen Bundeskanzler Scholz appellierten (Buchenau/Tyborski 2025), bleibt unklar, welche Unternehmensstrategien die Branche aus der Krise führen sollen. Ein Teil der Endhersteller hält an der Umstellung auf Elektromobilität fest, allerdings soll das Tempo des Umbaus gedrosselt werden. Aus manchen Unternehmensvorständen und vor allem den Industrieverbänden werden aber auch Signale gesendet, die darauf hinauslaufen, die Verkehrs- und Energiewende auf die lange Bank zu schieben.

Das Liebäugeln mit einer „Rolle rückwärts“ bei der E-Mobilität verstärkt die Zweifel an der Verbindlichkeit ökologischer Nachhaltigkeits- und Klimaziele. Im trauten Einklang verlangen deutsche Christdemokraten, Liberale und radikale Rechte das „Aus-vom-Verbrenner-Aus“, gepaart mit der Forderung nach Technologieoffenheit und der inzwischen realisierten Aussetzung von Strafen bei zu hohen Emissionen der Fahrzeugflotte. Statt den sozial-ökologischen Umbau zu beschleunigen, sollen Ziele und Regeln geändert werden. Das Transformationsspiel wird auf das Terrain der Wettbewerbsfähigkeit verlagert. „Schlimmer als ein Kipppunkt des Klimas ist der Kipppunkt deutscher Wettbewerbsfähigkeit“, deutet ein Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (von Altenbockum 2025) die Richtung des

erwünschten Politikwechsels an. Bezeichnend ist, dass die chinesische Konkurrenz solche Positionierung geradezu spöttisch kommentiert. Neben hohen Energiepreisen erschwere vor allem politische Unsicherheit eine rasche Umstellung auf E-Mobilität, legt Stella Li, Vizepräsidentin des chinesischen Herstellers Buy Your Dream (BYD), den Finger in die Wunde (Focus 2024).

Die realen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Deutschland sind indes geeignet, die Unsicherheiten bei potenziellen Investoren noch zu verstärken. Damit sind wir beim zweiten Effekt der einseitigen Ursachenzuschreibung für die Wirtschaftsmisere angelangt. Statt sich endlich einzustehen, dass veraltete Geschäftsmodelle und Versäumnisse bei der Technologieentwicklung eine disruptive Entwicklung ausgelöst haben, wie sie einschlägige Expertisen schon seit vielen Jahren prognostizieren (zum Beispiel Bauer u.a. 2019), werden Gewerkschaften politisch wie medial wieder zum Sündenbock gemacht. „Mitten in der schwersten Krise von VW fordern die Gewerkschaften kräftige Lohnsteigerungen. Das grenzt an Realitätsverweigerung von privilegierten Industriebeschäftigten“, kommentiert die liberale Zeit und attackiert die „abgehobene Arbeiterelite“ des Volkswagenkonzerns (Fend 2024).

Von wettbewerbskonformen Kompromissen, die das Arbeitsleben der VW-Beschäftigten strukturieren, nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz. Gehaltseinbußen, die alle Mitarbeitenden des Konzerns im Zuge der Krisenbewältigung nun hinnehmen müssen, werden in der Öffentlichkeit überwiegend als angemessener Verzicht auf unzeitgemäße Privilegien betrachtet. In der Arbeiterschaft verstärken solche Einschätzungen das Gefühl, abgewertet, ja entehrt zu sein. Als Folge der erzielten Vereinbarung wird das Jahreseinkommen von VW-Beschäftigten selbst 2029 noch deutlich unter dem durchschnittlichen Jahresgehalt liegen, das den Mitarbeitenden nach altem Tarifvertrag 2025 zustehen würde (Reimann u.a. 2025: 48). Ob der Lohnverzicht die verbleibenden Arbeitsplätze sicherer macht, bleibt ungewiss. Die Wirtschafts-

Woche mutmaßt, es könne eine Konzernstrategie greifen, wie sie bei wichtigen Zulieferern bereits gängige Praxis sei: „Werke werden zunächst geschrumpft, dadurch unwirtschaftlich und letztlich geschlossen [...]. Genau diese Unwirtschaftlichkeit, so der Verdacht, könnte gewollt sein – so wie auch im Werk Zwickau“ (ebd.). Erreichten Werke die vorgegebenen Fabrikkostenziele nicht, könne der Standort in Frage gestellt werden, denn „die Vergabe neuer Produktionsvolumina sei vom Erreichen der Ziele abhängig“ (ebd.).

Dass starke Betriebsräte und IG Metall einen Kompromiss akzeptieren müssen, der solche Ungewissheiten festschreibt, sagt etwas über die Zeitenwende in den organisierten Arbeitsbeziehungen aus, wie sie nicht nur bei Volkswagen zu beobachten ist. Das Krisenmanagement in einem Konzern, der wie kein anderer beispielhaft für einen Sozialkapitalismus stand, dessen Akteure wirtschaftlichen Erfolg mit weitreichender Mitbestimmung und Sicherheitsgarantien für die Beschäftigten zu kombinieren wussten, stellt eine arbeitspolitische Zäsur dar. Die alte Formel, der zufolge sozialer Friede als wirtschaftliche Produktivkraft wirkt, ist selbst im Volkswagenkonzern außer Kraft gesetzt. Erhebliche Teile der Wirtschaftseliten beabsichtigen offenkundig, die Gewerkschaften so weit zu schwächen, dass ihnen nur noch der Part eines um Systemintegration bemühten, jederzeit willfährigen Krisenmanagers bleibt. Diese strategische Ausrichtung der Kapitalsseite erschwert den sozial-ökologischen Umbau. Wenn Arbeitsbedingungen, Interessen, Lebensentwürfe und mit ihnen das Sozialeigentum abhängig Beschäftigter aus der Managementperspektive nur noch als Kosten treiber betrachtet werden, kann von einem Transformationskorporatismus, der zumindest unternehmensintern auf einem Gleichgewicht der Klassenkräfte beruht, nicht mehr ernsthaft die Rede sein.

3. Wasser auf die Mühlen der radikalen Rechten

Die Machtverschiebungen in den Arbeitsbeziehungen leiten, so *These drei*, Wasser auf die Mühlen der radikalen Rechten. Im Wech-

selspiel mit diversen rechtsoppositionellen Gruppen präsentiert sich die AfD als Anwältin einer Arbeiterschaft, deren Interessen gezielt dem grünen Klimawahn geopfert würden. Bei der Bundestagswahl 2025 erzielte die AfD spektakuläre Wahlerfolge ausgerechnet in Regionen, in denen die wirtschaftliche Prosperität im Grunde von einem erfolgreichen sozial-ökologischen Umbau abhängt. Nehmen wir als Beispiel den sächsischen Automobilcluster in der Region Chemnitz/Zwickau. Im Wahlkreis Zwickau, wo sich ein auf elektromotorische Fahrzeuge ausgerichtetes VW-Werk mit zu Hochzeiten bis zu 10.000 Beschäftigten befindet, stimmten nahezu 40 Prozent der Wählerschaft für die AfD. Dabei zeigt sich, was „autoritärer Liberalismus“ heute politisch bedeutet. Im Osten sind befragten Arbeiter zu erheblichen Teilen marktaffin. Selbst wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, beklagen sie häufig, dass ihre Organisation „zu viel fordert“ und wirtschaftliche Interessen missachtet. Man fürchtet, dass die Unternehmensleitung nicht genug aus ihren Beschäftigten „herausgeholt“, ruft zugleich aber auch nach einem Staat, der vor den unliebsamen Folgen des Wettbewerbs schützt.

Marktwirtschaft stellen sich viele Befragte mit umgekehrten Vorzeichen so vor, wie es einst in Lehrbüchern für Marxismus-Leninismus vermittelt wurde – als brutalen Konkurrenzkampf, der über unhintergehbare Preise ausgetragen wird. Dem Markt kann man, so eine verbreitete Überzeugung, nur durch Anpassung und Leistungssteigerung genügen. Deshalb verfängt es, wenn die AfD Zwickau die Auto-Krise ausgerechnet der „Planwirtschaft bei VW“ anlastet und behauptet, die „E-Auto-Planwirtschaft“ ruiniere „unser Land“ (AfD 2023). Der vorgeblieche „Klimaschutz“ mittels E-Mobilität sei „nichts anderes als ein monströses Deindustrialisierungsprogramm“; „Abermilliarden“ würden von der Ampel-Regierung „verschwendet, um imaginäre Weltuntergänge in ferner Zukunft abzuwenden“ (AfD 2024).

Damit stellt sich die Partei einmal mehr gegen wissenschaftliche Expertise, wie sie gleichlautend sowohl aus dem Gewerk-

schafts- als auch seitens der aufgeklärten Teile des Arbeitgeberlagers ins Feld geführt wird. Eine Abkehr von E-Mobilität zugunsten von „Technologieoffenheit“ und einer „Rolle rückwärts“ beim Aus für die Neuzulassung von verbrennungsmotorischen Fahrzeugen könnte die Branche allein im Osten Deutschlands bis zu 10.000 Arbeitsplätze kosten (CATI/automotive 2025). Unfähig, ihre Anliegen im organisierten demokratischen Klassenkampf erfolgreich durchzusetzen, tendieren Teile der beherrschten Klassen und besonders der Industriearbeiterschaft offenbar dazu, ihre Interessen an die radikale Rechte zu delegieren. Die AfD und ihre rechtsextremen Verbündeten präsentieren sich als volksnahe Kraft, die Lohnabhängigen wirksamen Schutz, gesellschaftliche Anerkennung und Bewahrung ihrer kulturellen Identität verspricht. Zugleich werden die Sicherheitsinteressen heimischer „Qualitätsarbeiter“ so konstruiert, dass sie sich erfolgreich gegen eine Klimapolitik in Stellung bringen lassen, die angeblich darauf zielt, hart arbeitende Menschen ärmer zu machen. Die Relativierung oder gar Leugnung des Klimawandels bedient das Interesse am Statuserhalt. Suggeriert wird, eine – gleichsam idealisierte – soziale Ordnung, die von „grüner“ Planwirtschaft absichtsvoll ruiniert werde, lasse sich bewahren, indem man mit den Ursachen und Triebkräften zugleich die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation bestreitet.

Entsprechende Haltungen von Lohnabhängigen lassen sich nicht ausschließlich populistischer Stimmungsmache zuschreiben, wie sie inzwischen auch vom Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) betrieben wird. Viele der von uns Befragten fühlen sich an ihrer Berufsehre gepackt. Klimapolitik lässt, so eine in Ost und West verbreitete Überzeugung, das Expertenwissen derjenigen, die im „Sturmzentrum“ der Transformation stehen, weitgehend unbeachtet – eine Schwäche, die offenbar selbst in Betrieben mit intakten organisierten Arbeitsbeziehungen, starken Betriebsräten und konfliktfähigen Gewerkschaften nur schwer zu korrigieren ist. Gewerkschaft und Betriebsrat sind, so eine inzwischen verbreitete Auffassung, für Löhne und Arbeitsbedingungen zuständig, aus der Klimapolitik sollen sie sich

möglichst heraushalten. Im Werk mit der Gewerkschaft und der Interessenvertretung, im politischen Feld mit der klimakritischen AfD, lautet eine für viele Beschäftigte subjektiv plausible Konsequenz. Seitens der AfD und ihrer Vorfeldorganisationen instrumentalisiert und radikaliert, wird der sozial-ökologische Umbau zu einem zusätzlichen Treiber der Delegitimierung und Destabilisierung demokratischer Gewerkschaften, die sich inzwischen offensiv zu den Pariser Klimazielen bekennen. In einer politischen Gemengelage, in der ein gesellschaftlicher und politischer Rechtsruck in Betriebe und Büros hineinzuwirken beginnt und der sozial-ökologische Umbau ins Stocken gerät, muss neu überlegt werden, wie transformativer Gewerkschaftspolitik in der Gegenwart bedeuten kann.

4. Emanzipation durch Transformation – eine Perspektive

Grundsätzlich gilt noch immer, was dem Jenaer Machtressourcenansatz als Leitidee zugrunde liegt: Auch und gerade in schwierigen Situationen haben Gewerkschaften die Möglichkeit einer strategischen Wahl. Sie können sich in reale oder vermeintliche Sachzwänge fügen oder aktiv daran arbeiten, Handlungskorridore auszuweiten, indem sie ihre Machtressourcen optimal einsetzen und ihr politisches Mandat zugunsten eines erfolgreichen sozial-ökologischen Umbaus offensiv wahrnehmen. Allerdings muss *strategic choice* für die Gegenwart neu begründet werden. Diese Feststellung bringt mich zur *vierten und letzten These*: Zukunftsorientierte Interessenpolitik bedeutet in Gegenwart und Zukunft, dem rebellischen Autoritarismus der radikalen Rechten die emanzipatorische Rebellion konfliktbereiter Gewerkschafter:innen entgegen zu setzen. Im Mittelpunkt transformativer Gewerkschaftspolitiken müssen jene Alltagsheld:innen stehen, die Transformation bewusst mit Emanzipation verbinden. Für diese Sichtweise sprechen gleich mehrere Argumente.

Eine *erste* Begründung ergibt sich aus dem Funktionswandel von Arbeitskämpfen und gewerkschaftlicher Interessenpolitik, der sich

seit längerer Zeit beobachten. Streiks und Arbeitskonflikte werden in Deutschland und EU-Europa mehr und mehr zu einer Mobilisierungsform, die eingesetzt wird, um gewerkschaftliche Organisationsmacht zu vergrößern und so überhaupt erst Bedingungen für ausgehandelte Konfliktregulierungen zu schaffen (Dörre 2016). Weil sich die Gewerkschaften immer weniger auf ihre institutionellen Machtressourcen verlassen können, sind sie mehr und mehr auf ihre Fähigkeit zum Konflikt angewiesen. Diese Fähigkeit gründet sich auf Organisationsmacht. Kollektive Handlungs- und Streikfähigkeit muss allerdings inzwischen Betrieb für Betrieb, Unternehmen für Unternehmen und Branche für Branche immer wieder neu hergestellt werden. Sie ist zwingend auf eine Erschließung neuer Lohnabhängigengruppen angewiesen. Arbeitskämpfe werden tendenziell weiblicher, erfassen auch den prekären Sektor und werden gerade den sozialen Dienstleistungsbrachen oftmals mit besonderer Härte geführt. Gegner oder zumindest Adressat von Forderungen ist immer häufiger der Staat.

Ein markantes Beispiel bietet in der Bundesrepublik die NRW-Krankenhausbewegung, die in einem mehrwöchigen Erzwingungsstreik einen Entlastungstarifvertrag durchsetzen konnte. Dabei ging es nicht in erster Linie um Entgelte, sondern um die Personalbemessung, die Leistungskriterien und damit um Eingriffe in das zuvor für Beschäftigte und Gewerkschaften entscheidungsverschlossene Direktionsrecht. Bei den Tarifrunden im ÖPNV war ein Investitionsprogramm Thema, das für eine gut finanzierten, klimagerechte Mobilität in Stadt und Land sorgen soll. Im Falle der Verkehrsstreiks, welche die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di gemeinsam mit der Eisenbahngewerkschaft EVG und im Bündnis mit der Klimabewegung durchführte, wurde das Geschäftsmodell der deutschen Bahn kritisch hinterfragt. Arbeitskämpfe, in denen der Staat direkt oder indirekt als Akteur auftritt, sind deshalb „politischer Klassenkampf“, der sein Rohmaterial aus dem Ökonomischen gewinnt (Hall 1989: 44). Ein Verzicht auf die Ausübung eines politischen Mandats, das es ermöglicht, für allgemeine Interessen aller Lohnabhäng-

gigen zu sprechen, liefe deshalb auf gewerkschaftlichen Selbstmord hinaus.

Aus dem genannten Grund macht es *zweitens* keinen Sinn, gewerkschaftliche Erneuerung mittels Anpassung an den gesellschaftlichen Rechtsruck erreichen zu wollen. Statt in erster Linie auf Arbeiter:innen zu schauen, die mit der radikalen Rechten sympathisieren, wird sich gewerkschaftliche Interessenpolitik in der betrieblichen Arbeitswelt vor allem auf jene stützen müssen, die sich dem Rechtsruck aktiv widersetzen und den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft konstruktiv-kritisch befürworten. Ihnen gilt es den Rücken zu stärken. Deshalb wäre es fahrlässig, den sozial-ökologischen Umbau als Feld gewerkschaftlicher Interessenpolitik aufzugeben. Es sind winzige Minderheiten innerhalb der herrschenden Klasse, die Entscheidungen über Geschäftsmodelle, Produkte und Produktionsverfahren monopolisieren. Selbst die stärksten Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen sind von solchen Entscheidungen weitestgehend ausgeschlossen. Dieser Ausschluss wird in politischen Debatten, die ausschließlich Konsummuster in den Blick nehmen, vollständig tabuisiert.

Hauptursache klimaschädlicher Emissionen sind aber die an Verfügung über Produktionsmittel gekoppelten Investitionen, nicht individuelle Konsummuster (Chancel 2022). Leider nimmt die gesellschaftliche Öffentlichkeit von solchen Zusammenhängen kaum Notiz, weil Produktion, Industrie- und Dienstleistungsarbeit ebenso wie die Gewerkschaften seit langem nur selten Thema sind. Deshalb ist es wichtig, das Unsichtbare sichtbar zu machen und den Vergessenen eine Stimme zu verleihen, die öffentlich gehört wird. Starke Betriebsräte und Gewerkschaften reichen für eine Energie-, Verkehrs- und Mobilitätswende, für eine Nachhaltigkeitsrevolution sicher nicht aus. In zukunftsträchtige Auseinandersetzung um Sicherheit in der Transformation und ein Umsteuern zugunsten ökologisch nachhaltiger Arbeit sind sie aber unentbehrlich. Dies vor allem, weil nur sie einklagen können, was eine befragte Betriebsräatin wie folgt auf den Punkt bringt:

„Ich glaube wir brauchen Demokratisierung in der Gesellschaft [...] Ich glaube, dass in den Betrieben zu wenig Mitbestimmung da ist. In was für Produkte wird investiert? Wie wird gearbeitet? Mit wie viel Leuten wird gearbeitet? Unter welchen Bedienungen wird gearbeitet? Da haben wir einen unwahrscheinlichen Nachholbedarf“ (Betriebsrätin, Opel-Eisenach).

Die zitierte Gewerkschafterin trifft den Nagel auf den Kopf, weil sie den Ausschluss gesellschaftlicher Mehrheiten von Entscheidungen problematisiert, die das (Über-)Leben aller betreffen. Selbiges zu korrigieren wird *drittens* nur mit Hilfe von Bündnissen und Allianzen möglich sein, die den sozial-ökologischen Umbau entschlossen vorantreiben. Die strategische Zusammenarbeit der Ver.di mit der Klimabewegung im Bereich des ÖPNV steht exemplarisch für einen *Climate Labour Turn*, wie ihn vor allem die Klimalinke propagiert. Diese strategische Ausrichtung beinhaltet auf der einen Seite die Hinwendung der Klimabewegung zur „Arbeiterbewegung, auf der anderen Seite die Aufnahme ökologischer Anliegen in gewerkschaftliche Kämpfe und eine Orientierung seitens der Gewerkschaften [...] als Partnerin zur Durchsetzung gemeinsamer Anliegen“ (Heinisch 2025: 324). Das Bündnis #wirfahrenzusammen, das die Gewerkschaft Ver.di und die Klimalinke zusammenbrachte, kann wohl als der in der Bundesrepublik gegenwärtig erfolgreichste Versuch betrachtet werden, ökologische Klassenpolitik mit emanzipatorischem Selbstverständnis zu betreiben. Diese Allianz, die Unterstützung in 70 Städten gefunden hat, erreichte ihre Aktionshöhepunkte während gemeinsamer Streiktage im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen des Öffentlichen Dienstes 2023 und des Nahverkehrs 2024. Auch wenn sich dieses Beispiel nur schwer auf den Industriesektor übertragen lässt, bietet es doch Anregungspotential für eine transformationsoffene Gewerkschaftspolitik, die Rückdeckung aus der demokratischen Zivilgesellschaft erfährt.

Bündnisse von Gewerkschaften und ökologischen Bewegungen könnten eine neue Dynamik erlangen, wenn in den nächsten Jahren eintritt, was marktzentrierte Klima-

politiken anstreben. Sollte der CO₂-Preis wie vorgesehen rasch steigen, würden sich auch die Preise für Treibstoff, Strom, Mieten und Nahrungsmittel zusätzlich drastisch erhöhen. Blieben Kompensationen aus, böte diese Entwicklung explosiven sozialen Sprengstoff. Dem ließe sich wirksam nur entgegentreten, wenn grundsätzlich gilt: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher muss auch der Beitrag sein, der den sozial-ökologischen Umbau finanziert. Nur so lässt sich korrigieren, was Forschungen zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen belegen – der unverhältnismäßig hohe Emissionsausstoß kapitalistischer Eliten, der vor allem zu Lasten der ärmeren Bevölkerung geht, die am wenigsten zum Klimawandel beiträgt.³

Kluge gewerkschaftliche Bündnispolitik wird auch nötig sein, weil *viertens* nur mit breiter Unterstützung öffentlich thematisiert werden kann, was in der Auseinandersetzung mit dem „autoritären Liberalismus“ der Gegenwart unbedingt erreicht werden muss: politische Weichenstellungen zugunsten einer langfristig geplanten, ausreichend finanzierten Industrie- und Infrastrukturpolitik, die den sozial-ökologischen Umbau entschlossen vorantreibt. Ziel einer solchen Politik muss es sein, die investitionsfeindliche Schuldenbremse auf nationaler wie europäischer Ebene zu beseitigen und die öffentlichen Mittel bereit zu stellen, die der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft benötigt. In diesem Zusammenhang darf nicht verschwiegen werden, was die Glaubwürdigkeit jeglicher Klimapolitik gegenwärtig unterminiert – die politische Fixierung eines Fünf-Prozent-Ziels für den Wehretat.⁴ Wer den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft will, darf von der Aufrüstung nicht schweigen. Dies auch, weil für die Rüstungsindustrie gegen-

wärtig alles möglich scheint, was für die zivile Marktwirtschaft nicht gelten soll – großzügige Finanzierung um den Preis eines wachsenden Staatsdefizits, langfristige Planung, staatliche Abnahmegarantien und eine bewusste Monopolisierung, die Marktmechanismen verzerrt. ■

³ Zwanzig der reichsten Milliardäre emittieren schätzungsweise bis zu achtausend Mal mehr Kohlenstoff als die Milliarde der ärmsten Menschen (Oxfam 2022: 6).

⁴ Auf ihrem Gipfel haben die NATO-Mitgliedsstaaten vereinbart, ab 2035 jeweils Ausgaben in Höhe von fünf Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung und militärische Infrastruktur zu veranschlagen. Für Deutschland würden das schon heute Ausgaben in Höhe von 225 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten. Der gesamte Bundeshaushalt von 2024 umfasste knapp 477 Mrd. Euro.

Warum die sozial-ökologische Transformation die Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ausgangspunkt machen sollte

von Silke Bothfeld und Henriette Pentschew



⇒ **Silke Bothfeld** ist Professorin für Politikwissenschaft an der Hochschule Bremen. Ihre Forschungssinteressen liegen in der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik sowie der Theorie des Sozialstaats. Von 2023 bis 2025 war sie Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht zum Thema „Gleichstellung in der ökologischen Transformation“ der Bundesregierung.

Foto: © privat



⇒ **Henriette Pentschew** ist Absolventin des internationalen Studiengangs Politmanagement an der Hochschule Bremen. Ihre Abschlussarbeit hat sie zur Frage der Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen der Umwelt- und Klimapolitik geschrieben.

Foto: © privat

1. Transformation als Antwort auf den Klimawandel

Der Umgang mit dem Klimawandel hat unabsehbar Folgen für unsere Lebens- und Wirtschaftsweise: Klimaschutz und Klimaanpassung erfordern eine Neugestaltung der Daseinsvorsorge, Anpassungen im Arbeitsmarkt, Veränderungen von Konsum und Alltagsgewohnheiten. Verstanden als wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltungsauftrag sind die einzelnen Etappen der sozial-ökologischen Transformation daher zunehmend Gegenstand politischen Streits: Gemeinsam mit der Industrie erweisen sich insbesondere die kulturell geprägten Lebensstile und -standards der Mittelschicht und der Wohlhabenden im Bereich Wohnen, Mobilität und Konsum als wichtigste Treiber des Klimawandels (Beer-
mann et al. 2021). Forderungen nach einem

Umbau münden zu zögerlich in neue Formen des Wirtschaftens, Wohnens, Heizens oder der Mobilität. Die Verteidigung des Status Quo führt zu öffentlichen Abwehrreaktionen und schafft ideologisch aufgeladene Verteidigungslinien. Zunehmend wird politisches Engagement für „das Klima“ in populistischer Manier als autoritäre Freiheitsberaubung denunziert und als Totschlagargument gegen progressive Kräfte in Anschlag gebracht. Die sozial-ökologische Transformation erweist sich also als ein gesellschaftspolitisches Großprojekt.

Der notwendige Umbau wäre ein gesellschaftlich *transformativer Prozess*, der sowohl die Wissens- und Wertebasis als auch die Wirtschaftsweise unserer modernen, mittelschichtsbasierten Lebensweise infrage stellt (s.a. Biesecker/Hofmeister 2013). Gesellschaftliche Ablehnung entsteht, da bestehende Strukturen, Routinen und Machtkonstellationen unter Spannung geraten. Dabei ist es historisch kein neues Phänomen, dass mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel auch Veränderungen in Institutionen, Normen und Machtverhältnissen stattfinden. Sowohl der Klimawandel selbst, als auch die notwendigen Maßnahmen zu seiner Eindämmung wirken sich ungleich auf gesellschaftliche Strukturen aus – und berühren somit auch das Geschlechterverhältnis (Röhr et al. 2008). *Transformation* bedeutet somit nicht nur die Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch die Veränderung von Machtverhältnissen.

Im Folgenden zeigen wir, dass Frauen nicht nur in unterschiedlichem Maße Verursacherrinnen und Betroffene sind (2), sondern auch Akteurinnen, die häufig anders denken und handeln. Eine stärkere weibliche Beteiligung an klimapolitischen Entscheidungen ist daher nicht nur demokratisch geboten, sondern

führt möglicherweise auch zu effektiveren und nachhaltigeren Politikergebnissen (3). Was angesichts unserer Befunde zu tun wäre, wird abschließend skizziert (4).

2. Strukturelle Ungleichheiten im Klimawandel

Dass Frauen stärker unter den Folgen des Klimawandels leiden und bei der Klima- und Klimaanpassungspolitik häufig benachteiligt sind, ist vielfach empirisch belegt; entsprechende Forschungsbefunde dazu wurden im Vierten Gleichstellungsbericht zusammengetragen (Sachverständigenkommission 2025). Geschlechtsspezifische Unterschiede in physischer Konstitution und Anpassungsfähigkeit zeigen sich lediglich bei Schwangerschaft und Geburt oder im hohen Alter. Vielmehr als das biologische Geschlecht sind die soziale Lage oder die gesellschaftliche Rolle ursächlich dafür, dass weltweit die durch Hitze bedingte Sterblichkeit bei Frauen doppelt so hoch ist wie bei Männern (van Daalen et al. 2024: e500).

Geschlechtsspezifische Strukturen lassen sich jedoch in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens beobachten (Sachverständigenkommission 2025): Frauen wohnen häufiger in sanierungsbedürftigen Wohnungen, sind aufgrund häufigerer Zuständigkeit für familiäre Versorgungsarbeit stärker auf klimagerechte öffentliche Räume angewiesen und nutzen häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel. Gleichzeitig sind Frauen seltener in Branchen beschäftigt, die besonders vom Umbau betroffen sind – wie der Automobil- oder Stahlindustrie – oder in Bereichen, in denen durch Klimaanpassungsmaßnahmen neue Beschäftigungschancen entstehen. Stattdessen arbeiten sie überwiegend im Dienstleistungssektor, wo die Löhne niedriger und die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind und sie sind aufgrund niedrigerer Einkommen durch höhere Preise für Energie oder umwelt- und klimafreundliche Produkte stärker finanziell belastet. Noch gravierender zeigen sich solche Ungleichheiten in Ländern, in denen Rohstoffabbau oder Energieerzeugung vorangetrieben wird und insbesondere Frauen unter den sozialen und ökologischen Folgen leiden.

Kurz: Die Lebensweise der Industriegesellschaft erzeugt spezifische Muster der Ungleichheit, die sich – vermittelt über ungleichen Zugang zu Wohlstand – in der Nutzung und im Verbrauch natürlicher Ressourcen niederschlagen. Das ideelle Korsett dieser „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) sind unsere etablierten Vorstellungen von Gerechtigkeit, individueller Freiheit, Marktfreiheit und einem hierarchischen Verhältnis von Mensch und Natur. Diese normativen Vorstellungen sind auf unrühmliche Weise mit unseren bürgerlichen Geschlechterbildern verknüpft. Der ihnen eingeschriebene implizite Androzentrismus – also die Annahme, etablierte Standards und Maßstäbe seien geschlechterneutral – verhindert bislang, dass die Geschlechterunterschiede in klimapolitisch relevanten Bereichen wie Wohnen, Mobilität, Ernährung und Konsum berücksichtigt wurden (Alber et al. 2018).

3. Gender-Climate-Gap: Do women matter?

Aber machen Frauen wirklich einen Unterschied, wenn es um die politische Gestaltung der ökologischen Transformation geht? Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass eine stärkere Beteiligung von Frauen zu anderen Ergebnissen in der Politik führt.

Die regelmäßig erhobenen Umweltbewusstseinsstudien des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums dokumentieren seit den 1990er Jahren, dass Frauen im Durchschnitt signifikant umweltfreundlichere Einstellungen vertreten und umweltbewussteres Verhalten zeigen als Männer (Pentschew 2025: 27). Tatsächlich weisen Frauen im Durchschnitt einen signifikant niedrigeren CO₂-Ausstoß auf und tragen somit weniger zum Klimawandel bei als Männer (Berland/Leroutier 2025). Diese Unterschiede spiegeln sich im Wahlverhalten wider: Frauen wählen häufiger Parteien links der Mitte (die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD) – die eine stärkere umwelt- und klimapolitische Ausrichtung aufweisen – während Männer häufiger Parteien rechts der Mitte (Union, FDP, AfD) wählen (Hudde 2025: 3). Dieses Phänomen, die Diskrepanz im umweltbewussten Denken und

Handeln von Frauen und Männern, etabliert sich zurzeit als „gender-climate-gap“ analog zu den bislang genutzten Gender Gaps (Klus/Schramkowski 2022: 232).

In der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sind Frauen zentrale Akteurinnen des Klimaschutzes. Dies zeigt sich sowohl bei den jungen Frauen, die die Klimagerechtigkeitsbewegung „Fridays for Future“ maßgeblich prägen (Pentschew 2025), als auch für die „KlimaSeniorinnen“, die mit ihrer wegweisenden Klage gegen die Schweizer Regierung auf die unzureichende Klimaschutzpolitik aufmerksam machten (Rehmann 2025). In der Wirtschaft geht weibliche Führung häufig mit nachhaltigerem Wirtschaften einher: Frauen in Unternehmensvorständen tragen dazu bei, dass Unternehmen stärker auf Nachhaltigkeitsstrategien und -standards (ESG) setzen (Bazel-Shoham et al. 2024).

Auch auf politischer Ebene zeigen Analysen, dass Politikerinnen andere politische Prioritäten setzen als Männer und dass ein höherer Frauenanteil in Parlamenten und Regierungen substantiell zur Reduktion gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Geschlechterungleichheiten beiträgt. So sind kommunale Akteur:innen, insbesondere Gleichstellungsbeauftragte (Friedrich 2020), häufig Treiberinnen für neue Maßnahmen und Investitionen in Bereichen, in denen Interessen häufig „schwächer“ vertreten sind, eben auch im Klimaschutz (Fisch et al. 2024). International vergleichende Studien deuten zudem auf einen positiven Zusammenhang zwischen weiblicher Repräsentation in nationalen Parlamenten (Mastracci 2017; Mavisakalyan/Tarverdi 2018) oder dem Europäischen Parlament (Ramstetter/Habersack 2020) und einer strengeren Klimaschutzpolitik hin.

Gleichzeitig sind Frauen in zentralen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert. Dies gilt sowohl für internationale Foren wie die UN-Klimakonferenzen (Nathanson/Jaffe 2022) und die Europäische Union (EIGE 2024: 66) als auch für die deutsche Klima- und Umweltpolitik (Klus/Schramkowski 2022: 231). In der Wirtschaft liegt der weltweite Frauenanteil

in Top-Management-Positionen bei lediglich 28,1 % (WEF 2025) – im für die Dekarbonisierung zentralen Bereich der Energiewirtschaft lag ihr Anteil 2024 sogar nur bei 14,3 % (PwC 2025). Dieser geringe Frauenanteil in zentralen Entscheidungspositionen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsperspektive problematisch, sondern reduziert zugleich das Potenzial für eine nachhaltigere Politikgestaltung: Seit über zwanzig Jahren besteht Grund zur Annahme, dass eine stärkere Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen die Chancen auf eine geschlechtergerechte Klimapolitik erhöht (Norgaard/York 2005).

4. Es geht ans Eingemachte: Das ‚gute Leben‘ neu denken

Aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit ist es also geboten, die sozial-ökologische (Gender-)Forschung zu verstärken, die Erkenntnisse dieser Forschung besser in politische Entscheidungsprozesse zu integrieren und Gleichstellung als Querschnittsthema in allen Politikfeldern der sozial-ökologischen Transformation zu verankern – etwa durch die Verbesserung von Gender-Budgeting, Gender-Monitorings und Gleichstellungs-Check. Etwas ‚institutioneller Phantasie‘ bedarf es zudem, um die bisher nur sporadische, aber dringend notwendige querschnittliche Kooperation zwischen ministeriellen und Verwaltungszuständigkeiten zu etablieren und die Mitwirkung der Vertretungen der ‚schwachen‘ Interessen bei wirtschafts- und klimapolitischen Entscheidungen zu stärken. Konkrete Bemühungen um geschlechtergerechte städtebauliche Klimaanpassung zeigen einige europäischer Großstädte bereits, etwa mit der Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen in den Wohnquartieren (Barcelona), von Fahrradwegezonen (Paris) oder öffentlicher Straßenbefeuchtung (Wien).

Bei der ökologischen Transformation geht es aber auch ‚ans Eingemachte‘: Neben dem Hinwirken auf Verhaltensänderungen und der Werbung für alternative Alltagspraktiken (Sach 2021) oder der Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftskonzepte – wie etwa dem ‚vorsorgenden Wirtschaften‘ (Biesecker/Hof-

meister 2013) verlangt das Transformationsprojekt ein komplettes Umdenken: Bezugsysteme für eine klimafreundliche Politik müssen die planetaren Grenzen, Natur und Nachhaltigkeit zum Ausgangspunkt machen und die Fixierung auf die *vermeintlichen* Bedarfe des Menschen (*Anthropozentrismus und Androzentrismus*) oder technokratische Strategien (Technofix) überwinden, zumal sich genau diese Strategien sich bei näherem Hinsehen häufig als männlich konnotiert erweisen (Sachverständigenkommission 2025). Grundlegende, ethisch begründete und grundrechtsähnliche ‚Fähigkeiten‘, wie sie Martha Nussbaum in ihrem Konzept des ‚guten Lebens‘ benennt, schließen etwa die Rücksicht auf die Natur ebenso ein, wie soziale und physische Sicherheit, Zeit für soziale Bindungen und Freundschaft, Muße und die politische Mitgestaltung (Sachverständigenkommission 2025: 44f.). Interessanterweise scheinen Frauen schon heute auf diese ‚weichen‘ Themen orientiert zu sein. In einer stärkeren Beteiligung von Frauen liegen daher auch Chancen auf eine bessere und nachhaltigere Politik.

Die verwendete Literatur ist auf spw.de/transformation-gleichstellung einsehbar. ■

Rechte Narrative gegen Klimaschutz und Transformation und wie man ihnen begegnen sollte

von Sebastian Schmugler



➡ Sebastian Schmugler studierte Recht und Politik und war Landesvorsitzender der Bremer Jusos. Er ist Geschäftsführer der SPD-Landesorganisation Bremen und Mitglied der spw-Reaktion.

Foto: © Focke Strangmann

Klimaschutz, Energiewende und Transformationsversprechen waren vielfach der Treibstoff linker, progressiver Bewegungen. Vor wenigen Jahren gingen Hunderttausende junge Menschen mit Fridays for Future auf die Straßen. Die Proteste gegen Atomkraft, später gegen Kohleverstromung trugen die Grünen mehrfach zu Höchstwerten. Und die Verheißung eines blauen Himmels über der Ruhr brachte die SPD zwar 1961 nicht direkt ins Kanzleramt, aber sorgte doch für einen beachtlichen Stimmenzuwachs.

Aber aktuell scheint diesen Bewegungen – flapsig gesagt – die Luft ausgegangen zu sein. Wer allerdings glaubt, die Themen würden nicht zur Mobilisierung der Wähler*innen taugen, täuscht sich. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums sind Klimapolitik und der Kampf um die Transformation wesentliche Bausteine elektoraler Erfolge. Aber warum und wie sind Klimaschutz und Transformation zu Themen der globalen Rechten geworden? Und wie lässt sich ihnen dieses Mobilisierungsthema wieder nehmen?

Klimaschutz ist nicht exklusiv links

Klimaschutz, Energiewende und Transformation waren keineswegs schon immer Feindbilder der extremen Rechten. Im Europa der Nachkriegszeit entwickelte sich eine rechtsextreme programmatiche Melange, die sich als

Vierklang aus Umwelt-, Natur-, Heimat- und Volksschutz bezeichnen lässt.¹ Zusammengefasst: Wer Natur und Umwelt schützt, schützt am Ende die Heimat und die Menschen, die in ihr leben – im Jargon: das Volk. Eine Erzählung, die einerseits hervorragend an die Blut-und-Boden-Ideologie der Alt-Nazis im Dritten Reich anschloss, zu rechtsreligiösen Vorstellungen über die Bewahrung der Schöpfung passte und es gleichzeitig erlaubte, eine Querfront-Brücke zur links-alternativen Ökobewegung der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu schlagen.

Diese Symbiose zwischen rechten Theorien und Naturschutz ist heute jedoch überwiegend verdrängt durch den Siegeszug der populistischen Elemente in der extremen Rechten. Brachte der FPÖ-Politiker Jörg Haider noch beides zusammen, wendeten sich die meisten rechten Parteien von diesem Narrativ ab. Haider erkannte die zunehmende Erderwärmung an, sprach sich gegen den Bau neuer fossiler Kraftwerke aus und erklärte mit einem 10-Punkte-Plan für das „Lebensland Kärnten“ Klimaschutz zur Chefsache seiner Landesregierung.^{2,3} Heute klingen die „Freiheitlichen“ in Österreich anders: „90 Prozent weniger CO₂ heißt in Wahrheit für die Bürger 100 Prozent mehr an Kosten und de facto null Prozent Aussicht auf eine bessere Zukunft“, ist der aktuelle Sound der FPÖ.⁴ In den USA legte 1970 Rechtsaußen-Präsident Richard Nixon mit dem National Environmental Policy Act den Grundstein für den gesetzlichen Umweltschutz. Ausgerechnet Donald Trump, der sonst häufig mit Nixon verglichen wird, setzte kurzerhand und mit gewohnt großer Geste den Vollzug dieses Gesetzes aus. Nur zwei Beispiele für einen Wandel, der beinahe alle (extrem) rechten Parteien in Europa und

1 <https://www.der-rechte-rand.de/archive/7884/braune-oekos/>

2 <https://oekonews.at/lebensland-kaernten-global-denken-lokal-han-deln+2400+1024961>

3 <https://ktv1.orf.at/stories/218575>

4 <https://www.fpoe.at/aktuell/artikel-detailansicht/eu-klimaziele-90-prozent-weniger-co2-bringen-100-prozent-selbstzerstoerung>

der westlichen Welt erfasste. Woher kommt dieser Shift?

Einerseits verspricht das Thema Zuspruch von Seiten, die sich sonst bei rechten und rechtsextremen Parteien nicht wohlfühlen würden. Die Mitte-Studie von 2023 kommt zu dem Ergebnis, dass sich über (Anti-)Klimapolitik Personen bis weit in die Mitte erreichen lassen. In diesem Kontext möge man nur an die teils gewalttätigen, objektiv völlig unverhältnismäßigen und an Selbstjustiz grenzenden Ausfallerscheinungen von Autofahrern gegenüber ‚Klimakleibern‘ denken. Außerdem bieten sich ideologische Anschlusspunkte, weswegen sich die globale Rechte heute weniger im Lager des Klimaschutzes wiederfindet.

Mit rechtem Populismus gegen Klimaschutz

Nahezu alle heutigen Rechtsaußen-Parteien weisen eine Kombination aus Nativismus, Autoritarismus und Populismus auf. Der Schlüssel zur hier gestellten Frage ist dabei der Populismus. Dieser lässt sich am besten mit der Definition des niederländischen Politikwissenschaftlers Cas Mudde fassen, der ihn als die Gegenüberstellung von einem guten Volk und bösen Eliten, also ‚denen da oben‘ versteht. Sehr gut zu dieser (rechts-)populistischen Erzählung der ‚bösen Eliten gegen das gute Volk‘ passt die Behauptung, beim Klimaschutz ginge es in Wahrheit darum, die Menschen zu unterdrücken. Wer glaubt, dass die Mächtigen der Welt stets auf der Suche nach neuen Wegen zur Unterdrückung des Volkes sind, deutet auch die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft in diesem Muster. Gleichzeitig ist dieses Narrativ sehr anschlussfähig bei Konservativen und bis in die politische Linke hinein – den Vorwurf, die Grünen seien eine Verbottspartei, hat wohl jeder schon mal gehört. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 plakatierte ein rechter Verein mutmaßlich zur Unterstützung der AfD zehntausende Großflächen mit den passenden Stichworten: Verbote, Bevormundung, Ökodiktatur, Enteignungsterror, Klimasozialismus, #Grüner Mist.

Am besten erzählt sich diese Geschichte in Verbindung mit einem zweiten Narrativ: Durch die Transformation werde die Natur mehr bedroht als durch den Klimawandel. Insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien, und dabei besonders die Windkraft, wird als Bedrohung für Tier- und Pflanzenwelt gebrandmarkt. Donald Trump nutzt dieses Narrativ („The windmills are driving the whales crazy“, „You want to see a bird cemetery, walk under a windmill sometime.“)⁵ und auch die AfD-Vorsitzende Alice Weidel, die in einer Parteitagsrede von den „Windmühlen der Schande“ sprach, formulierte dies so: „Der [...] grüne Windkraftwahn zerstört Wald, Natur und Umwelt und versündigt sich an der Zukunft unseres Landes und den kommenden Generationen.“⁶ In diesem Sinne sucht und mobilisiert die AfD Bürgerinitiativen, die Windkraftanlagen verhindern wollen, und schmiedet mit ihnen Bündnisse, die von rechten Pseudowissenschaftlern bis weit ins bürgerliche Lager reichen.⁷

Und offenkundig haben rechte Populisten Erfolg mit dieser Strategie: In repräsentativen Umfragen der Uni Hohenheim fand eine Vielzahl von falschen oder irreführenden Behauptungen über Windräder große Zustimmung.⁸ Dabei lag es wohl nicht an einem Wissensdefizit, sondern an der politischen Einstellung der Befragten. Die Bedrohung der Artenvielfalt und des gesamten Gleichgewichtes der Natur durch den Klimawandel werden ausgebendet oder im Vergleich heruntergespielt.

Das Narrativ einer „geplanten“ Deindustrialisierung

Das vielleicht wichtigste und gefährlichste Narrativ, das von rechten und rechtsextremen Akteuren immer wieder erzählt wird, lautet, dass die Transformation der Wirtschaft eine geplante Deindustrialisierung und vorsätzli-

5 <https://www.dw.com/de/faktencheck-trumps-behauptungen-%C3%BCber-windenergie-windr%C3%A4der-wale-v-2/a-72841462>

6 <https://afdbundestag.de/alice-weidel-gruene-windkraft-lobby-zerstoert-wald-natur-und-umwelt-und-die-cdu-macht-mit/>

7 <https://www.volksverpetzer.de/analyse/netzwerk-anti-windrad-buergerinitiativen/>

8 <https://www.nature.com/articles/s41467-024-53278-2.pdf>

che Zerstörung der erfolgreichen (deutschen) Wirtschaft sei. Nachvollziehbarerweise ist diese Erzählung gerade dort erfolgreich, wo sich Personen konkret von Deindustrialisierung und Arbeitsplatzabbau bedroht fühlen – etwa in ehemaligen Kohlehochburgen oder im Automobilbau. Gerade im Ruhrgebiet ist diese Geschichte omnipräsent und trug zu den Rekordwerten der AfD in den Kommunalwahlen bei. In landesweiten Nachwahlbefragungen von Infratest gaben 36 Prozent der AfD-Wähler*innen an, dass die Wirtschaftspolitik der Partei ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung war. Ebenfalls erfolgreich nutzt dieses Narrativ das „Zentrum Automobil“, Teil des Vereins „Zentrum“. Die Gruppierung aus dem Umfeld der rechtsextremen 1-Prozent-Bewegung tritt zunehmend in Unternehmen als rechte Alternative zu den DGB-Gewerkschaften auf. Sie erreichte bereits bei den letzten Betriebsratswahlen beachtliche Ergebnisse, etwa im Daimler-Werk Untertürkheim mit 15,8 Prozent. Kurz darauf strich die AfD den Verein auf Initiative von Björn Höcke von der Unvereinbarkeitsliste.

Das Narrativ einer geplanten Deindustrialisierung findet sich auch bei anderen rechten und rechtsextremen Bewegungen weltweit. Donald Trump etwa begründete den Ausstieg aus globalen Klimaschutzabkommen in erster Linie damit, dass diese nachteilig für die US-amerikanische Wirtschaft seien. Ein zentrales Kampagnen-Motto seiner Wiederwahlkampagne „Drill, Baby, Drill“, griff seinen inszenierten Widerstand gegen den Niedergang der Gas- und Ölindustrie auf und erst kürzlich verkündete die US-Regierung die Verpachtung von 5,3 Millionen Hektar bundeseigener Flächen für die Wiederbelebung des Kohlebergbaus – beides übrigens gegen die Erklärungen von Energieunternehmen und -analysten.

Bemerkenswert ist, dass das Narrativ einer planvollen Abwicklung der Industrie auch von rechten Parteien genutzt wird, die ansonsten nicht durch und durch Gegner einer Klimaschutzpolitik sind. Damit gehört dieses Narrativ sicherlich zu den verbindenden Erzählungen der globalen Rechten. Zwei Beispiele: In Frankreich bekennt sich der Rassemblement

National zwar zur Einhaltung der internationalen Klimaziele, schafft es jedoch trotzdem gleichzeitig, diese für den Niedergang der französischen Industrie (mit-)verantwortlich zu machen. Ebenso in Italien, wo die Ministerpräsidentin Georgia Meloni von den postfaschistischen Fratelli d’Italia sich einerseits als engagierte Klimaschützerin gibt, aber andererseits den European Green Deal und den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor entschieden ablehnt, weil Europa nichts vom Klimaschutz in Italien verstehe. Beide verbinden ihre (halbherzigen) Bekenntnisse zum Klimaschutz mit einer Kritik an internationalen Gremien und Organisationen des Klimaschutzes und der Globalisierung insgesamt. Sie rufen damit eine Art ‚Klimapatriotismus‘ aus, der die weltweite Dimension der Bedrohung durch den Klimawandel einfach ausblendet.

Was tun?

Stellt sich die Frage: Wie kann man dieser Erzählung begegnen? Die Klimabewegung war lange davon überzeugt, dass in erster Linie fehlendes Wissen um die Bedeutung des Klimawandels ursächlich für eine den Klimaschutz ablehnende Haltung wäre. Demnach müsste sich mit fortschreitendem Klimawandel allen Menschen – auch rechten Parteigängern – logisch erschließen, dass Klimaschutz notwendig sei. Empirisch gibt es bisher keinen Nachweis für einen Zusammenhang zwischen fortschreitendem Klimawandel und Zuspruch für mehr Klimaschutz und Transformation. Eher scheint die handfeste Klimawandelleugnung Zulauf zu bekommen, wie beispielhaft der Trumpismus in den USA und die Erfolge von Javier Milei in Argentinien, der rechtsextremen Chega in Portugal oder der Vox in Spanien zeigen. Einfach abzuwarten, in der Hoffnung, dass sich das Problem erledigt, ist also keine Option.

Transformation heißt aktive Industrie- und Standortpolitik

Besonders gefährlich macht die Erzählung der Deindustrialisierung, dass sie stimmt – jedenfalls in Teilen. Selbstverständlich gibt es keine böse Elite, die Deutschland, Europa

oder sonst ein Land bewusst und planvoll de-industrialisieren will. Gleichwohl gefährdet die Transformation, so wie sie bisher angegangen wird, Arbeitsplätze und Wirtschaft. Und als wäre das nicht schlimm genug, steht die Politik hilflos daneben. Sinnbildlich dafür steht eine Faktencheck-Kachel der SPD aus dem Bundestagswahlkampf 2025. Darauf hieß es, Friedrich Merz hätte behauptet, dass 300.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen wären – das stimme nicht, es seien 22.000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe in den letzten drei Jahren. Jenseits der Frage, ob Merz mit falschen Zahlen arbeitet (und des Umstandes, dass andere Berechnungen auch zu deutlich höheren Zahlen kommen), muss doch beim Schreiben einer solchen Kachel zur Online-Kommunikation auffallen, dass hier etwas auf der Botschaftenebene völlig verrutscht ist. Auch schon der Wegfall von 22.000 Stellen in der deutschen Industrie in den letzten drei Jahren ist eine Horrornachricht, die alarmierend sein muss und sich keinesfalls dazu eignet, mit ihr politische Kommunikation zu betreiben. Die Botschaft müsste doch sein: Jeder ist einer zu viel, wir kämpfen für jeden einzelnen Arbeitsplatz – what ever it takes!

Dabei liegen sehr viele Konzepte auf dem Tisch, wie man die Transformation vorantreiben, das Klima schützen und gleichzeitig für eine Sicherung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze sorgen kann: Industrie- und Brückenstrompreis; Investitionen in bestehende Infrastruktur und Aufbau neuer Komponenten, etwa zur Bereitstellung von bezahlbarem grünen Wasserstoff; der zügige weitere Ausbau von Wind- und Solarenergie; Schutz der heimischen Industrie vor dreckigen Importen; Schaffung von Leitmärkten und Kaufanreizen und noch vieles mehr – allein an der Umsetzung hapert es. Aktuell scheint es eher so, als würde man im Zweifel Klimaziele schleifen. Arbeitsplätze lassen sich dadurch nicht retten. Die Gewerkschaften und auch viele Unternehmen haben längst erkannt, dass die Zukunft der Industrie nur in einer gelungenen Transformation liegen kann. Bereits 2024 veröffentlichte die Stiftung KlimaWirtschaft einen Appell von über 50 deutschen (Groß-)Unter-

nehmen⁹. Die Unterzeichnenden seien davon überzeugt, dass das wirtschaftliche Überleben des Standorts Deutschland davon abhänge, dass das Ziel der Klimaneutralität erreicht wird. Und auf dem Weg zur Klimaneutralität bedürfe es vor allem Verlässlichkeit: „Transformationsprozesse und die notwendigen Investitionsentscheidungen sind auf 20, 30 oder 40 Jahre angelegt und können nicht nach jedem Regierungswechsel angepasst oder gar revidiert werden. Gemachte Zusagen können und dürfen nicht zurückgenommen werden. Verlässliche Perspektiven bieten Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit und halten rechtsextreme politische Ränder sowie populistische Stimmen klein.“ Bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung diese Empfehlung beherzigt und entschiedener eine Transformation mit den nötigen industriepolitischen Begleitmaßnahmen verfolgt. ■

⁹ siehe: https://klimawirtschaft.org/wp-content/uploads/2024/02/240127_SKW_Unternehmensappell.pdf - unter den Unterzeichnern sind erwartbare wie die GLS-Bank, aber auch Namen, die aufhorchen ließen, wie die Energiekonzerne e.on, enBW oder EWE, Banken und Finanzierer wie Union Invest, Schwäbisch Hall oder die Volksbanken Gruppe und energieintensive Unternehmen wie Thyssenkrupp oder die Salzgitter AG. Ein Blick auf die vollständige Liste lohnt jedenfalls.

„Die Transformation ist die Chance auf ein besseres Leben“

Interview mit Jakob Blankenburg



→ Jakob Blankenburg (SPD) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Lüchow-Dannenberg und Lüneburg. Er war von 2017 bis 2021 Landesvorsitzender der Jusos Niedersachsen und gehört seit 2021 dem Bundestag an. Seit 2025 ist er umwelt- und klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © Jakob Blankenburg

spw: Von einem Überfliegerthema, das die Diskurse dominierte und das viele Menschen bewegt hat (und immer noch bewegt), ist die Transformation ein bisschen in die Schmuddelcke gedrängt worden. Mehr und mehr wurde die sozial-ökologische Transformation von einem hoffnungsvoll aufgeladenen Konzept zu einem Begriff im Kulturmampf der AfD und anderer rechter und konservativer Kräfte. Dabei geht es hierbei jedoch weiterhin und für uns immer nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um die Frage: Wie bleibt der Wandel sozial gerecht und bietet Chancen für alle? Wie betrachtest Du den Stand der sozial-ökologischen Transformation aktuell? Stehen wir noch am Anfang, befinden wir uns mittendrin und wenn ja, sind wir auf einem guten Weg?

Jakob Blankenburg: Wir sind mittendrin – aber noch lange nicht am Ziel. Ich vergleiche die Transformation gern mit einem Marathon: Der Startschuss ist gefallen, die ersten Kilometer sind geschafft. 2024 kamen fast 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien, Windkraft ist inzwischen die wichtigste inländische Energiequelle, Photovoltaik hat ein Rekordjahr hingelegt. Das zeigt: Wir haben Tempo aufgenommen. Aber entscheidend wird die zweite Hälfte des Marathons. Wenn wir 2045 klimaneutral sein wollen, müssen wir das Tempo noch einmal steigern, die Richtung klar halten und gleichzeitig sicherstellen, dass wirklich alle mitkommen.

spw: Findest Du, dass es den progressiven Kräften in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahren ausreichend gelungen ist, auf die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit im Themenbereich Klimaschutz hinzuweisen?

J.B.: Ganz ehrlich: Nein. In der öffentlichen Wahrnehmung verbinden viele Menschen Klimaschutz vor allem mit Einschränkungen, Verboten und höheren Kosten. Dabei geht es doch um weit mehr. Wir reden über die Frage, wie wir unsere Industrie umbauen, wie wir produzieren, wie wir wohnen, wie wir mobil sind. Und das muss gerecht geschehen, damit die Chancen und Lasten fair verteilt sind. Klimaschutz ist deshalb immer auch eine soziale Frage. Wir müssen viel stärker betonen, dass es um Teilhabe, um Sicherheit und um Gerechtigkeit geht – sonst bekommen wir keine Mehrheiten für eine wirklich ambitionierte Politik.

spw: Glaubst Du, dass wir es in den aktuellen Transformationsprozessen schaffen, „alle mitzunehmen“?

J.B.: In der Vergangenheit wurde Klimaschutz oft so dargestellt, als sei es alleinige Aufgabe der Einzelnen. Aber Mieterinnen können sich ihr Heizsystem nicht aussuchen, Rentnerinnen mit kleiner Rente können keine energetische Sanierung stemmen, und wer auf dem Land wohnt, hat ohne Auto oft keine Chance. Kein Wunder, dass sich viele überfordert oder abgehängt fühlen. Deshalb sage ich klar: Klimaschutz muss als gemeinschaftliche Aufgabe gedacht werden. Wir brauchen öffentlichen Nahverkehr, der wirklich funktioniert, bezahlbare Energie für alle und Förderprogramme, die dort greifen, wo sie am meisten gebraucht werden. Nur so entsteht das Gefühl: Ich gehöre dazu, ich kann Teil dieses Wandels sein.

spw: Welche positiven Entwicklungen oder Erfolge siehst Du bisher, die Mut machen? Gibt es konkrete Projekte, von denen wir lernen können?

J.B.: Das Deutschlandticket ist für mich ein gutes Beispiel. Es bietet Millionen Menschen eine einfache und kostengünstige Möglichkeit, klimafreundlich unterwegs zu sein. Schon im September 2024 hatten mehr als 20 Prozent der Bevölkerung ein Ticket. Das zeigt, dass Menschen bereit sind, neue Angebote anzunehmen. Gleichzeitig sehen wir die Grenzen: Auf dem Land ist das Angebot oft noch zu schwach, um den Alltag wirklich zu bestreiten. Deshalb halte ich Social Leasing für ein starkes Instrument. Frankreich hat vorgemacht, wie einkommensschwache Haushalte Zugang zu kleinen E-Autos bekommen können – die Nachfrage war doppelt so hoch wie erwartet. Solche Modelle können auch bei uns dafür sorgen, dass der Klimaschutz nicht am Geldbeutel scheitert.

spw: Und welche Fehler haben vielleicht auch besonders geprägt und verdeutlicht, wie eine sozial-ökologische Transformation nicht aussehen sollte?

J.B.: Viele Förderprogramme haben in der Vergangenheit vor allem die erreicht, die ohnehin investieren konnten. Wer ein hohes Einkommen hat, kann leichter auf ein neues Auto oder eine Solaranlage umsteigen. Wer wenig verdient, bleibt oft außen vor – dabei sind gerade diese Haushalte am stärksten betroffen, weil sie in schlechter gedämmten Wohnungen leben oder höhere Energiekosten tragen müssen. Klimaschutz darf keine Frage des Einkommens sein. Deshalb müssen Förderungen gezielt, sozial gestaffelt und unbürokratisch sein. Nur wenn auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren, wird die Transformation wirklich gerecht.

spw: Wo liegen aus deiner Sicht die größten Chancen für neue Arbeitsplätze, Innovationen oder regionale Wertschöpfung?

J.B.: Klimaschutz ist kein Jobkiller, im Gegenteil: Er ist ein Jobmotor. In vielen Branchen entstehen neue Chancen – im Bau und Handwerk, in der Energietechnik, in der Industrie. Die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften wird zunehmen, und das auf allen Qualifikationsniveaus. Das ist auch eine Chance für Regionen, die heute noch als strukturschwach gel-

ten. Dort können neue Wertschöpfungsketten entstehen, wenn wir den Wandel klug gestalten und Investitionen gezielt lenken.

spw: Viele Menschen fürchten steigende Preise und Belastungen. Welche politischen Maßnahmen stellen sicher, dass die Transformation gerecht bleibt und niemand zurückgelassen wird?

J.B.: Klar ist: Klimaschutz kostet. Aber kein Klimaschutz kostet am Ende ungleich mehr – ökologisch wie ökonomisch. Deshalb müssen wir die Lasten gerecht verteilen. Wer viel verdient, kann auch mehr tragen. Menschen mit geringen Einkommen dagegen brauchen Unterstützung und Planungssicherheit. Es geht darum, Förderungen so zu gestalten, dass niemand überfordert wird. Wenn Bürgerinnen und Bürger wissen, was auf sie zukommt und welche Hilfe sie erwarten können, entsteht Vertrauen. Dieses Vertrauen ist entscheidend für die Akzeptanz des Wandels.

spw: Ist es überhaupt möglich – und wenn ja, wie? –, dass das von regressiven Kräften gezeichnete Bild der sozial-ökologischen Transformation, das aktuell als Narrativ dominiert, abgelöst werden kann? Wie gewinnen wir die Hegemonie über die Zukunftserzählung im Transformationsbereich zurück?

J.B.: Rechte Kräfte setzen auf Angst: vor Verzicht, vor Kosten, vor sozialem Abstieg. Wir müssen dagegen eine andere Geschichte erzählen – eine, die Mut macht. Die Transformation ist die Chance auf ein besseres Leben: bezahlbare Energie, sichere Arbeitsplätze und eine intakte Umwelt. Wir müssen zeigen, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wenn wir das glaubwürdig vermitteln und durch konkrete Politik belegen, können wir die Deutungshoheit zurückgewinnen.

spw: Wie können Arbeitnehmer*innen in klassischen Industrien positiv in den Wandel einbezogen werden?

J.B.: Viele klassische Industrien stehen vor tiefgreifendem Wandel – Stahl, Chemie, Automobilindustrie. Für die Beschäftigten bedeutet das Unsicherheit. Wichtig ist, dass sie nicht nur

Objekt des Wandels sind, sondern aktiv beteiligt werden. Weiterbildung, Umschulungen und Qualifizierung sind zentrale Instrumente. Wer sieht, dass er oder sie auch in Zukunft gebraucht wird, dass neue Perspektiven entstehen, nimmt den Wandel nicht als Bedrohung wahr, sondern als Chance.

spw: Wenn wir zehn Jahre nach vorne schauen: Wie könnte Deutschland im besten Fall durch die Transformation aussehen?

J.B.: 2035 ist Deutschland klimafreundlicher, gerechter und widerstandsfähiger. Wir haben unsere Emissionen massiv reduziert, der Kohleausstieg ist fast abgeschlossen, und mehr als 80 Prozent unseres Stroms kommen aus erneuerbaren Energien. In den Städten nutzen Menschen selbstverständlich Bus und Bahn, auf dem Land fahren dank guter Förderung viele mit E-Autos. Gleichzeitig haben wir Milliarden in die Regionen investiert, neue Arbeitsplätze geschaffen und den Menschen dort klare Perspektiven gegeben. Das ist das Bild, an dem ich arbeite.

spw: Tut die aktuelle Regierung aus CDU und SPD genug, um diese Vision zu erreichen?

J.B.: Klimaschutz in einer Koalition mit der Union ist kein Selbstläufer – dazu kommen eine angespannte Haushaltslage und viele internationale Krisen. Aber: Im Koalitionsvertrag ist klar festgelegt, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Jetzt braucht es die SPD, die diesen Kurs mit Nachdruck verfolgt, die soziale Fragen im Blick hat und Verantwortung übernimmt. Nur so gelingt es, den Transformationsprozess auf Kurs zu halten.

spw: Was motiviert Dich persönlich, an der sozial-ökologischen Transformation zu arbeiten – und welche Botschaften willst Du insbesondere denjenigen Personen mitgeben, die skeptisch sind?

J.B.: Mich motiviert der Anspruch, Politik für die Realität der Menschen zu machen. Die Transformation ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, aber auch eine riesige Chance. Es geht nicht darum, etwas

wegzunehmen, sondern gemeinsam etwas zu gewinnen: stabile Energiepreise, sichere Jobs, eine saubere Umwelt. Ich will, dass auch die nächsten Generationen gut leben können. Das ist für mich der Kern der sozial-ökologischen Transformation. ■

Die Mondmission Baden-Württembergs?

Zur Neuerfindung des Industrielandes am Scheideweg zwischen Frust und Zukunft

von Kai Burmeister, Gerri Kannenberg, Setareh Radmanesch



⇒ Kai Burmeister ist Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg und Mitglied des Präsidiums der BW SPD.

Foto: © DGB | Anna Sieger



⇒ Gerri Kannenberg ist Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik beim DGB BW.

Foto: © DGB BW



⇒ Setareh Radmanesch ist Abteilungsleiterin Wissenschaftspolitik beim DGB BW.

Foto: © DGB BW

Sieben Kilometer von Tübingen entfernt liegt seit knapp 900 Jahren die idyllische Gemeinde Kirchentellinsfurt, von ihren Bewohner*innen liebevoll „K'furt“ genannt, mit rund 5.500 Einwohnern. Ihr Name ein Echo aus alten Tagen, in denen der Wasserlauf den Menschen den sichersten Weg wies. Furten entstanden, wo das Wasser von selbst flacher wurde, an diesen sanften Stellen lud es die Menschen ein, gefahrlos hinüberzutreten. Ganz ähnlich soll-

te der Start der Porsche-Tochter Cellforce im Jahr 2021 wirken: Im Industriegebiet von K'furt sollte ein Raum entstehen, der einen sanften, innovativen Einstieg in die Transformation ermöglichen sollte, ein moderner „Weg über den Wasserlauf“ in die Zukunft der Mobilität. Hier sollte Cellforce Hochleistungsbatterien für den Sportwagenbauer entwickeln und sie in größerer Stückzahl fertigen. Mit dem Start wurde die Hoffnung verbunden, die Automobilindustrie zu digitalisieren, zu elektrifizieren, Arbeitsplätze zu sichern und die regionale Industrie durch eine harmonische Transformation zu erneuern.

Hoffnung auf harmonische Transformation zerplatzt – was sind die Ursachen?

Diese Hoffnung ist zerplatzt. Vor einigen Wochen folgte die eiskalte Ansage des Managements: Der Produktionsanlauf würde nicht stattfinden, ein Großteil der Beschäftigten hat bereits die Kündigung erhalten. Die verheißungsvolle Vision eines sanften Übergangs ist abrupt zerbrochen, aus der Furt in die Zukunft ist ein unruhiges Gewässer geworden.

Die drohende Realität radikaler Strukturbrüche anstelle eines fairen Wandels hat mehrere Ursachen: Zunächst läuft der Umstieg auf die E-Mobilität alles andere als reibungslos. Die Nachfrage nach E-Autos in Deutschland bleibt hinter den Erwartungen zurück, insbesondere die hochpreisigen Modelle der deutschen Premiumhersteller stoßen auf Vorbehalte. International sind die Märkte von Überkapazitäten geprägt, und andere Wettbewerber haben den technologischen Vorsprung der europäischen Hersteller in Batterietechnik, Vernetzung und Image eingeholt und teils übertroffen. Hinzu kommen geopolitische Spannungen und Zollkonflikte. Zweitens stellt sich heraus, dass ambitionierte politische Ziele allein nicht ausreichen. Große Ideen wie etwa Klimaneutralität bis 2045 waren zwar gesetzt, doch die konkre-

ten Wege dorthin bleiben diffus. Die Umsetzung lässt zu wünschen übrig: Dies zeigt sich z. B. darin, dass die öffentliche Ladeinfrastruktur nur unzureichend ausgebaut ist, eine verlässliche und nachhaltige Energieversorgung fehlt, die Energiepreise für Industrie und Verbraucher kaum planbar und bezahlbar sind, und sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen nur unzureichend beim Umstieg auf klimafreundliche Lösungen in den Bereichen Strom, (Industrie-) Wärme und Mobilität unterstützt werden. Drittens erweist sich die Hoffnung auf eine geräuschlose Transformation gleichzeitig als trügerisch. Jede Veränderung hinterlässt Spuren, und die Strategien vieler Unternehmen verdeutlichen dies: Standortinteressen und Kapitalinteressen geraten auseinander, Rendite bestimmt zunehmend die Entscheidungen, während das Management den Ansatz eines sozialpartnerschaftlich gestalteten Wandels aufkündigt. Unter dem Schlagwort „local for local“ werden Entwicklungs- und Produktions schritte in andere Weltregionen in die Nähe ihrer Absatzmärkte verlagert und Investitionen in günstigere Produktionsstandorte in der europäischen Peripherie getätig. Bisweilen hält man bewusst an alten Produkten fest, während der Wandel in Richtung Digitalisierung und Dekarbonisierung eigentlich voranschreiten sollte. Am Beispiel von K‘furt zeigt sich: Der erhoffte, gemeinsame „Weg über den Wasserlauf“ verwandelt sich in einen Abgrund. Einst aufgebaute Hoffnungen wurden managementseitig aufgekündigt. Damit treibt das Management eine Transformation „anderer Art“ auf Kosten von Digitalisierung, Dekarbonisierung und Beschäftigten voran.

Just transition oder „just transition!“ – Zum Transformationserleben der Beschäftigten

Die Transformation ist eine Herausforderung. Vielfach wurde dazu – bis auf die europäische Ebene – das Schlagwort einer „Just Transition“ bemüht. Dem Ansatz zufolge sollten die Betroffenen in den von der Dekarbonisierung betroffenen Regionen einbezogen werden und einen angemessenen Ausgleich für die bevorstehenden Belastungen erhalten. Aktuell kommen viele Beschäftigte für sich zu

folgendem Schluss: Gerechte Übergänge bleiben aus. Die oben geschilderte Entwicklung im Schwäbischen spricht hier für sich. Sie reiht sich ein in das betriebliche Transformationserleben der Beschäftigten, das mehrheitlich durch vielfältige Widerspruchserfahrungen geprägt ist. Eine aktuelle, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellte Studie zeigt, dass nahezu die Hälfte der Beschäftigten – darunter mehrheitlich Hochqualifizierte in Großbetrieben der Branchen IT, Automobil, Energie und Banken – den Eindruck hat, mindestens „in hohem Maß“ und „immer stärker von Veränderungen betroffen zu sein“. Sie befinden sich folglich inmitten der Transformation. Von diesen knapp 50 % genannten, verbinden knapp 15 % die Transformation eher mit Risiken und 24 % eher mit Chancen. Über 60 % erleben die „Veränderungen für sich persönlich“ als risiko- und chancenreich zugleich.¹ Letzteres deckt sich mit unserer Erfahrung: Als Gewerkschafter*innen erleben wir häufig widersprüchliche Prozesse in den Betrieben. Viele digitale Projekte, von Cloud und KI bis zu agilen Methoden und Desksharing unter dem Stichwort „New Work“, werden zwar ambitioniert geplant, oft aber top-down umgesetzt. Alte Strukturen und Denkmuster wie Hierarchien, Silo-Logik, autoritäre Führungsstile und Präsenzkulturen bleiben entgegen dem hippen Image weiter bestehen. Das Alte und das Neue existieren nebeneinander, manchmal sogar im selben Team. Diese Gleichzeitigkeit von Ungleichem verlangt den Beschäftigten viel ab. Zudem zeigt sich, wie am Beispiel von Cellforce, dass Verlässlichkeit nicht mehr als eine Worthülse ist. Denn selbst wenn sich Beschäftigte aktiv einbringen und Veränderungen mit Leidenschaft vorantreiben, können sie jederzeit fallen gelassen werden. Das prägt.

Anfang 2024 konstatierte Frank Sell, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Bosch, ange-sichts der angekündigten Einsparungen und Abbaupläne quer durch das Bosch-Portfolio: „Bosch treibt die Transformation mit einer besorgniserregenden Fülle von Maßnahmen,

¹ Lühr, Th. et al. (2025): „Wind of Change“: Widersprüche der Transformation aus der Perspektive der Beschäftigten. Hans-Böckler-Stiftung, unveröffentlichter Abschlussbericht, S. 4, 40, 45.

mit hohem Tempo und brachialer Gewalt voran [...]. Dass [in der Region Stuttgart] ausgegerechnet im Software-Bereich gekürzt wird, ist aus unserer Sicht zu kurz gedacht. Um schnell bessere Zahlen zu schreiben, wird heute Personal abgebaut. Und in zwei Jahren reden wir darüber, dass uns die Software-Ingenieure fehlen. Wir lehnen den Personalabbau ab, gerade weil Bosch so viele Chancen in neuen Technologiefeldern hat.“² Im weiteren Verlauf des hier zitierten Interviews entwickelt der GBR-Vorsitzende konkrete und zukunftsorientierte Ideen für einen gemeinsamen Wandel seines Unternehmens. Dabei stellt sich nicht nur er die Frage, wie belastbar die Sozialpartnerschaft heute ist. Oder ob das Management seine zu kurzfristig gedachten Effizienzmaßnahmen zulassen der Belegschaft diesmal einfach durchzieht. Auch die FAZ beobachtet eine zunehmend brüchige Sozialpartnerschaft, bei der das Management die Lasten einseitig auf die Beschäftigten abladen will.³ Ähnliche Konflikte bestehen in der gesamten Automobilindustrie und halten derzeit Belegschaften, Betriebsräte und Industriegewerkschaften in Atem. Entsprechend folgten im Frühjahr zehntausende Beschäftigte dem Aufruf der IG Metall in Stuttgart, Leipzig, Hannover und anderen Orten, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Investitionen an den Standorten auf die Straße zu gehen. Dieser Aktionstag ist eine der ersten Wegmarken einer länger dauernden Auseinandersetzung um die Zukunft der Industrie. Jetzt ist es an der Zeit darüber zu sprechen, wie hoch Renditen heute noch sein dürfen. Überzogene Ansprüche der Kapiteleigentümer gefährden sowohl Arbeitsplätze als auch den sozialen Zusammenhalt.

Die Unternehmensstrategien einer verstolpern Transformation und Verlagerungen gen Osteuropa machen die heimischen Belegschaften zu Verlierern. Wo Transformation als Synonym für Arbeitsplatzabbau wahrgenommen wird und Management und Politik keine

verlässlichen Übergänge bieten, können rückschrittliche und innovationsfeindliche Positionen des Rechtspopulismus, als einfache Negation bestehender und erlebter Widersprüche, für manche Beschäftigte attraktiv erscheinen. Entsprechend versuchen Rechtspopulisten, in den Betrieben Fuß zu fassen. Auch dies bildet den Hintergrund für die im nächsten Frühjahr anstehenden Betriebsratswahlen. Angesichts der nicht abreißenden Meldungen über Beschäftigungsabbau ist es nicht verwunderlich, dass Zukunftsängste und auch Resignation wachsen. Bedeutet das, dass der Abstieg Baden-Württembergs unvermeidlich ist? Mitnichten! Jetzt gilt es mehr denn je, die Belegschaften „mit ihrer schöpferischen Arbeitskraft“ als Motor zu begreifen. Und ja, entgegen der diagnostizierten „German Angst“ ist der Wandel im Schulterschluss mit den Beschäftigten umsetzbar. Die oben genannten empirische Befunde zeigen keinerlei Belege für eine „German Angst“ oder „Angststarre“. Hierin sehen wir das Potenzial zur Bewältigung der Transformation. Es liegt im Wissen und in der Leidenschaft der Beschäftigten als Expert*innen ihrer Arbeit. Diese schöpferische Kraft gilt es jetzt als produktiven „Transformationenabler“ zu verstehen, anzuerkennen und aktiv zu nutzen. Dazu müssen Beschäftigte gestärkt und befähigt und nicht entlassen werden.⁴

Alternativloser Abstieg oder Musterland der guten Arbeit?

Zur ökonomischen Ausgangslage: Kein anderes Bundesland weist einen derart hohen Industrieanteil auf, zugleich liegt die Exportorientierung mit 37 % auf einem ausgesprochen hohen Niveau. Im Außenhandel gehen weiterhin 64 % des Exports in die europäischen Länder, 18 % in den amerikanischen Raum und 16 % nach Asien.⁵

Vor diesem Hintergrund haben wir uns als DGB Baden-Württemberg entschlossen, mit

² Stuttgarter Zeitung, „Bosch treibt Umbau mit hohem Tempo und brachialer Gewalt voran“, 02.02.2025, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/betriebsratschef-self-kritisiert-konzernspitze-bosch-treibt-umbau-mit-hohem-tempo-und-brachialer-gewalt-voran.f95fd141-5acb-4c36-8d36-da6d-8f5a7f29.html>, abgerufen am 28.08.2025.

³ FAZ, Brüchige Sozialpartnerschaft, 18.08.2025, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/gewerkschaften-am-limit-brüchige-sozialpartnerschaft-110635267.html>, abgerufen am 28.08.2025.

⁴ vgl. Lühr, Th. et al. (2025): „Wind of Change“: Widersprüche der Transformation aus der Perspektive der Beschäftigten. Hans-Böckler-Stiftung, unveröffentlichter Abschlussbericht, S. 6

⁵ Baden-Württemberg – Statistisches Landesamt, Aus- und Einfuhr nach ausgewählten Ländern, 2024, <https://www.statistik-bw.de/HandelDienstl/Aussenhandel/AH-EinAusfuhr-STjspl>

wissenschaftlicher Expertise Potenziale für eine wirtschaftliche Neuerfindung zu identifizieren. Keinesfalls darf dabei der Eindruck von Luftschlössern entstehen, gleichwohl müssen der Landespolitik und dem Management konkrete Zielbilder vorgelegt werden: Im Zuge der Energiewende kann durch Innovationen die Transformation nicht nur klimafreundlich, sondern auch beschäftigungswirksam tragfähig gestaltet werden. Dies zeigt eine DGB-Studie in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und der HBS.⁶ Bis 2030 könnten in den Energiewendebranchen bis zu 40.000 neue Arbeitsplätze entstehen, vor allem rund um Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Gleichzeitig wird klar, dass die Fachkräfteverfügbarkeit zum wesentlichen Hemmschuh einer Energiewende werden kann. Es zeigt sich: Stehen Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze unter Druck, so können sich gleichzeitig Chancen durch neue Technologien, Produkte und Märkte eröffnen, die Nachhaltigkeit, Wertschöpfung und Beschäftigung miteinander verbinden. Die Studie „Zukunftsfähig durch Cleantech“ des Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) im Auftrag des DGB BW zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt: Cleantech ist keine Nische, sondern eine strategische Option in vielen Branchen.⁷ In sechs zentralen Leitmärkten kann Baden-Württemberg seine industrielle und technologische Stärke ausspielen. Bereits heute arbeiten 214.000 Beschäftigte branchenübergreifend an Cleantech-relevanten Tätigkeiten. Bis 2030 könnten hier Zuwächse bei der Beschäftigung rund um Energieeffizienz und Erneuerbare Energien entstehen.

Soll der Südwesten schließlich zum Musterland guter Arbeit werden, gehört ebenso eine topmoderne Infrastruktur dazu. Wo das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität die Türe im Bund weit geöffnet hat, sind auch die Länder gefordert einen Modernisie-

rungsschub auszulösen. Hier setzt die DGB-Studie „Exzellenz kommt nicht von alleine“ an, welche die Investitionspolitik des Landes in den Blick nimmt.⁸ Demnach sollte die Landesregierung Rücklagen mobilisieren und über öffentliche Investitionsgesellschaften öffentliche Investitionen in Bereiche wie Hochschul- und Klinikbau, Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie Wasserstoff-Infrastruktur mithilfe von Fremdkapital hebeln. Um die Stärken des Landes voll auszuspielen, sind in den nächsten zehn Jahren öffentliche Investitionen in Höhe von 165 Milliarden Euro nötig.

LTW26: Solidarische Mehrheit im erneuerten Industrieland?

Politisch prägend ist derzeit, dass im März 2026 ein neuer Landtag gewählt wird. Bisher wird der Vorwahlkampf vor allem von den Persönlichkeitsprofilen der Spitzenkandidaten von CDU und Grünen bestimmt, während die konkrete Zukunft von Arbeit und Wirtschaft bislang nur eine untergeordnete Rolle spielt. Das zarte Pflänzchen der wirtschaftspolitischen Debatte rankt sich allenfalls um das nebulöse Stichwort Bürokratieabbau, bei dem genauere Konturen unklar bleiben. Angesichts der bislang schwach ausgeprägten wirtschaftspolitischen Debatte lohnt erneut ein kurzer Blick auf die allgemeine Wirtschaftsstruktur des Landes: Rund ein Drittel der Bruttowertschöpfung stammt derzeit aus der Industrie und knapp 1,5 Millionen Menschen sind im industriellen Sektor tätig. Automobil-, Elektronik, Chemie- und Pharmaindustrie, sowie Maschinen- und Anlagenbau stellen den industriellen Kern dar. Jede Branche benötigt eigene Antworten und Rahmenbedingungen. Zugleich liegt es auch in der Verantwortung der Politik, durch gezielte und vorausschauende Industriepolitik die Weichen für ein wirtschaftspolitisch starkes IndustrieLAND 2040 zu stellen. Dazu gehören unseres Erachtens eine moderne Infrastruktur, die Innovation ermöglicht, verlässliche und günstige Energieversorgung für Verbraucher und Industrie und gute Standortbedingungen durch mehr

⁶ Lückener, R. et al. (2025): Energiewende in Baden-Württemberg, Working Paper Nr. 377, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_374_2025.pdf

⁷ Buchmann, T. et al. (2025): Zukunftsfähig durch Cleantech, https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Studie/Cleantech-Studie/2025-05-09_Studie_Cleantech_FES_DGB_web.pdf

⁸ Bielinski, J., Brandt, A., Windels, T. (2024): Exzellenz kommt nicht von alleine - Öffentliche Investitionsbedarfe und deren Finanzierung in Baden-Württemberg, https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Studie/Investitions-Studie/DGB_BW_Studie_Investitionen_web.pdf.

Wohnungsbau, ein erfolgreicheres Bildungssystem und starke Qualifizierungs- und Forschungsverbünde für Zukunftstechnologien. Dieses politische Bekenntnis und konkrete Umsetzungsschritte für innovative und sichere Industrie- und Produktionsstandorte verlangen Beschäftigte und Gewerkschaften von allen Parteien. Anstatt pauschal über Bürokratie zu sprechen, schlagen wir eine landespolitische Debatte rund um staatliche Handlungsfähigkeit für Menschen wie für Unternehmen vor. Die „Mondmission“ wäre nicht weniger als die Neuerfindung eines erneuerten Industrielandes auf den Grundlagen der Informationsökonomie.⁹ Dazu gehört es dann auch, die stagnierende Produktivität kritisch zu hinterfragen und Maßnahmen für produktiveres Wirtschaften und Arbeiten in der Landespolitik zu verkern. Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, etwa im Bereich KI, zeigen sich beispielsweise im Innovationszentrum IPA1 in Heilbronn. Bei KI ist die Einbindung von Gewerkschaften und Beschäftigten zentral, damit Produktivitätspotenziale nicht ungenutzt bleiben, sondern in den Unternehmen umgesetzt werden können. Anstatt auf die oberflächliche Beschwörung vermeintlicher Stärken des schwäbischen Mittelstands zu setzen, braucht es mehr Mut zu einer strategischen Industriepolitik. Dabei ist Sozialpartnerschaft nicht Last, sondern Trumpf und Innovationsmotor. Und gleichzeitig: So entschieden wir auch für eine ambitionierte Industriepolitik argumentieren, so sehr ist uns auch bewusst, dass ein solcher Ansatz allein nicht ausreicht, um im Ländle eine solidarische Mehrheit für Klimaschutz und Gerechtigkeit zu mobilisieren. Im Bündnis mit Sozial- und Umweltverbänden erhebt der DGB Baden-Württemberg deshalb seine Stimme für eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation, die die Lasten fair verteilt und einkommensschwache Haushalte besonders berücksichtigt.¹⁰ Die Bündnis-

partner betonen, dass der notwendige Wandel nicht als Bedrohung verstanden werden muss, wenn soziale Gerechtigkeit und Klimaschutzmaßnahmen konsequent zusammen gedacht werden. Doch wo finanzielle Spielräume und politischer Gestaltungswille begrenzt sind, verhallen Forderungen nach einem Klimageld auf Bundesebene oder einem Klimasozialticket im Land. Deshalb sucht der DGB darüber hinaus den Schulterschluss mit weiteren Akteuren des Klimadiskurses, etwa dem Klima-Sachverständigenrat des Landes.¹¹ Denn, wie es ein Cellforce-Beschäftigter aus K'furt treffend formuliert hat: „Wir geben nicht auf, weil wir weiterhin überzeugt sind, dass eine nachhaltige und innovative Wirtschaft möglich ist.“ ■

9 vgl. Boes, A., Kämpf, T. (2023): *Informatisierung und Informationsraum: Eine Theorie der digitalen Transformation*. In: Carstensen, T. et al. (Hrsg.): *Theorien des digitalen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp, S. 141–163.

10 a) DGB BW, PM023, 03.06.2024, <https://bw.dgb.de/presse/pressemittelungen/pressemittelung/dgb-ruft-zusammen-mit-verbaenden-in-baden-wuerttemberg-zur-sozial-oekologischen-transformation-auf/>, b) Appell „Die ökologische Transformation muss sozial gestaltet werden“, 03.06.2024, <https://www.bund-bawue.de/fileadmin/bawue/Dokumente/Presse/20240603-Appell-Sozialoekologische-Transformation-final.pdf>, bei des abgerufen am 28.08.2025.

11 Ehrenamtliches Gremium aus von der Landesregierung berufenen Wissenschaftlern, der die gesetzlichen Monito-ring-Prozess zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung mit Stellungnahmen begleitet.

Algorithmisierte Öffentlichkeit, KI und Politik: Zeit für demokratische Gestaltung

von Charlotte Echterhoff



⇒ Dr. Charlotte Echterhoff ist Medienwissenschaftlerin und beschäftigt sich auf verschiedenen Ebenen mit der Gestaltung von Öffentlichkeit. Sie engagiert sich vielfältig für Digitalpolitik und Open Source, etwa im Verein D64.

Foto: © privat

Sozialdemokratie lebt von Aufklärung, Teilhabe und öffentlicher Debatte; doch Plattformalgorithmen gefährden genau das. Dieser Text zeigt, warum digitale Öffentlichkeit aktive Gestaltung braucht: durch Regulierung, strategische Kommunikation und Medienbildung – für eine gemeinwohlorientierte Vision im KI-Zeitalter.

Zum Status Quo algorithmisierter Öffentlichkeit

Die Demokratie ist vom Aussterben bedroht. Grund dafür ist der desolate Zustand der Öffentlichkeit. Sie konstruiert sich heute primär digital, sie ist fragmentiert, segmentiert und polarisiert. Aufgrund von Netzwerkeffekten und mangels Regulierung leidet die digitale Öffentlichkeit an einer enormen Marktmachtkonzentration der „Big Tech“: Die fünf dominanten Plattform-Unternehmen Google, Amazon, Alphabet, Microsoft und Apple konzentrieren 98,8 % der Internetnutzung auf ihre Angebote. In Deutschland, Europa und weltweit dominieren sie den digitalen Raum und absorbieren den Großteil der digitalen Aufmerksamkeit. Damit wird Öffentlichkeit umfunktionalisiert. Sie dient im Digitalen nicht mehr der Meinungsbildung für Demokratie, sondern den Unternehmensinteressen von Big Tech¹. Gemein-

wohlorientierung, Informiertheit oder gar ein „common ground“ gehören nicht zu ihren Prioritäten.² Eine gemeinsame, gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit existiert kaum noch. Jede³ ist, dank detaillierter Nutzerinnendatenauswertung, der algorithmisch gepflegte Nabel ihrer eigenen Welt. Jede bekommt ihr individuelles Informations- und Unterhaltungsprogramm.⁴

Somit sind digitale Plattformen nicht bloß technische Infrastrukturen, sondern politische Ordnungsakteure. Ihre *Algorithmen ersetzen die kuratierende Funktion eines normativ handelnden Journalismus*. Themen werden nicht mehr durch eine verantwortungsbewusste Vierte Gewalt gesetzt. Nachrichten müssen nicht mehr mit Wahrheitsgehalt überzeugen. Lügen sind – als sogenannte Fake News – zur ebenbürtigen Grundlage für Meinungsbildung aufgestiegen, gleichwertig neben recherchierten und wissenschaftlich fundierten Informationen. Was zählt, ist die Interaktionsfähigkeit vor dem Algorithmus. Wenn Algorithmen Fakes belohnen und so die Öffentlichkeit vergiften, dann sind diese Algorithmen keine geeigneten Steuerungselemente in einer Demokratie. Ohne funktionierenden Journalismus, der den Diskurs mitgestaltet, befindet sich das Ideal diskursiver Öffentlichkeit im Überlebenskampf.

Für Deutschland ist das ein Novum. Seit Gründung der BRD wurde die *Bedeutung der Öffentlichkeit für die Demokratie* anerkannt und politisch gestützt. Das Duale System,

² In „The Platform Society“ (2018) liefern Van Dijck et al. eine tiefgreifende Analyse der Plattformisierung unserer Gesellschaft. Am Beispiel von Nachrichten, Mobilität, Gesundheit und Bildung veranschaulichen sie, dass Plattformen öffentliche Aufgaben übernehmen, dabei Algorithmen jedoch niemals neutral sind, sondern anhand von Datafizierung, Selektion und Kommodifizierung ihre Profitinteressen bedienen, statt einem „Public Value“ zuzutragen.

³ In dem Artikel nutze ich das generische Femininum. Es sind alle Menschen mitgemeint.

⁴ Angesichts zahlreicher TikTok-Challenges erscheint auch Neil Postmans „Wir amüsieren uns zu Tode“ auf allzu bittere Weise aktueller und zutreffender denn je.

¹ Martin Andrée (2023): Big Tech muss weg! Die Digitalkonzerne zerstören Demokratie und Wirtschaft. Wir werden sie stoppen. Campus, S. 26 ff.

also die Koexistenz von privaten und öffentlich-rechtlichen Medien, wurde immer entlang dem jeweiligen Status Quo und mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts sorgfältig entwickelt: mit Regulierungen zu Marktmacht, Pluralismus und journalistischen Standards.

Die Diskussion erinnert an die Unterscheidung zwischen privater und öffentlich-rechtlicher Fernseh-Programmgestaltung. Auch im prä-digitalen Zeitalter standen privatwirtschaftliche Interessen denen einer normativen Öffentlichkeitsgestaltung oftmals entgegen. Heute herrschen Algorithmen ohne demokratische Kontrolle, womit sich eine bedrohliche Dynamik entwickelt. In der digitalen Öffentlichkeit spülen uns Algorithmen zuverlässig und unaufhaltsam in die Richtung des Extremen. Weniger vom Anderen ist mehr von meiner Meinung, mehr von dem, was mich bestärkt, mehr von dem, was mich von der Meinung anderer trennt. Mit ihrer Funktionsweise organisieren die Big-Tech-Algorithmen Öffentlichkeiten nicht nur spaltend, sie begünstigen auch solche Themen, die sich für Spaltung besonders eignen, etwa identitätspolitische. So erklärt sich die Passung populistischer Niedergangserzählungen der Rechten mit der Logik der Algorithmen: einfach, schlimm, schnell: extremer. Der Algorithmus belohnt. Differenzierte, aufklärerische Inhalte hingegen gehen unter. Sie brauchen Zeit, während Social Media auf schnelle Emotionen setzt, die impulsive Reaktionen hervorrufen: The medium is the message.

Schlechte Nachrichten verbreiten sich durch die unsere Öffentlichkeit prägenden Algorithmen per Design besser als gute. Sie dominieren die gesellschaftliche Wahrnehmung und erzeugen den Eindruck politischen Versagens – was laut Sascha Lobo zur „großen Vertrauenskrise“ beiträgt.⁵ Die Algorithmen haben Social Media zu anti-sozialen Medien gemacht. Wir haben keine Kontrolle mehr über die Gestal-

tung der Öffentlichkeit oder die ihr zugrunde liegenden Werte.⁶

Aus dieser Lage ergeben sich drei Aufgaben: Erstens braucht es eine europäisch koordinierte Regulierung des digitalen Diskursraums, die zweierlei leistet: die Marktmacht der Tech-Unternehmen wirksam begrenzen und zugleich eine demokratische Öffentlichkeit im digitalen Raum gestalten – als gemeinwohlorientierte Alternative zu den Entwicklungen in den USA und in China. Zweitens muss Politik bis dahin aktiv Vertrauen aufbauen. Drittens ist umfassende Medienbildung nötig, um Mündigkeit im algorithmisch gesteuerten Alltag zu sichern.⁷

Wie Politik mit Regulierung die Öffentlichkeit rettet

Der gesellschaftlichen Spaltung im digitalen Raum kann nur durch zeitgemäße Regulierung begegnet werden. Ziel ist es, einerseits die Macht der „digitalen Oligarchien“⁸ zu begrenzen und andererseits einen digitalen Öffentlichkeitsraum zu schaffen, der dem Gemeinwohl und dem demokratischen Diskurs dient.

Faktisch liefern Plattformen inzwischen die Infrastrukturen für demokratische Auseinandersetzung⁹. Ohne demokratische Legitimation oder Kontrolle der Algorithmen gelingt ihnen das nur mangelhaft. Lange konnten sie sich medienpolitischer Regulierung entziehen, da sie sich als „Intermediäre“ präsentierten (und als solche behandelt wurden), als neutrale Verbindungsstücke, nicht als publizistische Akteure. Hier wird erkennbar, dass die medi-

6 So werden wir als Gesellschaft etwa auch vor vollendete Tatsachen gestellt, wenn ein Algorithmus aus dem US-amerikanischen Kulturraum mit prüden Einstellungen unsere Öffentlichkeit prägt und etwa Inhalte über Sexualitätzensiert, weil er nicht zwischen Pornografie und Aufklärung unterscheiden kann/soll. (vgl. <https://krautreporter.de/geschlecht-und-gerechtigkeit/5956-seggis-und-es-ist-nicht-egal-wenn-wir-online-verklemmt-sind>)

7 Der medienpolitische Antrag der NRW SPD-Fraktion fasst diese Notwendigkeiten gut zusammen. vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-14011.pdf>

8 vgl. Alexander Sängerlaub (2025): Auf dem Weg in die resiliente Informationsgesellschaft: Grundstein einer holistischen Öffentlichkeitspolitik. Policy Paper. <https://resiliente-informationsgesellschaft.org/media/pages/ueberuns/2d01f1f045-1742391290/allianz-policy-paper.pdf>

9 José Van Dijck, Thomas Poell, Martijn de Waal (2018): „The Platform Society. Public Values in a connective world.“ Oxford University Press.

enpolitische Regulierung der Aktualität nicht standhält. Die historisch gewachsene Trennung zwischen Presse, Rundfunk und Online wird online aufgehoben. Entsprechend müssten regulatorische Vorgaben aus dem linearen, aus dem Presse- und dem Rundfunkrecht nun zusammengeführt werden: Es braucht einheitliche Regeln für den gesamten (digitalen) Medienbereich und dessen diverse digitalen Angebote.

Die Marktmacht von Big Tech in der Meinungsbildung ist real¹⁰ und sie muss regulativ beantwortet werden. Eine solche Antwort stellt die *presserechtliche Bewertung der Plattformen* dar. Daraus resultieren zum einen Vorgaben zum Marktanteil in demokratierelevanten Kategorien und zum anderen eine konsequente Verbreiterhaftung. Martin Andrée schlägt darüber hinaus u.a. vor: volle Outlink-Freiheit¹¹ für Creatoren, die Trennung von Kanal und Inhalt sowie Interoperabilität, offene Standards und die Vergemeinschaftung von Daten. Solche Maßnahmen bezwecken zum einen eine höhere Souveränität bei den Nutzerinnen, sodass sie ihre Zeit eher auf verschiedenen Plattformen verbringen, statt auf einer Plattform „eingeschlossen“ zu sein, weil kein Link nach draußen führt. Zum anderen wird Konkurrenz zu Big Tech begünstigt, da bspw. bestehende Konten mitsamt ihrer Follower von der einen auf eine andere Plattform umgezogen werden könnten oder damit den für alle verfügbaren Daten passgenaue Neugründungen wahrscheinlicher würden. Damit würde eine *demokratische, vielfaltfördernde Architektur digitaler Öffentlichkeit* möglich: mit Nutzerinnen- und Gemeinwohlinteressen im Zentrum (vgl. Andrée 2023: S. 255ff.).

Mit dem Digital Services Act (DSA) und dem Digital Markets Act (DMA) existieren hierzu erste regulatorische Schritte. Die Europäische Kommission hat verbindliche Regeln für große Plattformen eingeführt, um Trans-

parenz, Nutzerinnenrechte und die Interoperabilität zur Stärkung des Wettbewerbs zu fördern. Die konsequente Umsetzung ist noch abzuwarten, Stand Juli 2025 gilt die Durchsetzung der beiden Gesetze als Verhandlungsmasse im Handelsstreit mit den USA.¹²

DSA und DMA setzen wichtige Signale für einen supranationalen Regulierungsrahmen. Sie reichen jedoch nicht, um die strukturelle Plattformdominanz aufzubrechen oder digitale Öffentlichkeit im Sinne demokratischer Vielfalt zu gestalten. Neben Regulierung braucht es eine proaktive Politik, die einen gemeinwohlorientierten digitalen Öffentlichkeitsraum gestaltet, mit dem Ziel der gegenseitigen Verständigung statt der Maximierung von Nutzungszeit.

„Demokratische Algorithmen“ liefern ein Konzept, das statt zig Millionen individualisierten Konsumwelten Begegnung ermöglicht. Das kann ganz konkret dadurch geschehen, dass in einem Empfehlungssystem immer auch entgegengesetzte Themen und Meinungen vorgeschlagen werden. Statt „More of the same“ wäre das Ziel „Some of the other“. Also statt „Menschen, die x schauten, schauten auch y“ dann „Andere Menschen schauten a und b“. In der Regel werden mehrere Vorschläge generiert, sodass die Nutzerinnen weiterhin selbst entscheiden, ob sie mit der Vielfalt gehen. Datenbasierte Empfehlungen können allein durch Sichtbarkeit des Gegenübers für ein Mehr an Verständigung sorgen. Die Algorithmen würden sich selbst erklären und transparent empfehlen: „Nutzerinnen aus deiner Region interessieren sich für c“ oder „Andere in deiner Altersklasse haben dieses Thema kommentiert.“ Tiefergehende Nutzungsanalysen könnten zeigen, ob Menschen eher auf die gleiche Gruppe oder eine andere Gruppe reagieren. Wo wird mehr interagiert oder weniger schnell weitergescrollt? Wenn ich Themen einer mir näheren oder die einer mir entfernteren Altersgruppe vorschlage? („Bei älteren/jüngeren Menschen trendet heute #spw“) So verbinden demokratische Algorithmen, statt einseitig zu verstärken und liefern eine posi-

¹⁰ vgl. zu den realen Auswirkungen etwa von Facebook auf die öffentliche Meinungsbildung: „Nexus“ von Yuval Noah Harari (2024), insb. S. 280ff.

¹¹ Diese Forderung hat es sogar in den Koalitionsvertrag geschafft: „Outlinks zu Drittanbietern sind zuzulassen.“ (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf, S. 87)

¹² <https://digitalpolitik.ghost.io/handelsstreit-dont-believe-the-hype/>

ve Irritation. Sie bilden gesellschaftliche Vielfalt ab, machen Widersprüche sichtbar und schaffen digitale Schnittmengen.

Gemäß der medienpolitischen Tradition Deutschlands liegt die Chance, dieses Prinzip zu verankern, im öffentlich-rechtlichen Bereich.¹³ *Demokratische Algorithmen sind die digitale Variante öffentlich-rechtlicher, pluralistischer Programmgestaltung im non-linearen Raum.* Demokratische Algorithmen bezwecken Befähigung und Öffnung, sie promoten den Outlink und verkörpern das Gegenteil einer Lock-In-Logik.

Die Gestaltung von demokratischen Algorithmen ist eine Gratwanderung zwischen Manipulation und Aufklärung und führt zur Algorithmenethik. Die Gestaltung muss nachvollziehbar und überprüfbar sein, daher sind Transparenz, gesellschaftliche Partizipation und demokratische Kontrolle entscheidend. Wer sich am Begriff „demokratischer Algorithmus“ stört, kann ihn auch als „vielfaltsfördernden Algorithmus“ verstehen – entscheidend ist seine Funktion.¹⁴

Politische Gestaltung durch vertrauensbildende Kommunikation

Auch wenn der digitale Raum aktuell nicht von demokratischen Prinzipien geprägt ist, findet dort Meinungsbildung statt. Er darf deshalb nicht rechtsradikalen Akteuren und ihren Erzählungen überlassen bleiben. Politik muss diesen Raum offensiv nutzen: mit positiven, glaubwürdigen Geschichten über eine gerechtere Zukunft.¹⁵ Nur so lässt sich ein Gegennarrativ zu populistischen Untergangsfantasien etablieren. Politikerinnen des demokratischen Spektrums sollten sich dabei als authentische,

verlässliche Persönlichkeiten positionieren, denen man gerne folgt. Sie können Sicherheit und Zuversicht vermitteln, gerade in Zeiten multipler Krisen (vgl. Lobo 2023: 291).

Meinungsbildung funktioniert seit jeher über vermittelnde Instanzen. Während man früher vom „Two-Step-Flow of Communication“ sprach, beschreibt heute eher das Modell des „Multi-Step-Flow“, wie sich politische Botschaften über zahlreiche Netzwerke verbreiten. Digitale Räume bieten Chancen für neue Nähe, bedeuten aber auch Herausforderungen an regionale Anschlussfähigkeit. Zwar erschwert das Digitale die gezielte Ansprache lokaler Gruppen, doch gleichzeitig können sich Bürgerinnen aus ganz Deutschland über die Arbeit einzelner Abgeordneter informieren. Sichtbarkeit und Vertrauen entstehen dabei weniger über zentrale Partei-Accounts, sondern durch konsistente, persönliche Kommunikation. Möglicherweise werden weitere KI-Entwicklungen künftig helfen, diese Rolle der Vertrauensperson zu stärken (s. Ausblick).

Mit Blick auf die (noch!) vorherrschende Dominanz von Big Tech sollten politische Akteure und öffentliche Institutionen zudem die „Plus-1-Strategie“ befolgen: Sie veröffentlichen Inhalte nicht ausschließlich auf Big-Tech-Plattformen, sondern immer auch auf einer nicht-proprietären Alternative – etwa der eigenen Webseite oder dezentralen Netzwerken wie Mastodon und PeerTube. So wird digitale Öffentlichkeit nicht nur bespielt, sondern Stück für Stück auch zurückerobert. Wer demokratische Öffentlichkeit stärken will, muss sich souverän von Big-Tech-Abhängigkeiten lösen.

Medienbildung für Mündigkeit im digitalen Raum

Zahlreiche, größtenteils erst kürzlich gegründete, zivilgesellschaftliche Initiativen, darunter „The Activists Guide“, das „Zentrum für Digitalrechte und Demokratie“, die „Allianz für die resiliente Informationsgesellschaft“, „teilensWert e.V.“, „Good News“ oder der „Interessenverband informierte Öffentlichkeit“, weisen auf die Unzufriedenheit mit dem Status

13 Konkrete Impulse hierfür liefert die ZDF-Potenzialanalyse (2025). Die Autorinnen empfehlen darin u.a. ein föderierendes Netzwerk von Infrastrukturan geboten, den „Digital Open Public Space“ (DOPS). Dieser digitale Commons-Ansatz soll Transparenz, Partizipation und Vielfalt fördern und eine öffentlich-rechtliche Antwort auf marktbereherrschende Plattformlogiken bieten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde damit vom reinen Medienanbieter zum aktiven Ermöglicher einer demokratischen, gemeinwohlorientierten digitalen Öffentlichkeit. (<https://www.zdf.de/assets/potenzialanalyse-digitaler-public-value-im-zdf-102-original?cb=1753995624698>)

14 vgl. <https://netzpolitik.org/2019/neues-aus-dem-fernsehrat-44-charlotte-echterhoff-ueber-demokratische-algorithmen/>

15 Wem es an Inspiration für solche Erzählungen mangelt, sei „Unsere Welt neu denken“ von Maja Göpel empfohlen (2020).

Quo der digitalen Öffentlichkeit hin. Der dringende Handlungsbedarf ist erkannt, er betrifft nicht nur Regulierung, sondern auch Bildung.

Parallel zu politischen und technischen Maßnahmen braucht es eine gesamtgesellschaftliche Strategie für Medienbildung. *Denn nur informierte, souveräne Bürgerinnen können den digitalen Raum selbstbestimmt nutzen, Desinformation erkennen und demokratische Öffentlichkeit aktiv mitgestalten. Medienbildung ist kein Randthema, sondern in der digital geprägten Welt ein demokratischer Imperativ.*

Deshalb braucht es ein strukturell verankertes, dauerhaft finanziertes Konzept für Medienbildung – als Querschnittsaufgabe in Schule, Erwachsenenbildung und politischen Bildungsangeboten. Die Verantwortung liegt beim Bund, konkret beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien: Er sollte gemeinsam mit Ländern, Bildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft ein kohärentes Rahmenkonzept vorlegen, sodass mündige Bürgerinnen den digitalen Kulturrbaum selbstbestimmt nutzen können.

Auch die aktuellen Debatten um Social-Media-Altersbeschränkungen, Smartphone-Nutzung bei Kindern und Initiativen wie „Smarter Start ab 14“ zeigen, dass gesellschaftlich ein Problembeusstsein vorhanden ist. Doch ohne Einbindung in eine breite, strukturelle Medienbildung bleiben solche Ansätze Einzelmaßnahmen.

Und was ist mit KI? – ein hoffnungsvoller Ausblick

Künstliche Intelligenz wird die digitale Öffentlichkeit weiter transformieren – und zwar in beide Richtungen: Sie verschärft bestehende Probleme, eröffnet aber auch neue Handlungsoptionen. Die massenhafte Verbreitung KI-generierter Inhalte (vgl. VEO3, das neueste Text-zu-Video-Modell von Google) potenziert die bestehenden Herausforderungen. Die Unterscheidung zwischen wahr und falsch, menschlich oder maschinell erstellt, wird zunehmend schwieriger und belastet zusätzlich Vertrauen

und Orientierung. *Der Zustand individualisierter, segregierter Öffentlichkeiten wird durch KI weiter verstärkt.*

Zugleich wird durch diese Entwicklung der Druck auf Regulierungsinstanzen größer. In Zukunft sind keine menschlichen Creatoren mehr nötig für klickbaren Content.¹⁶ Big Tech haben mit dem Content auf ihren Plattformen und den Daten zum Nutzungsverhalten die besten Voraussetzungen für die passgenaue Generierung von KI-Inhalten. Wenn Inhalte nicht mehr von Menschen, sondern von Maschinen erzeugt und gezielt auf psychologische Profile hin ausgespielt werden, steigt die Dringlichkeit für Konzepte von Verantwortung, insbesondere eine strikte Verbreiterhaftung. *Plattformen, die personalisierte KI-generierte Inhalte verbreiten, müssen für deren Auswirkungen haften.*

Gleichzeitig entstehen neue Chancen für demokratische Gestaltung. Zwei Szenarien zeigen das Potenzial:

Szenario 1: Mit KI-generierten Inhalten überschreitet die Strategie „Flood the zone with shit“ ihren Kipppunkt und die algorithmisch gesteuerte Öffentlichkeit gerät an ihre Grenzen. Denn was bieten KI-generierte Inhalte tatsächlich in der Nutzungsgratifikation? Die ständige Unsicherheit, ob es sich grade um „echte“ oder „KI-generierte Inhalte“ handelt, besteht nur im digitalen Raum. Nutzerinnen wenden sich wieder bewusst vertrauenswürdigen Quellen zu. Die Bedeutung analoger Begegnungen, persönlicher Beziehungen und überprüfbarer Absenderinnen nimmt zu. Politikerinnen, die nahbar und präsent sind, gewinnen an Relevanz, sie werden als verlässliche Kuratorinnen von Informationen wahrgenommen.

Szenario 2: Bürgerinnen erhalten durch KI neue Werkzeuge zur Gestaltung ihrer eigenen Öffentlichkeit. Mithilfe individueller Prompts könnten Nutzerinnen sich ihren eigenen Nachrichtencocktail zusammenstellen: „Sortier mir, was Personen x, y und z sagen.“

¹⁶ vgl. hierzu die empfehlenswerte Dystopie „Views“ von Marc-Uwe-Kling (2024).

„Stell mir die wichtigsten Themen des Tages zusammen.“ Voraussetzung dafür ist eine gemeinwohlorientierte, demokratisch kontrollierte KI-Infrastruktur.¹⁷ Öffentlich-rechtliche Medien könnten hier eine zentrale Rolle übernehmen, indem sie solche Systeme bereitstellen und damit die Plattformabhängigkeit reduzieren. Wenn die Plus-1-Strategie sorgsam befolgt wird, ist es solchen vertrauenswürdigen KI-Anwendungen möglich, Content auf privaten Webseiten zu finden - nicht nur auf Plattformen.

Fazit: Demokratie braucht digitale Gestaltungskraft

Demokratische Öffentlichkeit entsteht nicht von allein und darf nicht Big Tech überlassen bleiben. Wenn wir akzeptieren, dass Öffentlichkeit heute primär auf privatwirtschaftlichen Plattformen stattfindet, müssen Demokratien diese Räume aktiv zurückerobern: mit klarer Regulierung, gemeinwohlorientierter Technologieentwicklung, vertrauensbildender Kommunikation und flächendeckender Medienbildung.

Die nächste Phase der Digitalisierung – mit generativer KI als treibender Kraft – erhöht die Notwendigkeit für demokratische Regulierung. Wenn es gelingt, vertrauenswürdige, gemeinwohlorientierte KI zu gestalten, könnte sie selbst Teil der Lösung werden. Mit seiner medienpolitischen Tradition und seinem wertebasierten Anspruch sollte Deutschland diesen Weg aktiv mitprägen.

Die sozialdemokratischen Prinzipien von Aufklärung, Teilhabe und Gerechtigkeit finden sich in einer progressiven Digitalpolitik wieder, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet. ■

¹⁷ vgl. Forschung am Lamarr-Institut sowie die staatlich geförderte, von Wissenschaftlerinnen entwickelte und komplett offene KI-Alternative aus der Schweiz: <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2025/07/ein-sprachmodell-im-dienste-der-gesellschaft.html>

Der Wirtschaftsliberalismus führt in die Katastrophe

Zur Aktualität Karl Polanyis „The Great Transformation“¹

von Arno Brandt



⇒ Dr. Arno Brandt, 1955, Ökonom, Vorsitzender des Forums für Politik und Kultur in Hannover, lebt in Lüneburg.

Foto: © privat

1. Einleitung

Karl Polanyis „The Great Transformation“ zählt zu den wichtigsten politisch-ökonomischen Schriften des 20. Jahrhunderts². In seinem kurz vor Ende des zweiten Weltkrieges 1944 veröffentlichten Hauptwerk untersuchte der ungarisch-österreichische Ökonom Karl Polanyi die Durchsetzung des Kapitalismus im 18. und 19. Jahrhundert, den Einfluss des Wirtschaftsliberalismus in jener Zeit und die Konsequenzen für das faschistische, kommunistische und demokratische Ringen um die Neuordnung der Gesellschaften Europas³. Obwohl das Buch vor 80 Jahren geschrieben wurde, ist es immer noch unverzichtbar, wenn es um das Verständnis der globalen Ökonomie, der transformativen Herausforderungen und deren gesellschaftlichen Folgen im 21. Jahrhundert geht⁴. In „The Great Transformation“ geht es Polanyi nicht zuletzt um die Frage, ob es eine Alternative zum kapitalistischen Marktsystem geben kann. Die Analysen dieses Buches sind hochaktuell für die politischen Auseinandersetzungen im Kontext neoliberaler

Wirtschaftspolitik, wie Joseph Stiglitz in seinem Vorwort zur amerikanischen Ausgabe betont⁵.

Im Folgenden sollen Polanyis Theorie der „Great Transformation“ in einer kurzen Skizze vorgestellt und seine Kerngedanken herausgearbeitet werden. Da sich Polanyi in diesem Buch als scharfer Kritiker des doktrinären Wirtschaftsliberalismus erweist, geht es mir schließlich darum, Parallelen zum Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte aufzuzeigen und den politisch-ökonomischen Entstehungszusammenhang des derzeit grassierenden Rechtspopulismus bzw. -extremismus in den Kontext seiner Theorie zu stellen. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach der Aktualität der polanyischen Analyse angesichts der Transformationsprozesse, mit denen wir heute konfrontiert sind.

2. Polanyis The Great Transformation

2.1 Worum geht es ?

Polanyi geht es in seinem Werk „The Great Transformation“ um die zentrale Frage, wie es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa zu den politisch-ökonomischen Katastrophen kommen konnte, die die Zerstörung von demokratischen Staaten durch den Faschismus und Stalinismus zum Ergebnis hatten. Eine angemessene Erklärung dieser Frage ist für ihn nur mit Blick auf die gesamte Ära des Kapitalismus möglich. Polanyi zeigt, dass in vormodernen Ökonomen die ökonomischen Beziehungen gesellschaftlich eingebettet und diese nicht durch Markt bzw. Tausch, sondern durch andere Allokationsmechanismen (Reziprozität und Redistribution⁶) gekennzeichnet waren.

1 Der vollständige Titel lautet in der deutschen Ausgabe: Polanyi, K.(1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M, in der englischen Ausgabe: Polanyi, K. (2024), The Great Transformation. The political and economic Origins of our time, London. Die Seitenangaben zu The Great Transformation erfolgen im Text in Klammern und beziehen sich auf die deutsche Ausgabe von 1978

2 Zur Biographie von Karl Polanyi siehe u.a. Block (2001) und ausführlicher Burawoy (2019), S, 45

3 Aulenbacher et al.(2019), S.11

4 Block, F. (2001)

5 Stiglitz, (2001), vii

6 Reziprozität bezeichnet einen Verteilungsmodus, bei dem der Austausch von Gütern und Dienstleistungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit (Gabe) auf der Basis symmetrischer Beziehungen innerhalb einer Gemeinschaft erfolgt. Redistribution bezeichnet einen Verteilungsmodus, bei dem der Austausch von Gütern und Dienstleistungen nach dem Prinzip der Zuteilung auf der Basis einer zentralen Verteilungsinstantz innerhalb einer Gemeinschaft erfolgt (Polanyi, (1976), S. 66 ff.).

Erst durch die gewaltsame Entbettung traditioneller Ökonomien aus ihren gesellschaftlichen Bindungen vollzog sich seit dem 16. Jahrhundert die allmähliche Durchsetzung des Kapitalismus in weiten Teilen Europas⁷. Seine Analyse der Ursprünge und der Entwicklung der zerstörerischen Verlaufsformen setzt an der Herausbildung des kapitalistischen Marktsystems in England und Schottland im 18. Jahrhundert und dem Bestreben des ideologischen Wirtschaftsliberalismus („des liberalen Kredos“) an, ein sich selbstregulierendes Wirtschaftssystem zu etablieren: „Wenn wir den deutschen Faschismus verstehen wollen, müssen wir uns dem England Ricardos zuwenden.“ (55) Vor diesem Hintergrund geht es Polanyi um den Nachweis, dass das kapitalistische Marktsystem weder „das einzige mögliche Wirtschaftssystem noch notwendigerweise das fortschrittlichste (ist), ferner das es Alternativen gibt, die sowohl die Wirtschaft und Gemeinschaft in Einklang bringen als auch wirtschaftliches Wachstum und individuelle Freiheit garantieren können“⁸

2.2 Marktgesellschaft

Ein selbstregulierender Markt erfordert nach Polanyi eine institutionelle Trennung von Markt und Gesellschaft. Die gesellschaftliche Sphäre ist dabei dem Markt untergeordnet. (106) In einer Marktgesellschaft fungiert die Gesellschaft als Anhängsel des Marktes. (88) „Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“ (88f.) Eine so verstandene Marktwirtschaft funktioniert nur in einer Marktgesellschaft. Letztere ist ein „ökonomisches System, das ausschließlich von Märkten kontrolliert, geregelt und gesteuert wird“ (102) Dieses System wird den selbstregulierenden Kräften überlassen und muss von staatlichen Eingriffen, vor allem in Hinblick auf den Preismechanismus,

verschont bleiben. (103) Der liberale Staat ist Garant dafür, dass die Trennung von Markt und Gesellschaft gewährleistet ist. Zugelassen sind nur solche staatlichen Maßnahmen, die die Selbstregulierung des Marktes absichern und unterstützen. (103) Allein, diese Marktgemeinschaft kann nicht funktionieren und muss auf Dauer zu einer gesellschaftlichen und ökonomischen Katastrophe führen.

2.3 Warenfiktion

Die Selbstregulierung des Marktes impliziert, dass nicht nur produzierte Güter, sondern alle Wirtschaftsgüter einschließlich Arbeit (Lohn), Boden (Rente) und Geld (Zins) als Waren fungieren (Warenfiktion). (103 ff.). Arbeit, Boden und Geld werden aber nicht produziert, um verkauft zu werden. Ihre Bezeichnung als Ware ist somit völlig fiktiv. (108) Arbeit, Boden und Geld bezeichnet Polanyi als fiktive Waren, weil sie nicht für den Markt hergestellt werden können, grundsätzlich nicht handelbar und damit auch keine „echten“ Waren sind, sondern ihnen eine Warenfunktion zugeschrieben wird⁹. Zu diesen fiktiven Waren könnte man auch andere nicht handelbare Güter wie Wissen hinzufügen, die für die Funktionsweise und Komplexität einer Volkswirtschaft unverzichtbar sind.¹⁰

Das mit der Warenfiktion verbundene Postulat, wonach keine Eingriffe zugelassen werden dürfen, die die Funktionsweise des Marktmechanismus beeinträchtigen, kann aber in Bezug auf die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld nicht aufrechterhalten werden. (108) „Wenn man den Marktmechanismus als ausschließlichen Lenker des Schicksals der Menschen und ihrer natürlichen Umwelt (...) zuließe, dann würde dies zur Zerstörung der Gesellschaft führen.“ (108)

⁷ Polanyi fokussiert in dieser Analyse auf England als der fortgeschrittenen Volkswirtschaft Europas im 18. und 19. Jahrhundert. Dabei war sich Polanyi durchaus bewusst, dass in anderen europäischen Ländern auch andersartige Formen der Anpassung an die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise möglich waren (Nutzinger, 2016, S. 92. In der historisch materialistischen Analyse der Herausbildung des Kapitalismus bestehen enge Parallelen zum 24. Kapitel „Die sogenannte ursprünglichen Akkumulation“ im 1. Bd. des Kapitals von Karl Marx, S. 741 ff.)

⁸ Drucker, P. (1981), S. 112

⁹ Polanyi spricht von der fiktiven Ware Arbeit, die von der Ware Arbeitskraft zu unterscheiden ist, vgl. Burawoy (2019b) S. 27 ff.. Die Bildung von Märkten für Arbeitskraft, Boden und Geld bedingen den entscheidenden Umschlag in eine Marktwirtschaft. (...) „Das Organisationsprinzip der Gesellschaft (...) wurde nach dieser (Waren)Fiktion verändert. Die Gesellschaft wurde so umorganisiert, dass sie zu einem Beiwerk der kapitalistischen Wirtschaft wurde. Das ist der entscheidende Umschlagspunkt: Entfremdung tritt ein, die Menschen verlieren die Kontrolle über das Geschehen ihrer Umwelt...“ (Blomert (2015), S. 114)

¹⁰ Jessop (2007)

Die Finanzmarkt-, Immobilien- und Klimakrisen der Vergangenheit und Gegenwart mit ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen sind eindrückliche Beispiele der destruktiven Wirkungen einer Vermarktlichung der oben angesprochenen fiktiven Waren Geld und Boden¹¹. Eine Gesellschaft, die nicht vor dem selbstregulierenden Mechanismus des Marktes geschützt wird, ist nicht überlebensfähig (108 f.) Ein selbstregulierender Markt kann „über längere Zeiträume nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten; sie hätte den Menschen physisch zerstört und seine Umwelt in eine Wildnis verwandelt.“ (19 f.)

2.4 Doppelbewegung

Vor diesem Hintergrund sind Gesellschaften unter den Bedingungen des Markoliberalismus zwangsläufig dazu herausgefordert, Maßnahmen zu ihrem eigenen Schutz zu ergreifen. Im 19. Jahrhundert wurde die gesellschaftliche Dynamik daher von einer Doppelbewegung (Pendelbewegung) bestimmt: „Der Markt erweiterte sich ständig, doch stieß diese Bewegung auf eine Gegenbewegung, die die Expansion in bestimmten Richtungen bremste.“ (182) Innerhalb des wirtschaftsliberalen Systems ziehen die infolge der Gegenbewegungen sich durchsetzenden Schutzmaßnahmen die selbstregulierende Funktion des Marktes in Mitleidenschaft. Die Maßnahmen, die zum eigenen Schutz ergriffen werden, „[...] beinträchtigen die selbstregulierenden Funktionen des Marktes, führen zu einer Desorganisation der industriellen Entwicklung und gefährden damit die Gesellschaft auch in anderer Weise.“ (20) In der Folge schlägt das Pendel zurück.

2.5 Die Katastrophe

Die Widersprüche zwischen den wirtschaftsliberalen Ansprüchen einer sich selbst regulierenden Markt und den Existenzbedingungen der nicht marktfähigen Faktoren lassen sich nicht auflösen und führen schließlich zum Niedergang der Marktgemeinschaft.¹² Das pola-

nische Pendel „zwischen dem Prinzip des sich selbst regulierenden Marktes und dem „sozialen Schutzbedürfnis der Gesellschaft kann dabei in zwei Richtungen ausschlagen: nach links und dem Endpunkt des demokratischen Sozialismus oder nach rechts zum Faschismus“¹³. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert mündete das Ende der wirtschaftsliberalen Ära vielerorts im Faschismus. „In vielen Ländern wurde der liberale Staat von einer totalitären Diktatur abgelöst und die zentrale Institution des 19. Jahrhunderts – die Produktion auf der Grundlage freier Märkte – wurde von neuen Wirtschaftsformen verdrängt.“ (51)

2.6 Die Perspektive – Der demokratische Sozialismus

Für Polanyi ist die Perspektive nach dem katastrophischen Ende des Wirtschaftsliberalismus nicht ein fatalistisches Vakuum: „Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Notlösungen den Keim großer und dauerhafter Einrichtungen in sich tragen.“ (352) Das Ende der Marktgemeinschaft bedeutet für ihn keineswegs, dass Märkte keine Rolle mehr spielen, aber ein Ende der fiktiven Waren hielt er für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft für unabdingbar¹⁴. (333) Die Aufhebung der Trennung von gesellschaftlicher und ökonomischer Sphäre bricht mit der Dominanz selbstregulierender Märkte und erfordert die Herausnahme der fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld aus dem Markt. „Das Marktsystem wird nicht mehr selbstregulierend sein, nicht einmal im Prinzip, da es Arbeit, Boden und Geld nicht mehr umfassen wird“. (332) Polanyi schlägt vor, die Regulierung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und der Mindestlöhne dem Markt zu entziehen¹⁵, ebenso den Boden durch Kommunalisierung, Genossenschaftsbildung (Kooperativen) und Naturschutzgebiete¹⁶. Zur Kontrolle des Geldes geht es ihm um die Einführung von Institutionen der Regulierung von Finanzmärkten (Zentralbanken, Banken-

¹³ Ther (2021), S. 18

¹⁴ Kalmbach (2011), S. 403

¹⁵ Burkart Lutz sieht in der Durchsetzung des Sozialstaates einen Wirksamen Mechanismus, um das Lohngesetz außer Kraft zu setzen (Lutz (1984), S. 196)

¹⁶ Die Einführung von Erbpacht wäre in diesem Zusammenhang eine mögliche Maßnahme der Einbettung von Boden.



© Arno Brandt mit ChatGPT

aufsicht und Abschaffung des zu seiner Zeit dominanten Goldstandards):¹⁷ „Ansätze zur Kontrolle des Geldes müssen so ausgeweitet werden, dass Geld dem Markt entzogen wird und dass gesamtwirtschaftlich eine Regulierung der Sparquote und eine Investitionslenkung erfolgen“¹⁸.

Von zentraler Bedeutung ist für Polanyi die Durchsetzung des Primats der Politik und damit die Inkraftsetzung der politischen Gestaltungsaufgabe, über die Zweckbestimmung und Ausrichtung von demokratiekonformen Märkten zu bestimmen¹⁹. Die zukünftige

¹⁷ Es entspricht durchaus der politischen Vorstellungswelt von Karl Polanyi, dass sich sozialistische Elemente auch unter der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise herausbilden. Die Abschaffung des Goldstandards kann in diesem Sinne interpretiert werden. Die Einführung einer Transaktionssteuer oder die Schließung von Steuer-paradiesen wären ebenfalls im Sinne von Polanyi. Unter diesem Aspekt zeigen sich auch Parallelen zu J.M. Keynes (Vergesellschaftung der Investitionsfunktion), Keynes (2011).

¹⁸ Ebenda, S. 103

¹⁹ Dieser Gestaltungsansatz ist vergleichbar mit dem strategischen Konzept von Erik Olin Wright zum Verhältnis von Demokratie und Markt im demokratischen Sozialismus: „Die Frage ist wie verschiedene Formen der Macht das Funktionieren dezentraler Formen des Austauschs innerhalb von Märkten prägen, nicht ob es Märkte gibt“ (Wright (2019), S.66). Statt einer markt-

Wirtschaftsform ist die der „industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet.“ (311) Karl Polanyi wendet sich nicht gegen die Allokationsfunktion von Märkten, aber für ihn sollte eine klare Unterordnung von Märkten unter gesellschaftliche Dispositive erfolgen. Mit der Einbettung von Märkten in gesellschaftliche Beziehungen ist dabei nicht weniger, sondern ein mehr an Freiheit verbunden: „Die persönliche Freiheit muss um jeden Preis bewahrt werden, auch um den Preis der Effizienz in der Produktion, der Wirtschaftlichkeit in der Konsumption oder der Zweckmäßigkeit der Verwaltung. Eine Industriegesellschaft kann es sich leisten, frei zu sein“. (339). Polanyi ist ein entschiedener Verfechter individueller Freiheit, aber der Wert der Freiheit steht für ihn in enger Beziehung zum Wert der sozialen Gerechtigkeit und kann sich nur in diesem Zweiklang voll entfalten²⁰.

3. Aktualität

Auch der Neoliberalismus, der ab den 1970er Jahren seinen vorläufigen Siegeszug antrat, hat mittlerweile wieder eine Pendelbewegung nach rechts ausgelöst. Fast überall kommt es in Europa und in den USA zu einem Anschwellen rechtspopulistischer und rechts-extremistischer Bewegungen. Das Phänomen einer erstarkenden politischen Rechten ist zwar nicht monokausal zu erklären, kulturelle, soziale und ökonomische Ursachen tragen zusammen zur Entstehung und zum Aufstieg dieser Bewegungen und Parteien bei²¹. Aber ebenso wie der Wirtschaftsliberalismus im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert durch seine ökonomischen und sozialen Verwüstungen dazu beigetragen hat die Katastrophe des Faschismus hervorzubringen, war der Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte ein Treiber der Renaissance der äußersten politischen Rechten, die

konformen Demokratie, geht es um einen demokratiekonformen Markt, eine Marktwirtschaft, die der Ausübung demokratischer Macht wirksam untergeordnet ist.

²⁰ Zum Freiheitsverständnis von Polanyi siehe Polanyi 2005; S. 137 ff.

²¹ Heitmeyer (2023), Reckwitz 2019, Bude (2014), Brandt (2005), Mau u.a. (2023), Brandt (2025)

nunmehr überall in Europa und in den USA das demokratische Leben bedroht. Die gewachsene und durch den Rückzug des Staates aus vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen (Privatisierungen, Liberalisierung, Abbau der Daseinsvorsorge, Investitionszurückhaltung bei der öffentlichen Infrastruktur) beflogelte Verunsicherung der Menschen und der damit verbundene Kontrollverlust über ihre Umwelt ist eine der zentralen Ursachen des aufkeimenden Rechtspopulismus und -extremismus²². Danach sind es insbesondere ökonomische Schocks, die Menschen ungeschützt treffen, starke soziale Verunsicherungen auslösen und dem Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus den Nährboden bereiten.

Vor allem sozial-ökologische Transformationsprozesse, die weitgehend dem Marktmechanismus überlassen werden,²³ können enorme gesellschaftliche Anpassungskosten verursachen, die sich auf außerordentlich zerstörerische Weise Geltung verschaffen²⁴. Ebenso gilt für digitale Transformationsprozesse, dass diese ohne gesellschaftliche Einbettungen ihre destruktiven Potenziale freisetzen²⁵. Für Tom Krebs sind solche Anpassungskosten der springende Punkt der polanyischen Analyse. „Die marktliberale Theorie wird zu einer marktradikalen Theorie, welche gesellschaftliche Prozesse einzig aus der marktwirtschaftlichen Perspektive analysiert und interpretiert“²⁶. Polanyis Theorie legt aber auch nahe, dass der Druck von marktradikalen Reformen zu einer demokratischen Gegenbewegung der Gesellschaft führen wird. Erst demokratisierende Eingriffe in die Wirtschaft ermöglichen den Schutz vor den erratischen Ausschlägen und den Verwüstungen der kapitalistischen Ökonomie und die Option einer nachhaltigen Ökonomie²⁷.

²² Diese Erklärung des Aufstiegs der radikalen Rechte in Europa und in den USA ist in den vergangenen Jahren vielfach von wirtschaftswissenschaftlichen Studien belegt worden, Rodrik (2019), Autor et al., (2016), Südekum (2022),

²³ Dafür plädieren wie z.B. Wambach (2022), Grimm et al. (2024) und Bayaz, Fücks (2023). Zur Theorie des Neoliberalismus siehe Biebricher (2021), Appelbaum (2020), Slobodian (2025)

²⁴ Stiglitz (2017)

²⁵ Urban (2019)

²⁶ Krebs (2024), S. 11

²⁷ Streeck (2024), S. 203 f.

4. Zusammenfassung

Polanyi hat in „The Great Transformation“ eine polit-ökonomische Kritik des doktrinären Wirtschaftsliberalismus entwickelt, die auch in der Gegenwart zur Analyse der zerstörerischen Wirkung unregulierter Märkte herangezogen werden kann. Insbesondere bei der Analyse des Entstehungszusammenhangs rechtspopulistischer bzw. rechtsextremistischer Bewegungen leistet Polanyis Theorie unverzichtbare Dienste und schafft aus einer historischen Perspektive Anknüpfungspunkte zum Verständnis aktueller Phänomene. Das polanyische Pendel, die Ent- und Einbettung von Märkten und die Rolle fiktiver Waren sind Kategorien der polit-ökonomischen Analyse, die ihre Aktualität insbesondere auch in der Auseinandersetzung über die richtigen Pfade der ökologischen Transformation bewahrt haben. Mit seinem Analysekonzept der fiktiven Waren bietet Polanyi darüber hinaus einen theoretischen Zugang auf die Güter, die im Rahmen einer reformistischen Strategie des demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert dem Markt weitgehend entzogen werden sollten. Aber auch die Allokation weiterer Gemeingüter, wie z.B. gesellschaftlich notwendige Infrastrukturen und Dienstleistungen, sollten in Zukunft demokratisch koordiniert werden²⁸. Diese notwendigen Eingriffe sind offensichtlich ein Feld für progressive Strukturreformen²⁹. ■

Literatur

Appelbaum, B. (2020): Die Stunde der Ökonomen: Falsche Propheten, freie Märkte und die Spaltung der Gesellschaft, Berlin

Aulenbacher B., Heimerls, V., Novy A. (2019): Die Grenzen einer Marktgemeinschaft. Oder wa-rum „Polanyi die Persönlichkeit unseres Jahrhunderts sein sollte“, in: Aulenbacher, B., Marter-bauer, M., Novy, A., Thurnher (Hrsg.) (2019): Karl Polanyi, Wiederentdeckung eines Jahrhunderten Denkers, Wien

Autor, D.H. et al (2016): The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to large Changes in Trade

Biebricher, Th. (2021): Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin

²⁸ Wright (2019), Kremer et al. (2024), Streeck (2019)

²⁹ Kremer et al. (2024)

- Blomert, R. (2016): Die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Marktutopie – Grenzen des Liberalismus, in: Held, M., Kubon-Gilke, G., Sturm, R. (Hrsg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 15, Politische Ökonomik großer Transformationen, Marburg, S. 107 - 134
- Block, F. (2001): Introduction, The Great Transformation, The political and economic Origins of our time, Boston, S. xviii - xxxviii)
- Brandt, A. (2025): Trumpismus. Die USA im Niedergang, in SPW Heft 2/2025, S. 29 - 34
- Brandt, A. (2025): Zivilgesellschaft in postdemokratischen Zeiten, S. 22 – 31 , in: Neues Archiv für Niedersachsen, H. 1/2015
- Bude, H. (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg
- Burawoy, M. (2019b): Fiktive Waren und drei Wellen der Vermarktlichung, in: Aulenbacher, B., Marterbauer, M., Novy, A., Thurnher (Hrsg.) (2019): Karl Polanyi, Wiederentdeckung eines Jahrhundertdenkers, Wien
- Drucker, P. (1981): Zaungast der Zeit – Ungewöhnliche Erinnerungen an das 20. Jahrhundert, Düsseldorf
- Fücks, R., Bayaz, D. (2023): Ökologie und Freiheit, in FAZ 28.05.2024
- Grimm, Kolev, Weidmann (2024): Interventionismus als Gefahr für die Demokratie?, in FAZ vom 03.03.2024
- Heitmeyer, W. (2023): Die Gründe des Aufstiegs der AfD (Interview); SZ vom 09.07.2023,
- Jessop, B. (2007): Knowledge as a fictitious commodity: insights and limits of a Polanyian perspective, in: Buğra, A., Agartan, K. (2007): Reading Karl Polanyi for the 21. Century. Market Economy as a political Project, New York, S. 115 - 133
- Kalmbach, P. (2011): Markt und Staat bei Keynes und Polanyi, in: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 23, Keynes 2.0. Perspektiven einer modernen keynsianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik (Herausgegeben von Harald Hagemann und Hagen Krämer), S. 391 - 404
- Keynes, J.M. (2011): Das Ende des Laissez faire, Berlin
- Krebs, T. (2023): Industriopolitische Zeitenwende. Ein europäischer Inflation Reduction Act, FES diskurs
- Kremer, U. et al. (2024): Work in Progress. Politisch-redaktioneller Orientierungsrahmen für die spw
- Lutz, B. (1984): Der Traum immerwährende Prosperität, Frankfurt a.M, New York
- Marx, K. (1972): Das Kapital, Bd.1, MEW Bd. 23
- Mau, St., Lux, Th., Westheuser, L. et al. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.
- Nutzinger, H.G. (2016), Great Transformation und die gewaltsame Geburt des Kapitalismus – Karl Polanyi und Karl Marx, in: Held, M., Kubon-Gilke, G., Sturm, R. (Hrsg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 15, Politische Ökonomik großer Transformationen, Marburg, 83 – 105.
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt.
- Polanyi, K. (2024): The Great Transformation. The political and economic Origins of our time, London
- Polanyi, K (2005) : Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze, 1920 – 1947, Bd. 3
- Polanyi, K., (1976): Reziprozität, Redistribution und Tausch, in Schicht, E. (1976): Einführung in die Verteilungstheorie, Reinbeck bei Hamburg, S. 66 -.72.
- Reckwitz, A. (2019): Für eine Kultur der emotionalen Abkühlung, in FAS vom 24.11.2019
- Rodrik, D. (2019): What's Driving Populism? In: Project Syndicate, July, 2019
- Slobodian, Q. (2025): Hayek's Bastards. The Neoliberal Roots of the Populist Right, London
- Streeck, W., (2021): Zwischen Globalisierung und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin
- Streeck, W. (2019): Vorwort zur deutschen Ausgabe von Foundational Economic Collective: Die Ökonomie des Alltagsleben, Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin
- Ther, Ph. (2021): Das andere Ende der Geschichte, Berlin
- Stiglitz, J. E. (2001): (Foreword), Polanyi: The Great Transformation, The political and economic Origins of our Time, Boston
- Stiglitz, J. (2017): The coming Great Transformation, in: Journal of Policy Modeling, 39 (2017), S. 625 -638
- Südekum, J. (2022): Proactive regional policy: What a new policy to avoid socio-economic disruptions could look like, Forum New Economy – Working Papers, nr. 6
- Urban (2019): Die zweite Große Transformation. Die marktgetriebene Digitalisierung der Arbeit befördert deren Freisetzung aus arbeits- und sozialrechtlichen Schutzregeln,in: Aulenbacher, B., Marterbauer, M., Novy, A., Thurnher, A. (Hrsg.) (2019): Karl Polanyi. Wiederentdeckung eines Jahrhundertdenkers, Wien.
- Wambach, A. (2022): Klima muss sich lohnen: Ökonomische Vernunft für ein gutes Gewissen, Freiburg
- Wright, E.O. (2019): Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert– Was es bedeutet demokratischer Sozialist zu sein, Hamburg

Früher Steine, heute Scheine?

Warum antifaschistische Wirtschaftspolitik sinnvoll ist

von Robin Busch



⇒ **Robin Busch** (22) lebt in Bonn und studiert dort VWL. Er ist seit 2024 im Landesvorstand der NRW Jusos.

Foto: © privat

Der Begriff der *antifaschistischen Wirtschaftspolitik* entstammt, wie so viele Diskursbegriffe dieser Tage, Twitter. Dort wurde er von der deutschen Ökonomin Isabella Weber kurz nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl im November 2024 platziert und dort erfuhr er das erste Mal größere Verbreitung. Damals passierte, wovor sich viele Beobachter*innen stets gefürchtet hatten, denn Donald Trump gelang mit seiner „America-first“-Rhetorik und seinen wirren Tiraden gegen Minderheiten und ausländische Regierungen ein eindeutiger Wahlsieg – inmitten einer anspruchsvollen wirtschaftspolitischen Situation.

Da auch Deutschland zur Zeit in der Krise steckt, wirtschaftlich sowie politisch, forderte Weber die antifaschistische Wirtschaftspolitik im Kontext der Bundestagswahl im Februar 2025 auch hierzulande. Kann uns dieses Konzept tatsächlich helfen, die aktuellen Herausforderungen für unsere Demokratie zu meistern?

Kann Wirtschaft antifaschistisch sein?

Seit der Industrialisierung haben sich zwischen (freier) Wirtschaft und staatlichen Akteuren in Westeuropa feste Rollenverteilungen etabliert, die zwar wiederholt durch Kriege und Krisen aufgelöst und neu verhandelt wurden, insgesamt aber eine gewisse Stringenz aufweisen. Insbesondere in der westdeutschen Nachkriegsordnung, die gemeinhin als „soziale

Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, schien die Bundesrepublik lange eine gute Linie zwischen der Entwicklung und Förderung der Industrie- und Exportwirtschaft auf der einen, und politischer Stabilität auf der anderen Seite gefunden zu haben. Die Wachstumsraten der ersten zwei Jahrzehnte seit der Staatsgründung 1949 waren relativ hoch, es herrschte Vollbeschäftigung und das Wohlstands niveau in Westdeutschland stieg kontinuierlich. In diesem Klima des „allgemeinen Aufschwungs“ entwickelte sich, mit SPD, Union und FDP, ein stabiles Parteien-system, das den politischen Raum weitgehend beherrschte und, bis zur Gründung der NPD 1964, den parteilich organisierten Faschismus aus den Parlamenten drängte. Und sobald die wirtschaftlichen Turbulenzen in der BRD wieder an Fahrt aufnahmen, waren Rechtsextreme wie die Republikaner zur Stelle, um politisch daraus Kapital zu schlagen. Mit den Erinnerungen an die politisch wie wirtschaftlich instabile Weimarer Republik im Hinterkopf arbeiteten Regierungen in ganz Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert daran, mit Mitteln der Wirtschaftspolitik auch politische Stabilität zu erreichen.

Als Faustregel gilt: Eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik sorgt für eine niedrige Arbeitslosigkeit und hält dabei die Inflation, also die Entwicklung der Preise, stabil. Beide Themen haben sowohl im US-Wahlkampf 2024 als auch vor der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung der Parteien gespielt.

Inflation als Wahlhelfer der Rechtsextremen

Während der Amtszeit von Joe Biden (2021–2025) stabilisierte die amerikanische Regierung die durch die Covid-19 Pandemie strauchelnde Wirtschaft mit schwindelerregenden Investitionspaketen. Die Inflation stieg währenddessen von 1,4 % im Januar 2021 auf zeitweise deut-

lich über 8 % während des Jahres 2022. Weber konnte in ihrer Forschung allerdings zeigen, dass ein großer Teil dieser deutlichen Inflation dadurch entstehen konnte, dass Unternehmen ihre Preise nach den ersten Schockwellen der Pandemie nicht mehr nach unten anpassten, sondern sich, in einer Art kollektiver Preisabsprache, bereichertem.

Donald Trump und seine Clique rückten die hohen Lebensmittelpreise und die angeblich verpfuschte Wirtschaftspolitik, neben Rassismus und Queerfeindlichkeit, in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Diese Strategie hatte Erfolg: Seinen Wahlsieg verdankte Trump vor allem jenen US-Bürgern, die keine Hochschulabschlüsse haben und deren Einkommen in den letzten Jahrzehnten relativ schlecht war. Insbesondere Menschen, die die wirtschaftliche Situation der USA als schlecht einschätzten, wählten vermehrt Trump.

Und auch bei uns scheint es einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Wahlentscheidungen zu geben: Schließlich waren es Arbeiter*innen und Arbeitslose, die bei der vergangenen Bundestagswahl besonders häufig AfD gewählt haben (38 % und 34 %). Also gerade die Bevölkerungsgruppen, die am empfindlichsten auf Inflation und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt reagieren. Dass laut Umfragen Wähler*innen rechtsextremer Parteien ihre eigene wirtschaftliche Situation deutlich öfter als „schlecht“ einschätzen, deutet ebenfalls auf einen Zusammenhang hin. Die Inflation, als Ausdruck wirtschaftlicher Unruhe, hat in den letzten Jahren den Rechtsruck wahrscheinlich beschleunigt und spielt auch für Weber eine große Rolle.

Inflation: Umverteilung von unten nach oben?

Nicht alle Menschen erleben die Inflation in gleicher Weise. In den Jahren nach Beginn des Ukraine-Kriegs wurden die Preise für Wohnen, Lebensmittel und Mobilität stärker erhöht als für andere Produkte. Und genau diese Güter (Wohnen, Lebensmittel und Mobilität) machen im Konsumverhalten von Arbeiter*innen und Arbeitslosen den größten

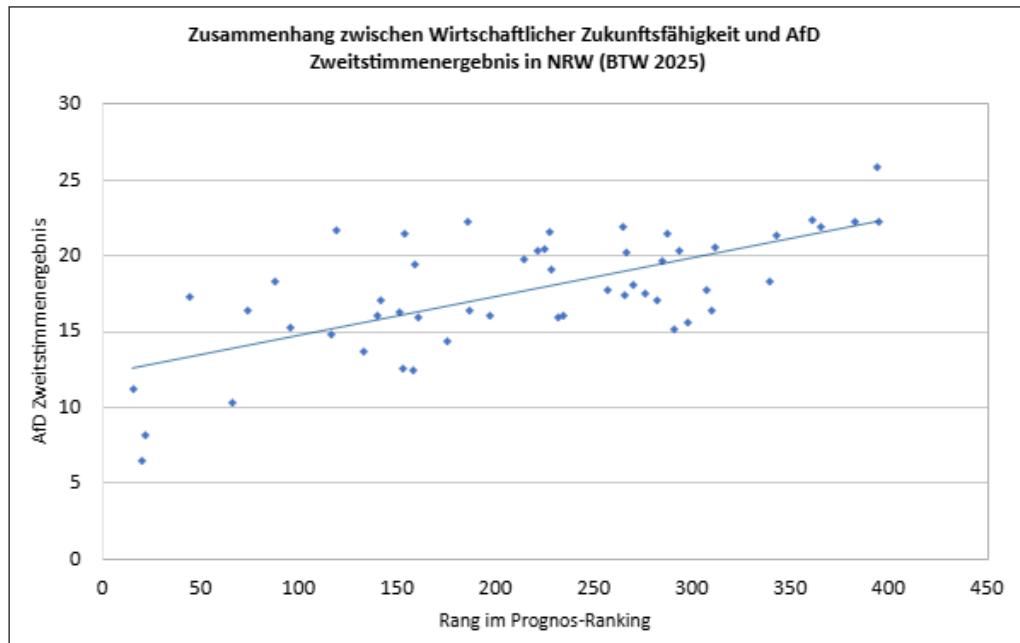
Teil ihrer Ausgaben aus. Arbeiter*innen und Arbeitslose, die einen höheren Teil ihres gesamten Einkommens für Lebensmittel, Miete und das tägliche Leben ausgeben müssen, haben so die stärksten Preiserhöhungen zu spüren bekommen.

Verstärkend wirkt sich aus, dass diese Gruppen ein anderes Spar- und Anlageverhalten aufweisen als andere. Ihre Sparquote ist geringer, sie profitieren daher seltener von Zinsen und Wachstum an den Finanzmärkten und können die Folgen der Inflation schlechter abmildern als Reiche. Wenn die Inflation steigt, verlieren weder Aktiendepots noch Immobilien an Wert. Und wenn doch, können Menschen mit hohem Einkommen mit ihrem Konsum auf günstigere Alternativen ausweichen. Große Teile der Bevölkerung verfügen 2025 allerdings weder in den USA noch in Deutschland über die finanziellen Möglichkeiten, die wirtschaftliche Belastung abzumildern. Dort, wo viele Haushalte „paycheck-to-paycheck“ leben, oder eben im berüchtigten deutschen Niedriglohnsektor arbeiten, schlägt die Härte der Inflation voll durch. Die große, gefühlte Differenz zwischen Einkommensschichten in der Wahrnehmung von Inflation ist also echt.

Wirtschaftskraft und Rechtsruck in NRW

Wenn wir einen Blick auf die politische Landkarte in Deutschland werfen, fallen einige Muster auf. Der Osten Deutschlands, wirtschaftlich abgeschlagen und seit jeher strukturschwach, bleibt weiterhin das Rückgrat der Rechtsextremen. Wie in einem Brennglas können wir jedoch auch im bevölkerungsreichsten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, sehen, was die Wahl 2025 von der Wahl 2021 unterscheidet: Dort hat der bedrohliche Anstieg in der Zustimmung der Wähler*innen zur AfD vor allem in Wahlkreisen stattgefunden, deren wirtschaftliche Entwicklung schlecht ist.

Das schweizerische Beratungsunternehmen Prognos hat 2022 alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte hinsichtlich Demografie, Arbeitsmarkt, Innovation und Wohlstand bewertet und ein Ranking erstellt. In der untenstehenden Grafik sehen wir den Zusam-



menhang zwischen schlechter wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit und AfD Zweitstimmenergebnis in den Kreisen und kreisfreien Städten NRWs, mit Ausnahme der Städteregion Aachen.

Medial besonders eng begleitet wurde der Anstieg der AfD-Zustimmungswerte im Ruhrgebiet, immerhin einer der multikulturellsten Ballungsräume der Republik, der nun scheinbar auch für rechtsextreme Meinungsmache anfällig geworden ist. Spannender ist es woanders, denn die Strukturschwäche des Ruhrgebiets ist weder unbekannt, noch neu. Einige Dutzend Kilometer südlich, in Südwestfalen und dem östlichen Bergischen Land gewann die AfD bedrohlich an Boden. Hier bestätigt sich der vermutete Zusammenhang von schlechten Zukunftsaussichten und rechtsextremen Wahlerefolgen. In diesen Wahlkreisen ist die Industrie tonangebend. Ein Großteil der Arbeitsplätze ist industriell und abhängig von Automobilproduktion und Bautätigkeit im Land. Beide Branchen liegen im Jahr drei der deutschen Rezession am Boden.

Man könnte also sagen: Wenn eine rassistische Grundstimmung in der Gesellschaft, wie

sie auch in NRW immer stärker wird, auf eine Bevölkerung im mutmaßlichen wirtschaftlichen Niedergang trifft, gerät die Demokratie unter Druck. In diesem Sinne ist die wirtschaftliche Lage (und hier vor allem die wirtschaftlichen Aussichten) keine notwendige, sondern eher eine hinreichende Bedingung für das Erstarken der Rechtsextremen.

Begriffskritik

Wenn nun feststeht, dass antifaschistische Wirtschaftspolitik ein drängendes Problem unserer politischen Gegenwart adressiert, muss noch geklärt werden, ob der Begriff dienlich für unseren wirtschaftspolitischen Diskurs ist.

Denn tatsächlich weist er zwei Schwachstellen auf:

Erstens unterstellt die Differenzierung zwischen einer Wirtschaftspolitik, die sich als „antifaschistisch“ bezeichnet, und einer anderen, dass mit einem neuen Namen auch neue wirtschafts- und sozialpolitische Inhalte verknüpft wären. Eine neue Wirtschaftspolitik muss doch schließlich auch mit neuen Ideen einhergehen, oder?

Aber nahezu alle wirtschaftspolitischen Aufgaben, die als „antifaschistisch“ zu fassen wären, sind schon lange Teil jedes sozialdemokratischen Wahlprogramms. Sei es die Steigerung von Löhnen, die Verkleinerung des Niedriglohnsektors, die Bereitstellung funktionierender Infrastruktur oder die Schaffung erschwinglichen Wohnraums. Eine antifaschistische Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist also lediglich eine sprachlich angepasste Version klassischer sozialdemokratischer Visionen.

Wer sich besonders kritisch mit dem Begriff auseinandersetzt, könnte sogar fragen, ob eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, die niedrige Inflation und Arbeitslosigkeit als Ziel verfolgt, nicht auch von einer faschistischen Regierung vertreten werden könnte.

Zweitens lenkt der Begriff die Verantwortung für den Rechtsruck im Land von individuellen Akteur*innen weg. Es verstiftet sich der vielbeschworene Eindruck einer Gesellschaft, die wie einem Naturgesetz folgend, immer dann nach rechts rücken muss, wenn der Staat nicht mit einer ausreichenden Wachstumsprognose dazwischen geht. Die komplexen Zusammenhänge von rechter Migrationspolitik, dem Übernehmen von rechten Themen und ihrer Rhetorik durch konservative Parteien und auch durch Teile der Sozialdemokratie in Europa geht bei dieser Betrachtung verloren.

Für die Verwendung des Begriffes spricht andererseits seine alarmierende Wirkung und sein eindeutiger, auffordernder Charakter. An der Schwelle einer Gesellschaft hin zur Öffnung nach rechts kann effektive Wirtschaftspolitik den Unterschied machen. Hätte Trump gewonnen, wenn die Inflation in den USA niedriger ausgefallen wäre? Würde die AfD bei der Bundestagswahl auf 20,8 % gekommen sein, wenn Deutschland sich nicht im dritten Jahr einer Rezession befände? Alleine schon die Frage danach, was gewesen wäre, lässt erahnen, dass antifaschistische Wirtschaftspolitik in einem Schlüsselmoment der Demokratie, wie wir ihn während der jetzigen Legislatur erleben, zeigen kann, worum es geht.

Was ist unsere antifaschistische Wirtschaftspolitik?

Egal zu welchem Schluss wir über die Sinnhaftigkeit des Begriffes der „antifaschistischen Wirtschaftspolitik“ kommen – ein politischer Auftrag für Sozialdemokrat*innen in Regierungsverantwortung ist er, unabhängig von seiner endgültigen Interpretation, allemal.

Antifaschistische Wirtschaftspolitik unter der gegenwärtigen schwarz-roten Koalition fängt bei spürbaren Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur an. Sie umfasst die industrielle Transformation in Chemie-, Pharma-, Stahl- und Metallindustrie genauso wie den Kampf um höhere Reallöhne im gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kontext. Die Bundesregierung hat mit den Sondervermögen endlich das Geld, um nachhaltig in den demokratischen Zusammenhalt in Deutschland zu investieren. Wenn es gelingt, die Länder und Kommunen mitzunehmen und perspektivisch endlich auch die Steuereinnahmeseite zu verbessern, dann kann die deutsche Wirtschaftspolitik eine Entlastung im immer heftiger tobenden Kampf um den demokratischen Konsens in unserem Land sein.

Perspektivisch muss die SPD allerdings auch an die Zeit nach Schwarz-Rot denken. In der sozialdemokratischen Sinnkrise zeigen uns die Übergewinne der Konzerne, die Steuergeschenke an Unternehmer und das Nach-unten-Treten in der Arbeitslosenunterstützung, woran wir arbeiten müssen, um wieder Wahlen zu gewinnen. ■

Nachruf auf Michel Aglietta

von Uwe Kremer und Kurt Hübner



⇒ Dr. Uwe Kremer, 1956, ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

Foto: © IAT



⇒ Prof. Dr. Kurt Hübner, 1953, Direktor des Instituts für Europastudien an der Universität von British Columbia in Vancouver/Kanada. Hübner ist Professor für europäische Integration und internationale Politische Ökonomie.

Foto: © privat

Vorbemerkung von Dr. Uwe Kremer, Mitherausgeber der spw.

Seitens der Redaktion bin ich gebeten worden, den von Kurt Hübner verfassten nachfolgenden Artikel zum Tode des marxistischen Ökonomen Michel Aglietta mit einigen Bemerkungen zu ergänzen, die die Wirkung des von ihm verfolgten theoretischen Ansatzes in der „Strömungsgeschichte“ der Jusos und marxistisch geprägter Sozialdemokrat*innen betreffen.

Zunächst sei frank und frei vorweggeschickt, dass es nur sehr wenige Personen in dem genannten Strömungskontext gegeben haben dürfte, die sich in den 80er Jahren mit dem – in deutscher Sprache erst spät und bruchstückhaft veröffentlichten – Werk von Aglietta befassten. Aber wie so häufig gibt es vermittelte Wirkungen, die Diskursmacht und Deutungsmuster breiterer Kreise bestimmen können, ohne dass den dadurch geprägten Akteur*innen die konzeptionellen Ausgangspunkte und Implikationen bekannt oder bewusst sind.

In ihren Ursprüngen (also den 70er- und 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts) waren die „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ und die mit ihr verbundene Strömung der Jusos stark beeinflusst durch die Theorie des sogenannten staatsmonopolistischen Kapitalismus. In ihrem paradigmatischen Zentrum stand – kurzgefasst – die Verbindung von Staat und Monopolunternehmen als Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus und seiner Regulationsweise.

Mitte der 80er- bis Anfang der 90er-Jahre kam es aber zu einer grundlegenden Verschiebung in den Mustern zur Deutung kapitalistischer Entwicklung – und zwar in dem Sinne, dass die Art und Weise des Produzierens und insbesondere auch der Konsumtion und der beide Seiten verbindenden sozialen Arrangements ins Zentrum rückte. Die Rede war nun immer weniger vom staatsmonopolistischen, sondern vom fordristischen Kapitalismus – eine Redeweise, die vermittelte über die in Kurt Hübners Artikel erwähnte französische Regulationsschule auch von Michel Aglietta beeinflusst war.

In gewisser Weise ähnlich gelagert, aber in seiner Wirkung – vermutlich auch aufgrund seiner Zugänglichkeit im deutschsprachigen Raum – expliziter, war übrigens das 1984 unter dem Titel „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ erschienene Buch von Burkhardt Lutz.

Die hinter diesem Wechsel des Deutungsrahmens liegende Motivation lag m. E. zum einen darin, die bisherige Rolle des Sozialstaats und der mit ihm in besonderem Maße verbundenen Sozialdemokratie in ihrer substantiellen Bedeutung für den zeitgenössischen Kapitalismus besser verstehen (und in gewisser Weise auch wertschätzen) zu können – insbesondere auch in der Verbindung von sozialer Kohäsion und Innovation.

Zum Zweiten aber war dieser Blick auf die Produktions- und Konsumtionsweisen verbindenden sozialen Arrangements auch besser geeignet, die Arrangements selbst wiederum radi-

kalkritisch etwa hinsichtlich ihrer Implikationen für die Geschlechterbeziehungen und die ökologischen Herausforderungen zu hinterfragen. Und – beides zusammengenommen – verbesserte zum Dritten wiederum die Möglichkeit, zu tragfähigeren Schlussfolgerungen für die Zukunft progressiv-emanzipatorischer Bewegungen und Arrangements zu gelangen.

Kurt Hübner: Michel Aglietta (1938 – 2025)

Von all den theoretischen Versuchen, die Häutungen des Kapitalismus zu ergründen, zählt Michel Aglietas Großwerk *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience* zu den wichtigsten und einflussreichsten, die im letzten Teil des 20. Jahrhunderts publiziert wurden. Erschienen im Original im Jahr 1976 wurde das Buch bereits 1979 von Verso auf Englisch veröffentlicht und dadurch einer breiten Leserschaft zugänglich gemacht. Es ist ein komplexes Werk, das damals neuere ökonomietheoretische Ideen und Konzepte mit einer Marx-inspirierten Analyse der Kapitalakkumulation in Verbindung brachte. Lange bevor Post-Keynesianer wie Paul Davidson durch eine Neulektüre von Keynes die zentrale Rolle von Geld in einer kapitalistischen Ökonomie herausarbeiteten, hat Aglietta versucht, Geld systematisch in seinen originär marxistischen Ansatz einzuarbeiten, und sich dabei nicht gescheut, Anregungen von Keynes aufzunehmen, aber auch darüber hinausgehend neuere finanztheoretische Erkenntnisse zum Kreditsystem zu überdenken. Keine kleine Sache, wenn man bedenkt, dass die vorherrschende ökonomische Theorie der Neoklassik – bis heute – ein geldloses Paradigma ist, das gerade einmal ‚Geld‘ als numeraire versteht, und dass die damals diskutierten marxistischen Analysen Geld und lange Zeit auch dem Finanzregime wenig systematische Beachtung schenkten. Mit seiner zusätzlichen Konzeptualisierung der Rolle gesellschaftlicher Institutionen wurde Neuland beschritten.

Die Frage damals wie heute ist, wie man die Häutungen kapitalistischer Regime erklären kann, und wie es kommt, dass die kapitalistische Dynamik, getrieben von der profit-hungrigen Suche nach Innovationen, nicht zu

einem Zustand der andauernden Instabilität, oder alternativ zu einer verfestigten technologiebedingten Monopolisierung führt. Aglietta erklärte die – zeitlich begrenzte – Kohäsion eines gegebenen Akkumulationsregimes mit speziellen institutionellen Arrangements, insbesondere mit der Rolle des sogenannten Lohnverhältnisses, das Konsumnachfrage wie soziale Integration der Lohnarbeit mit den Prozessen der Kapitalakkumulation und insbesondere dem finanziellen Regime verband. Akkumulationsregime sorgen für Phasen, bei denen Innovation und soziale Kohäsion simultan produziert und reproduziert werden. Es lohnt sich gerade auch heute seine Idee der gesellschaftlichen Mediation als strukturelles Selbstbegrenzungselement zu verstehen.

Hier eine zentrale Stelle:

„Um eine kohärente Produktivkraft zu gewährleisten, eine, die in der Lage ist, das ihr zur Verfügung stehende Arbeitspotenzial zu bewahren, muss der Kapitalismus durch einschränkende Strukturen gebremst werden. Solche Strukturen sind nicht das Ergebnis kapitalistischer Selbsteinsicht oder das spontane Ergebnis des Wettbewerbs, sondern gehen vielmehr von der Generierung gesellschaftlicher Institutionen hervor, die durch kollektive Werte legitimiert werden, aus denen Gesellschaften ihren Zusammenhalt schöpfen. Dieser Zusammenhalt ist das Produkt sozialer Interaktionen, die verschiedene Formen annehmen: Konflikte, von denen einige gewalttätig sein können, Debatten, die ihren Weg in die politische Arena finden, Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitern kollektive Stärke verleihen, und gesetzliche Bestimmungen, die soziale Rechte einführen und festigen. Innerhalb seiner eigenen Reihen entfesselt der Kapitalismus Konflikte, die seine eigene Entwicklung behindern. Aber es beschwört auch Kräfte, die sich seinem Wunsch nach Akkumulation widersetzen, Kräfte, die einen Weg finden, diese Opposition in die gesellschaftliche Mediation zu lenken. In einem historischen Kontext ist es diese Vermittlung, die den Begriff der Lohngesellschaft ausmacht. Dank dieser Vermittlung können Prozesse der Kapitalakkumulation auch die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessern. Technischer

Fortschritt kann in sozialen Fortschritt umgewandelt werden. Das ist natürlich nur eine Möglichkeit; alles hängt von der Schaffung von Vermittlungsmechanismen und ihrer Wirksamkeit als Mediatoren ab.“

Im Nachwort zu der Wiederauflage des Buches heißt es dann:

„Die Schaffung von Institutionen ist ein essentieller politischer Vorgang, und Politik ist niemals ein individuelles Unterfangen. Staatsinterventionen, industrielle Konflikte und auch durch Gesetzgebung formalisierte Kompromisse müssen in Rechnung gestellt werden, um Veränderungen von Institutionen zu verstehen und die hierarchischen Strukturen dieser Beziehungen zu beschreiben. Die Regulationsweise steuert die Spannung zwischen der expansiven Kraft des Kapitals und dem demokratischen Prinzip. Dieses Prinzip ist die Quelle des Vermittlungsmechanismus, das wiederum reguläre makroökonomische Muster generiert, die es erlauben, dass Kapitalakkumulation mit gesellschaftlicher Kohäsion vereinbar ist.“ (Übersetzungen k.h.).

Impulsgeber für die Regulationstheorie

Dieses Konzept wurde schnell von anderen französischen Forschern aufgenommen, insbesondere von Robert Boyer und dessen Kollegen, und dann als ‚École de la Régulation‘ weit über die französischen Grenzen hinaus bekannt. Anders als Aglietta hat diese Schule allerdings den marxistischen Rahmen nie weiter verfolgt. Die vielen Fordismus- und Post-Fordismus-Studien wendeten sich, soweit sie ökonomisch fundiert waren, eher keynesianischen Analyserahmen zu. Oder sie wurden, wie etwa die nach wie vor lesenswerte Analyse von Joachim Hirsch und Roland Roth, in post-marxistischen Kleidern präsentiert. Das Konzept sozialer Institutionen und normativer Konventionen, inklusive dem Verständnis von Geld als sozialer Institution, ist Dank Aglietta ein wichtiger Bestandteil späterer Analysen geworden und hat zum Verständnis kapitalistischer Akkumulationsregime enorm beigetragen.

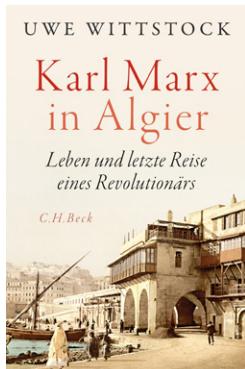
Aglietta hat in den 1980er- und 1990er-Jahren eine intensive Theoriedebatte angestoßen, seine weiteren Arbeiten dann auf die Bereiche Geld und Währung konzentriert. Diese Arbeiten wurden freilich weniger stark rezipiert, vielleicht auch, weil sie oft eine eher soziologische und fundamental post-marxistische Ausrichtung hatten, und dieses Feld von Politökonomen eher gemieden wurde. Oder aber einfach deshalb, weil Aglietta gerade seine Arbeiten zu Geld und Schulden (*Money: 5000 Years of Debt and Power*, Verso 2018) immer auch mit einem Generalangriff auf das vorherrschende ökonomische Paradigma verband, und Modell-orientierte Ökonomen an Arbeiten, die Geld als soziale Institution und Regler kapitalistischer Reproduktion verstehen, kein Interesse hatten.

Heute ist keine Rede von einer radikal-theoretischen marxistischen Debatte im Geiste von Aglietta, und die Arbeiten der ‚École de la Régulation‘ sind in einen breiteren Theoriestrom eingegangen, der wesentlich von den Arbeiten von Peter A. Hall und David Soskice getragen wurde. Das dort fortgeschriebene Konzept einer Varietät nationaler Kapitalismen atmet zwar den Ursprungsgeist von Aglietta, hat dann allerdings eine andere Richtung genommen, die mehr formale Institutionen und weniger die normativen Konventionen oder gar die sozialen Basisinstitutionen wie etwa Geld in Augenschein nahmen.

Michel Aglietta war ein unabhängiger Denker, der von der Wichtigkeit seiner Arbeiten auch dann überzeugt war, wenn sie nicht breit diskutiert wurden. Ich erinnere die erste große internationale Konferenz zur Regulationstheorie in Barcelona, wesentlich organisiert von Robert Boyer. Ich war zusammen mit Aglietta und Robert Goodman auf einem Panel zum US-Dollar als internationale Währung. Wir hatten zusammen 90 Minuten, um unsere Gedanken vorzutragen. Aglietta beanspruchte 75 Minuten, und Goodman und ich hatten uns die restlichen 15 Minuten zu teilen. Sendungsbewusstsein wie das vieler französischen Intellektuellen zu der Zeit war ihm nicht fremd. Er ist im April 2025 verstorben.

Rezension: Karl Marx in Algier

von Leon Billerbeck



© C.H. Beck

Karl Marx in Algier. Leben und letzte Reise eines Revolutionärs.

Uwe Wittstock.

C.H. Beck Verlag,

München 2025.

249 Seiten mit 17 Abbildungen, 26€

Das facettenreiche Leben des Karl Marx

Über (fast) alle Facetten des Lebens und politischen sowie wissenschaftlichen Wirkens von Karl Marx wurden bereits Bücher verfasst, Artikel geschrieben und Briefe im Original durchgewühlt. In regelmäßigen Abständen eignet sich der deutsche Philosoph und Ökonom immer wieder für einen reißerischen Aufmacher in Tages- und Wochenzeitungen, sobald sich mal wieder das periodische Wesen des Kapitalismus zeigt.¹ In Büchern sind zahlreiche Autoren mittlerweile davon abgekommen, sich die ökonomischen Theorien von Marx anzuschauen und stattdessen dazu übergegangen, Briefwechsel und persönliche Beziehungen zu seinem Umfeld zu beleuchten.²

Uwe Wittstock hat nun sein Werk „Karl Marx beim Barbier“ aus dem Jahre 2017 wieder aufgelegt und mit einem neuen Titel versehen.

Der Titel des Originals bleibt jedoch auch in der aktuellen Fassung Programm. Der Autor erörtert insbesondere an der äußerlichen Transformation von Marx auf seiner letzten Reise die Grundfrage des Buches,bettet diese allerdings in den größeren Kontext des Algerien-Aufenthalts ein. Hierzu zieht er neue, bislang noch nicht veröffentlichte Schriftwechsel zurate und analysiert die letzten Wochen von Karl Marx in der damaligen Kolonialhauptstadt. Somit schafft der Autor einen besonderen Fokus auf eine Reise, die durch vorherige Autorinnen und Autoren noch wenig besprochen worden ist und doch in Wittstocks Sicht viel über den alternden Revolutionär aussagt. All das schafft der Autor, ohne den Fokus zu verlieren auf das, was bereits in der ersten Ausgabe im Fokus stand: die Rasur der „Löwenmähne“ und die damit verbundene Frage, was am Ende von Marx bleibt.

Multiperspektivität als Hingucker

Wittstocks Aufmacher des Buches ist Marx‘ Überfahrt von Marseille nach Algier. Das Buch beginnt auf einem alten Dampfer namens „Said“, der im Jahr 1882 auf den afrikanischen Kontinent übersetzt. Mit an Bord der staatenlose Marx, der seit Jahren an einer Rippenfellentzündung und chronischen Bronchitis leidet und das kalte und regnerische Winterwetter in London durch den milden und zumeist sonnigen algerischen Winter zu tauschen versucht. Seine Frau Jenny ist vor kurzer Zeit gestorben, was seiner Genesung sicherlich nicht zuträglich ist, und somit muss er seine erste Reise abseits des europäischen Kontinents allein antreten. Vor Ort, bei seiner Ankunft in Algier, trifft er auf einen alten Bekannten. Als Freund seiner beiden Schwiegersöhne Paul Lafargue und Charles Longuet vermittelt der ehemalige Commune-Kämpfer und heutige Richter Albert Fermé Marx eine Unterkunft und kümmert sich um alles rund um seinen Aufenthalt. Sehr zur Trauer von Marx ist sein Gesundheitszustand allerdings denkbar schlecht und der vermeintlich milde Winter in Algier scheint nicht das zu halten, was er verspricht, sodass es ihm selten erlaubt sein wird, die Unterkunft zu verlassen.

1 Beispielsweise: Schulz, Thomas; Beyer, Susanne; Book, Simon; „Hatte Marx doch Recht?“ Spiegel, 2023, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/gruener-kapitalismus-die-chance-auf-eine-nachhaltigere-wirtschaftsordnung-a-00f49cb5-6509-456f-94ad-f420fab94200>

2 Zum Beispiel: Gietinger, Klaus. Karl Marx, die Liebe und das Kapital. Westend Verlag, 2018.

Diese Perspektive, mit der Wittstock das Buch beginnt, zieht sich durch die gesamte Lektüre und bildet einen anschaulichen Gegensatz zu den eher neutral und nüchtern geschriebenen Kapiteln, in denen das Leben und das theoretische Wirken von Marx beleuchtet werden. Der Autor schafft einen spannenden Lesefluss im Sinne einer Erzählung und verknüpft die Tage, aber auch die gesundheitliche Leidengeschichte von Marx mit seinem vorherigen Leben und den theoretischen Stationen, die er in seinen diversen Etappen durchlebt hat: die Transformation vom Hegelianer in Berlin über das journalistische Wirken in Köln, Brüssel, Paris und letzten Endes London bis hin zur Marx-schen Hinwendung zur Wissenschaft und der Arbeit an seinem großen Werk „Das Kapital“, welches er nie vollenden sollte. Auf all diese Stationen wird sowohl in biografischer Hinsicht als auch aus theoretischer Perspektive ein Augenmerk gelegt.

Ein unliebsamer Revolutionär

Die Darstellung von Marx ist hierbei genau das Gegenteil der teilweise dogmatischen Globalisierung, wie wir sie aus den Staaten des real existierenden Sozialismus kennen. Die Zustände der Familie Marx werden als erschütternd dargestellt. Das gesamte Leben von Jenny und Karl Marx ist geprägt von Armut. Sowohl Jenny von Westphalen als auch Karl Marx selbst stammen aus guten Verhältnissen. Doch die schiere Unfähigkeit zur persönlichen Haushaltsführung sorgte dafür, dass selbst größere Summen wie beispielsweise das Erbe ihrer Eltern in kurzer Zeit spurlos verschwanden. Somit entwickelte sich besonders in der sesshafteren Zeit in London, nachdem Marx unterschiedliche Länder aufgrund von Haftbefehlen fluchtartig verlassen musste, eine Art Stammkundenbeziehung zwischen dem Pfandleihhaus und der Familie Marx. Erst durch den beruflichen Aufstieg von Friedrich Engels in der Textilfabrik seines Vaters in Manchester und der damit zusammenhängenden Möglichkeit einer festen, jährlichen Unterstützung für die Familie Marx lockerten sich die Verhältnisse ein wenig.

Neben der unvorteilhaften, wenn auch sicherlich realitätstreuen Darstellung von Marx

als schlechtem Haushälter wird auch ein Augenmerk auf die persönliche Sturheit und den unmittelbaren Willen zur Macht des jungen und mittelalten Marx gelegt. Die Bereitschaft sich einzuordnen und anderen Personen – selbst Friedrich Engels, seinem engsten Freund und Begleiter – das intellektuelle Rampenlicht zu überlassen, fiel Marx schwer. An Widersachern, aber auch an Mitstreitern für die gemeinsame Sache, die anderer theoretischer Auffassung waren (wie Ferdinand Lasalle oder Wilhelm Liebknecht), ließ Marx kein gutes Haar. Somit ist es auch wenig verwunderlich, dass bereits die junge Arbeiterbewegung in Deutschland unter der Kritik des alternden Revolutionärs schwer zu leiden hatte, schlossen sich die jungen Vorfürer der SPD doch zusammen, ohne die dogmatische Revolutionstheorie von Marx als programmatische Basis zu übernehmen.

Seine theoretischen Errungenschaften

Neben der persönlichen Beschreibung von Marx beschäftigt sich Wittstock in einem dritten Erzählstrang lange mit den theoretischen Arbeiten des Exil-Londoners. Finanziert durch Engels und unterstützt durch seine Frau arbeitet Marx lange und ausgiebig an den unterschiedlichen Theorien. Die Grundzüge seines Gedankenkonstrukts legt er bereits in den *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*³ im Jahre 1858 vor. Aus diesem Werk und den darin festgehaltenen Gedanken soll später einmal „Das Kapital“ entstehen. Wie wir heute wissen wird er seine ursprünglich geplanten vier Bände jedoch niemals beenden.

Wittstock beschreibt Marx als jemanden, der gern und lange arbeitet. Allerdings auch als jemanden, der an seinem eigenen Perfektionismus scheitert und zahlreiche Texte, die er beginnt, nicht zu Ende bringt. Nicht ohne Grund veröffentlicht Friedrich Engels die weiteren Bände des „Kapitals“ erst nach Marx‘ Tod. Der Autor beschreibt diesen Punkt sehr ausführlich und Karl Marx zudem als jemanden, der durch sein politisches Engagement und zahlreiche

³ Marx, Karl. „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf): 1857-1858; Anh. 1850-1859.“ (1974).

„Nebenschauplätze“ am Ende hinter den eigenen Erwartungen zurückzubleiben scheint.

Sehr deutlich werden die unterschiedlichen Stufen der geistigen Entwicklung und die jeweiligen Prägungen herausgearbeitet. Die Entwicklung vom Junghegelianer zum liberalen Demokraten und schließlich zum demokratischen Sozialisten, der seine Theorien entwirft, allerdings nicht dogmatisch an ihnen festhält. Besonders zum Ende seines Lebens nicht mehr: Nachdem sich der Kapitalismus bereits mehrfach „gehäutet“ und existentielle Krisen überstanden hatte, wandelte sich die Sichtweise von Marx doch erheblich. Nicht mehr hinter jeder Krise vermutet er das Ende des Systems; nicht mehr England, sondern Russland und das russische Agrarsystem sieht er als prädestiniert für eine Revolution. Alles in allem zeigt sich darin, dass Marx im Gegensatz zu dem, was ihm heute von vielen Kritiker*innen vorgeworfen wird, kein dogmatischer Denker war, sondern dass genau diese Denkweise von denjenigen, die ihn für ihre Zwecke missbraucht haben, aufoktroyiert worden ist.

Fazit

Das Buch hat seine Stärken insbesondere in der kurzweiligen Aufarbeitung von Marx' Leben und der Verknüpfung unterschiedlicher Epochen mit der letzten Reise nach Algier. Der Autor schafft es, drei unterschiedliche Ebenen miteinander zu verbinden: Zum einen das generelle Leben des Karl Marx, zum anderen seine letzte Reise kurz vor seinem Tod, und zuletzt auch das theoretische Wirken. Aus diesen drei separaten Erzählsträngen bastelt Wittstock ein wirklich lesenswertes Werk, welches die doch in Teilen eher trockene Materie aufarbeitet und Lust macht, mehr über Marx zu erfahren.

Im letztgenannten Bereich hat das Buch allerdings auch seine großen Schwächen. Der Autor schafft es zwar, chronologisch nachzuzeichnen, welche Erkenntnisse in welchen Lebensphasen entstanden und durch welche äußeren Umstände – sowohl in Marx' Leben als auch durch die politischen Geschehnisse der jeweiligen Zeit – diese geprägt worden waren.

Es gelingt ihm jedoch nicht, die Würdigung der Errungenschaften der Marxschen Forschung für die moderne Sozial- und Wirtschaftswissenschaft hervorzuheben. Wittstock ordnet Marx im wissenschaftshistorischen Zeitstrahl als einen von vielen ein, dessen wirtschaftswissenschaftliche Theorien womöglich schon zu Lebzeiten bereits überholt waren. Er beschreibt Marx als jemanden, der nicht damit zuretkam, dass sein Lebenswerk „Das Kapital“ womöglich nicht auf der Höhe der Zeit sein würde und der sich aus diesem Grund (und wegen seines schlechten gesundheitlichen Zustandes) davor drückte, auf seiner letzten Reise noch einmal die Korrekturfahnen des „Kapitals“ zu bearbeiten. Wittstocks Beurteilung nach war Marx immer eher actionsorientiert und revolutionär angetrieben, mit einem überschaubaren Beitrag zur Wissenschaft. Marx war in seinen Augen eher Politiker, als dass er Forscher war. Eine Interpretation, die sicherlich berechtigt, wenn auch streitbar ist.

Außen vor bleibt allerdings die Würdigung der enormen Bedeutung, die Marx für die Entstehung der Sozialwissenschaften hatte. Die Unterteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen dient als Grundlage der sozialwissenschaftlichen Habitustheorie und damit bis heute als Basis sozialwissenschaftlicher Gesellschaftsforschung. Auch war Marx der erste Wirtschaftswissenschaftler seiner Zeit, der sich mit den inneren Widersprüchen und Funktionsweisen des damals gerade in neuer Form entstehenden Kapitalismus befasste. All diese theoretischen Modelle können in Teilen heute noch zur Anwendung gebracht werden. Sie prägten damals die Arbeiterbewegungen und prägen bis heute gewerkschaftliche Arbeit massiv.

Die Frage, welcher der Autor auf der letzten Reise nachgeht – was bleibt für die Nachwelt von Karl Marx – ist also nicht einfach zu beantworten. Nicht umsonst ist Marx zyklisch immer mal wieder in aller Munde und sowohl von Anhängern als auch Widersachern heute noch oft zitiert. Seine Theorien prägen sozialdemokratisches und sozialistisches Denken bis in die Gegenwart – auch wenn sie vielfach missinterpretiert und missbraucht worden sind. ■

Biografisches zu Spaltungslinien in der Sozialdemokratie vor und nach dem Ersten Weltkrieg

von Thilo Scholle

Holger Czitrich-Stahl

**Der Oppositionelle. Georg Ledebour
1850 – 1947: Linksliberaler, Sozialdemokrat,
Linkssozialist**

Metropol Verlag, Berlin 2024

484 Seiten, 29 €

Hartfrid Krause

Ernst Däumig (1866 – 1922).

Vom Fremdenlegionär zum

KPD-Vorsitzenden

Sein Leben – Seine Reden – Seine Artikel

GRIN Publishing, München 2023

673 Seiten, 55,95 €

Uli Schöler

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

Der Beitrag des „Revisionisten“

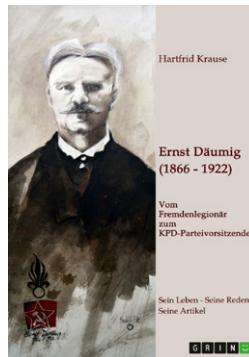
Eduard David

*In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft,
Heft 7/8 2024, S. 595ff. (Teil 1); Heft 9 2024,
S. 691ff. (Teil 2), Heft 10 2024, S. 791ff. (Teil 3)*
Berlin 2024

Einzelheft 14 €

Die Diskussionen um den Ersten Weltkrieg werden in sämtlichen Darstellungen zur Geschichte der Sozialdemokratie als einschneidender Moment beschrieben. Zugleich ist auch klar, dass weder simple Trennungslinien zwischen Befürworter*innen der Burgfriedenspolitik und ihren Gegner*innen noch Diskussionen um den Grad der Ausrichtung der eigenen Politik am sowjetischen Vorbild ausreichen, um diese Linien adäquat zu beschreiben. Die folgenden drei Biografien zeigen dies in unterschiedlichen Nuancierungen.

Hartfrid Krause gehört seit den 1970er Jahren zu den profiliertesten Forschern zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Mit dem vorliegenden Band über Ernst Däumig (1866–1922) wendet er sich einer der biogra-



© GRIN Publishing

fisch schillernden Persönlichkeiten aus diesem Parteikontext zu. Nach seinem Militärdienst in Deutschland diente Däumig für mehrere Jahre in der französischen Fremdenlegion, bevor er ab 1901 als Journalist in der sozialdemokratischen Presse aktiv wurde.

Als Gegner der Burgfriedenspolitik während des Krieges aus der Redaktion des Vorwärts entfernt, blieb er mit einem eigenen Mitteilungsblatt auf Seiten der innerparteilichen Linken präsent. In den ersten Monaten nach der Novemberrevolution 1918 gehörte Däumig zu den entschiedensten Befürwortern der Einführung eines Rätesystems, und innerhalb der USPD auch zu den harten Kritikern der aus dem alten sozialdemokratischen Zentrum stammenden Parteiführer – was Hugo Haase dazu brachte, einen Co-Vorsitz der neuen Partei neben Ledebour abzulehnen. Nach Haases Ermordung im Herbst 1919 dann einer der Parteivorsitzenden, befürwortete Däumig den Zusammenschluss mit der KPD und avancierte nach der Vereinigung 1920 neben Paul Levi zum Co-Vorsitzenden. Aus Kritik an den putschistischen „Märzaktionen“ der KPD trat er 1921 aus der Partei aus und folgte Levi in die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft. Der vorliegende Band enthält nach einer sehr dichten biografischen Einordnung im Schwerpunkt die im Untertitel genannten Reden und Artikel. Die Auswahl folgt chronologisch den Lebensstationen Däumigs, und ist auf eine umfassende Dokumentation des Gesagten und Geschriebenen angelegt. Interessant sind hier auch die frühen Texte, in denen Däumig – teils noch nicht als Sozialdemokrat – seine Erlebnisse in der Fremdenlegion beschreibt. Es folgen Auseinandersetzungen mit der Burgfriedenspolitik der SPD und den Folgen des

Weltkriegs. Die Jahre 1919 und 1920 bilden sodann den überdeutlichen Schwerpunkt der Texte. Zentral für Däumig war dabei die Entfaltung eines eigenen Modells eines Rätesystems – in Hartfrid Krauses sehr nachvollziehbarer Einordnung aber in einer eher mechanischen Ausprägung. Als Kämpfer für sein Rätesystem zeigte Däumig zudem keinerlei Kompromissbereitschaft für andere Vorschläge, weder den Ansätzen der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber, noch den auch in der USPD vertretenen Vorschlägen einer Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Rätesystem. Zu seinen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD und den Entwicklungen, die zu seinem Übertritt in die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft führten, finden sich kaum Texte – vermutlich eine Folge der in dieser Zeit bereits stark angeschlagenen Gesundheit Däumigs, der im Juli 1922 in Berlin starb.



© Metropol

Journalist, und berichtete für liberale Zeitungen u. a. aus England. Organisationspolitisch engagierte er sich bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und in der liberalen Demokratischen Partei. Nachdem die Arbeiterfrage immer stärker in den Mittelpunkt von Ledebours Denken geraten war, fand er sich im liberalen Lager zunehmend isoliert und ohne Stelle wieder. Im Jahr 1891 folgte der Wechsel zur Sozialdemokratie, wo er sich insbesondere in der innerparteilichen Bildungsarbeit und bald auch als Redakteur beim Vorwärts betätigte. Ab 1900 Mitglied des Reichstags, zählte er zu den Gegnern der Burgfriedenspolitik und bald zu einer der prominenten Persön-

lichkeiten der Opposition. Nach der Revolution 1918 gehörte er als Mitglied der USPD dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins an, den persönlichen Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten lehnte er ab. Während der Januarkämpfe in Berlin 1919 rief er mit zum Kampf auf, ein später gegen ihn geführter Prozess endete allerdings mit einem Freispruch. Anders als etwa Ernst Däumig gehörte Ledebour innerhalb der USPD zwar zu den Befürwortern einer Räterepublik, lehnte die Vereinigung mit der KPD aber ab. Eine Rückkehr in die Vereinigte Sozialdemokratie 1922 kam für ihn ebenso wenig infrage, sodass er auch nach der Vereinigung die USPD weiterführte, ohne allerdings nennenswerten Erfolg damit zu erzielen. Nachdem es auch innerhalb der verbliebenen USPD zu Auseinandersetzungen gekommen war, verließ er die Partei und gründete den „Sozialistischen Bund“, mit dem er 1931 der neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) beitrat. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten ins Exil gezwungen, verbrachte er seine letzten Lebensjahre in eher prekären Verhältnissen in der Schweiz. Holger Czitrich-Stahl liefert mit dem vorliegenden Band eine gut geschriebene und respektvolle Einordnung von Leben und Wirken Ledebours. Interessant ist dabei auch die Darstellung von Ledebours parlamentarischer Arbeit bis zum Ausbruch des Weltkriegs, etwa hinsichtlich der Debatten um die deutsche Kolonialpolitik. Hier teilte Ledebour nach Ansicht des Autors zwar auch eurozentrische Positionen mit Blick auf den Stand der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung, sprach sich aber anders als ein Teil der zeitgenössischen Sozialdemokratie zugleich klar gegen die Kolonialpolitik und für die Selbstbestimmung der kolonialisierten Gebiete und für ein allgemeines Recht auf Gleichbehandlung aus. Mit Blick auf die historische Persönlichkeit Ledebours macht Czitrich-Stahl einen in persönlich-politischen Streitigkeiten sehr harten und kompromisslosen Zug Ledebours aus, der letztlich auch zu seiner zunehmenden Isolierung und Bedeutungslosigkeit selbst innerhalb des linken Lagers beitrug.

Zu den tatsächlich unterbelichteten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie während des

Ersten Weltkriegs und der Spaltung der Partei gehört Eduard David (1863–1930). Geboren in eine bildungsbürgerliche Familie, begann David sich nach seinem Studium für die Sozialdemokratie zu interessieren, und verließ seinen Lehrerberuf zugunsten seines Aktivismus für die Partei. Er war seit 1903 Mitglied des Reichstags und gehörte bereits zuvor in den innerparteilichen Debatten zu den Wortführern des revisionistischen Flügels. Nach Kriegsausbruch 1914 stand David entschieden auf Seiten der Befürworter der Burgfriedenspolitik. Dabei gehörte er zu den kompromisslosesten Kritikern der innerparteilichen Linken, und wurde so zu einem der zentralen Protagonisten auf rechter Seite während der Parteispaltung. Nach dem Krieg Staatssekretär in der neuen Regierung, präsidierte er wenige Tage in der Weimarer Nationalversammlung, und wurde kurzzeitig Minister in der neuen Reichsregierung. Im weiteren Verlauf der Weimarer Republik verlor er bald an realem politischen Einfluss, behielt aber sein Reichstagsmandat. Biografisch wurde das Leben Davids bislang kaum erschlossen. Auf Basis des in den 1970er-Jahren veröffentlichten Kriegstagebuchs Davids macht sich nun Uli Schöler in einer Artikelserie in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft daran, Davids Rolle während des Weltkriegs und in der Parteispaltung zu ergründen. Zentrale und von Schöler gut begründete These dabei ist, die Spaltung der Partei nicht nur als einen vor allem von „links“ betriebenen oder zumindest billigend in Kauf genommenen Prozess, sondern auch als einen von Akteuren von rechts gezielt betriebenen Vorgang zu betrachten. Anders als viele andere Befürworter oder Gegner der Kriegskredite sei David mit dem klaren Ziel, den Charakter der Sozialdemokratie substantiell zu verändern, in die Auseinandersetzungen während des Weltkriegs gegangen. Die Frage nach Krieg und Frieden, die für andere gewissermaßen oberhalb der ansonsten vertretenen Positionen mit Blick auf Reform oder Revolution lag, spielte für David eine eher eine taktische Rolle, auch wenn seine Tagebucheinträge einen nicht unerheblichen Nationalismus erkennen lassen. Zentral war für ihn eine Ausrichtung der Partei auf die Arbeit an einer Verbesserung der Verhältnisse innerhalb der

bestehenden – zur Not dann eben auch monarchischen – Ordnung. Besonderen Abscheu habe David neben vielen anderen Linken auch gegen Georg Ledebour entwickelt, den er als „schmierigen Demagogen“ eingeordnet habe. Wege zu einem innerparteilichen Kompromiss mit den Kriegsgegnern hatte David daher auch nicht im Sinn. Ihm kam es gerade darauf an, mit den Kriegsgegnern auch den linken Flügel aus der Partei zu drängen.

Die drei vorgestellten Biografien zeigen die Komplexität innerparteilicher Debatten und Richtungsstreitigkeiten der Sozialdemokratie um den Ersten Weltkrieg. Am wenigsten noch bei David – dieser hatte seine politische Zielrichtung bereits vor dem Krieg festgelegt, und blieb auch in der Weimarer Republik bei dieser Ansicht. Interessanterweise verlor er (ähnlich wie andere zentrale Protagonisten des rechten Flügels wie etwa Gustav Noske) seinen innerparteilichen Einfluss in der neuen Demokratie recht schnell. Es wäre einer vertieften Auseinandersetzung wert, warum dies so war. Ein möglicher Grund könnte darin bestehen, dass die innerparteiliche Konsolidierung auf einen „nur“ die parlamentarische Demokratie er strebenden Kurs eben noch nicht beendet war, und sich zugleich von links Akteure wie etwa Ernst Däumig wieder von einem eher auf das Moskauer Vorbild ausgerichteten Kurs lösten und sich zurück in Richtung der Sozialdemokratie bewegten. Georg Ledebours Biografie als politischer Solitär eigener Art nimmt hier fast eine Sonderstellung ein. Sowohl biografisch wie auch politisch interessant und lehrreich sind die Lebenswege aller drei Protagonisten – wie die vorgestellten Texte auf pointierte Art und Weise zeigen. ■

Nachrichten aus dem Verein

Am 5. und 6. September kam der Vereinsvorstand zu seiner jährlichen Klausurtagung in Berlin zusammen. Neben den Tagesordnungspunkten zu Vereinsverwaltung und Finanzen bildeten inhaltliche Fragen dabei einen großen Schwerpunkt. Zum einen wurde eine kurze Zwischenbilanz zu den Digitalisierungsprojekten des Vereins gezogen. Der Relaunch der Homepage ist nahezu abgeschlossen, „Phase 1“ der Neugestaltung damit bewältigt. Im Laufe des weiteren Jahres 2025 wollen wir uns an die nächste Phase der Ausgestaltung machen. Dabei geht es vor allem um eine noch bessere Darstellung der inhaltlichen Diskurse auf der Seite und bessere Verknüpfungen zwischen einzelnen Texten, kurz: Um eine klarere Darstellung der Inhalte auf Basis des in Heft 1/2024 veröffentlichten Orientierungsrahmen. Als Ergänzung zum Orientierungsrahmen diskutierte der Vorstand zudem ein Thesenpapier, das auf der ersten Einordnung der Ergebnisse der Bundestagswahl im Februar 2025 aufbauen soll ([spw.de/ergebnisse-zur-bundestagswahl](https://www.spw.de/ergebnisse-zur-bundestagswahl)). Verarbeitet werden sollen hier nicht nur die unmittelbaren Ergebnisse der Wahl, sondern vor allem grundsätzlichere Fragen zur gesellschaftlichen und ökonomischen Situation in Deutschland wie auch im internationalen Kontext.

Das Papier soll auf der **Frühjahrstagung** unseres Zusammenhang am Wochenende des **13. – 15. März 2026** in Hannover zur weiteren Diskussion vorgelegt werden. Weitere Details zur Frühjahrstagung folgen im nächsten Heft sowie über den Newsletter des Vereins.

Die beginnende Programmdebatte in der Sozialdemokratie wollen wir nutzen, grund-sätzliche Perspektiven der Linken in und über die Partei hinaus zu erörtern. Kurz: Es erscheint uns dringend notwendig, ein Verständnis der aktuellen Umbrüche in der Welt und daraus folgende Aufgaben und Ansatzpunkte für die Arbeit einer politischen Linken insgesamt zu erarbeiten. Mittelpunkt dieser Debatte soll die Homepage sein, auch und gerade mit Blick auf die Möglichkeiten zur Verknüpfung unterschiedlicher Akteure und weiterer Diskursorte im digitalen Raum.

Öffentlich präsent waren wir zudem auf dem Sommerfest der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion – eine gute Gelegenheit auch zum inhaltlichen Austausch.

Wie immer gilt: Unser Zusammenhang lebt mehr denn je von Mitgliedschaften und Spenden. Gerne unterstützen wir bei einer Präsentationsveranstaltung des Projekts spw vor Ort. Werbt um Mitglieder und Spenden – online alles unter <https://www.spw.de/verein/> möglich. Zudem freuen wir uns immer über inhaltliche Anregungen – sei es zu Veranstaltungen, zu Schwerpunkten für das Heft und natürlich auch für unsere Website.



Mit solidarischen Grüßen

Thilo Scholle

Termine

20.11.2025, 19 Uhr

Leineschloss, Hannover

Vortragsreihe Künstliche Intelligenz

Können Maschinen denken? Einführung in die Künstliche Intelligenz

Vortrag von Dr. Stefan Wolf

Moderation: Cosima Schmidt

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Arbeit und Leben, Bildungswerk ver.di, IG-Metall

27.11.2025, 19 Uhr

Leineschloss, Hannover

Vortragsreihe Künstliche Intelligenz

KI als Kollegin in Diagnose, Pflege und Therapie?

Vortrag von Prof. Dr. Sabine Pfeiffer (Universität Erlangen-Nürnberg)

Moderation: Christina Schildmann

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Arbeit und Leben, Bildungswerk ver.di, IG-Metall

01.12.2025, 19 Uhr

Leineschloss, Hannover

Vortragsreihe Künstliche Intelligenz

KI – Grenzen der Mitbestimmung?

Vortrag von Welf Schröter
(Leite des Forums Soziale Technikgestaltung)

Moderation: Cosima Schmidt

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur e.V., FES Niedersachsen, DGB Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Bildungswerk ver.di, IG-Metall



SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.



spw.de